

# Rosenland



## Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 5

Februar 2007

### Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	1
<b>Beiträge</b>	
Sebastian Knauer: Das Hermannsdenkmal vor dem Hintergrund des Kulturkampfes	2
Andreas Ruppert: Heinrich Drake 1933 – 1947	16
Andreas Ruppert: Lortzingstraße 6 – ein Detmolder Grundstück	29
Thomas Dann: Zwischen Genie und Wahn – Leben und Werk des Detmolder Tischlers Christian Ludwig Benecke (1819-1892)	44
<b>Impressum</b>	53

### Editorial

Die Redaktion freut sich, nach längerer Pause eine neue und umfangreiche Rosenland-Ausgabe vorlegen zu können. In ihr macht Sebastian Knauer auf einen Aspekt des Hermannsdenkmals auf-

merksam, der noch nicht thematisiert wurde: die Funktionalisierung des Denkmals im „Kulturkampf“.

Am 20. Dezember 2006 wäre Heinrich Drake 125 Jahre alt geworden. Im vergangenen Herbst feierte deshalb der Landesverband Lippe den langjährigen Landes-, Regierungspräsidenten und Landesverbandsvorsteher – und ein bisschen auch sich selbst. Zur Reihe der Veranstaltungen gehörten auch vier Vorträge zum Werdegang und zum politischen Wirken Drakes. Andreas Ruppert beleuchtete dabei im hier abgedruckten Vortrag Drakes Rolle in der NS-Zeit.

Lippe und speziell Detmold können mit Recht darauf hinweisen, dass sie sich der Frage nach dem Schicksal ihrer vertriebenen und ermordeten jüdischen Einwohner früh gestellt haben. Einen sichtbaren Höhe- und Wendepunkt dieses Schicksals stellte die Zerstörung der Synagoge in Detmold 1938 dar, die gerade erst 31 Jahre zuvor eingeweiht worden war. Dem Gebäude und dem Grundstück, deren Geschichte nicht mit dem genannten Ereignis zu Ende war, gilt die dritte Abhandlung in dieser Ausgabe.

Zuletzt erinnert Thomas Dann an den Detmolder Tischler Louis Benecke, der im 19. Jahrhundert die Grenze vom Handwerk zur Kunst überschritt und zeitweilig sogar in London große Erfolge hatte, bis ihn psychosomatische gesundheitliche Probleme zur Rückkehr in die Heimat zwangen.

# Das Hermannsdenkmal vor dem Hintergrund des Kulturkampfes

von Sebastian Knauer

## Einleitung

Erst unter preußischer Führung konnte im Jahre 1871 das zweite Deutsche Kaiserreich begründet werden. Das militärische Übergewicht Preußens im Verlauf der nationalen Einigungskriege und die Minderheitensituation der katholischen Bevölkerung nach der kleindeutschen Reichgründung erleichterten es dem Protestantismus, die nationale Deutungshoheit zu übernehmen. Doch die konfessionelle Spaltung des Landes in Protestantismus und Katholizismus mündete schließlich von 1871 bis 1878 im Kulturkampf des jungen Staates mit dem römischen Katholizismus.<sup>1</sup>

Am 16. August 1875 wurde das Hermannsdenkmal auf der Grotenburg bei Detmold in Anwesenheit von



*Hermann und Luther im Kladderadatsch vom 16. August 1875.*

Kaiser Wilhelm I. feierlich eingeweiht. Das Hermannsdenkmal erinnerte sowohl an die Befreiung Germaniens von römischer Fremdherrschaft durch den Cheruskerfürsten Arminius als auch an die beiden Siege über Frankreich in den sog. Befreiungskriegen und – aktuell – an den Sieg über Frankreich im Krieg von 1870/71. Danach wurde auf der einen Seite das protestantische Germanien mit Deutschland und auf der anderen Seite das katholischen Rom mit Frankreich gleichgesetzt. Das Hermannsdenkmal sollte die Bereitschaft zur Verteidigung der Nation sowohl gegen äußere als auch innere Feinde untermauern.<sup>2</sup>

Der Kulturkampf problematisierte jedoch die Verwendung des Hermannsmythos zur Konstruktion einer gemeinsamen, nationalen Identität im Deutschen Reich. Bildhaften Ausdruck fand dies schon in einer karikativen Darstellung zur Enthüllungsfeier des Hermannsdenkmals am 16. August 1875 in der satirischen Zeitschrift *Kladderadatsch*. Die Abbildung zeigt den von Bandel entworfenen Hermann, auf dessen Schild der Sieg über das antike Rom hervorgehoben wird. Neben ihm verkündet der protestantische Reformator Luther den Sieg des deutschen Protestantismus über den römischen Katholizismus. Indem Hermann und Luther im Vordergrund der Karikatur stehen, wendet sich das Denkmal gegen Rom, was durch die Rauchwolken über dem Petersdom dargestellt ist.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Becker, Frank: Konfessionelle Nationsbilder im Deutschen Reich, in: Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hg.), *Nation und Religion in der deutschen Geschichte*, Frankfurt/New York 2001, S. 390-391; Veddeler, Peter: Nationale Feiern am Hermannsdenkmal in früherer Zeit, in: Günther Engelbert (Hg.), *Ein Jahrhundert Hermannsdenkmal 1875-1975*. Herausgegeben anlässlich der 100jährigen Wiederkehr der Einweihung des Hermannsdenkmals in Zusammenarbeit mit der Hermannsdenkmal-Stiftung in Detmold, Detmold 1975, S. 169.

<sup>2</sup> Veddeler (1975): S. 168.

<sup>3</sup> Dörner, Andreas: Politischer Mythos und symbolische Politik, *Der Hermanns Mythos: zur Entstehung des Nationalbewusstseins der Deutschen*, Hamburg 1996. S. 156 ; Karikatur zur Enthüllungsfeier des Hermanns – Denkmals am 16. August 1875, aus *Kladderadatsch*, 1875.

Innerhalb der Forschungsliteratur hat die Frage nach der Integrationsleistung des Hermannsdenkmals in der Zeit des Kulturkampfes bisher wenig Beachtung gefunden. Charlotte Tacke, Frank Becker, Peter Veddeler, Barbara Stambolis und Thomas Nipperdey sprechen von einem Denkmal gegen Rom.<sup>4</sup> Darüber hinaus bestehen in der wissenschaftlichen Diskussion zwei kontroverse Auslegungen zur Einweihungsfeier des Hermannsdenkmals. Tacke verweist in ihrer Monographie auf den politische Instrumentalisierung des Festes für den Kulturkampf, wodurch die Katholiken als innere Reichsfeinde aus der Nation exkludiert worden seien. Während nach Auffassung Tackes die preußisch orientierten Zeitungen aus Berlin ausführlich über das Einweihungsfest berichteten, ignorierte die katholische Presse das nationalprotestantische Fest aufgrund des Kulturkampfes.<sup>5</sup> Obwohl auch Andreas Dörner Ausgrenzungsversuche durch die protestantische Lagerpresse beobachtet, weist er dagegen auf moderate Stimmen in der katholischen Presse zur Einweihungsfeier hin. In diesem Zusammenhang stellte die Hermannsfeier vielmehr ein Integrationsangebot dar und ebnete den Weg für die Nationalisierung der katholischen Bevölkerung in das deutsche Kaiserreich.<sup>6</sup>

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist daher das Hermannsdenkmal vor dem Hintergrund des Kulturkampfes. Folgende Fragestellung soll im Mittelpunkt der Betrachtung stehen: Konnte das Hermannsdenkmal vor dem Hintergrund des Kulturkampfes zur nationalen Integration der protestantischen und katholischen Bevölkerung in das deutsche Kaiserreich beitragen?

Der Hauptteil gliedert sich in drei Kapitel. Im ersten Gliederungsabschnitt werden die religiöse Dimension des Nationalismus im deutschen Kaiserreich skizziert und in Anlehnung an den konstruktivistischen Ansatz die Begriffe Nation, nationaler Mythos und Nationaldenkmal erläutert. Danach soll der Hermannsmythos in den Kulturkampf Bismarcks eingeordnet werden. Das dritte Kapitel untersucht die konfessionelle Instrumentalisierung des Hermannsdenkmals. Hierbei soll die Wahrnehmung der Einweihungsfeier aus Perspektive der Begleitpublizistik und der konfessionellen Lagerpresse beleuchtet werden, um abschließend die nationale Integrationsleistung des Hermannsdenkmals beurteilen zu können.

## **Die religiöse Dimension des Nationalismus im deutschen Kaiserreich**

Vertreter des neueren konstruktivistischen Ansatzes in der Nationsforschung erklären den Begriff Nation über soziale Konstruktionsprozesse, an denen verschiedene gesellschaftliche Gruppen mitwirken. Die religiöse Dimension des Nationalismus im deutschen Kaiserreich von 1871 fand ihren Ausdruck in den nationalen Mythen, Symbolen und Festen, welche auf die Mobilisierung und Integration der Massen zielten.<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> Tacke, Charlotte: *Denkmal im sozialen Raum, Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert*, Göttingen, 1995, S. 39; Becker: (2001), S. 405; Veddeler: (1975), S. 169; Stambolis, Barbara: *Nationalisierung trotz Ultramontanisierung oder „Alles für Deutschland. Deutschland aber für Christus“*, in: *Historische Zeitschrift* Band 269, 1999, S. 58; Nipperdey, Thomas: *Gesellschaft, Kultur, Theorie: Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert*, in: Helmut Berding u.a. *Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft*, Band 18, Göttingen 1976, S. 162.

<sup>5</sup> Tacke (1995): S. 39.

<sup>6</sup> Dörner, Andreas: *Der Mythos der nationalen Einheit, Symbolpolitik und Deutungskämpfe bei der Einweihung des Hermannsdenkmals im Jahre 1875*, in: *Archiv für Kunstgeschichte*, Band 79, 1997, S. 413.

<sup>7</sup> Etienne, François/Hannes, Siegrist/Jakob, Vogel: *Die Nation, Vorstellungen, Inszenierungen, Emotionen*, in: dies. (Hg.) *Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich – 19. und 20. Jahrhundert*, Göttingen 1995, S. 14; Mosse, L. George: *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt 1993, S. 11; Walkenhorst, Peter: *Nationalismus als politische Religion? Zur religiösen Dimension nationalistischer Ideologie im Kaiserreich*, in: Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlmann (Hg.), *Religion im Kaiserreich. Milieus - Mentalitäten - Krisen*, Gütersloh 1996, S. 517.

## *Die Nation als gedachte Ordnung*

In Anlehnung an die konstruktivistische Perspektive soll der Nation folgende Definition zugrunde gelegt werden. „Sie ist eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän. Vorgestellt ist sie deswegen, weil ihre Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert.“<sup>8</sup> Zur ihrer dauerhaften Existenz muss die Nation von einem Nationalbewusstsein in der Bevölkerung getragen werden. Nationalbewusstsein bedarf darüber hinaus nationaler Identifikationssymbole, welche die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu einer nationalen Gemeinschaft formen und sie damit national integrieren. Hierbei finden Kommunikationsprozesse in der Gemeinschaft statt, wodurch die Nation erst konstruiert wird.<sup>9</sup>

## *Die Sakralisierung der Nation*

Nach der geschichtstheologischen Konstruktion in der Spätaufklärung verschmelzen Nation und Christentum miteinander, indem die Nation als Offenbarung Gottes in der Geschichte verstanden wird. In der göttlichen Schöpfungsordnung verbinden sich Volk und Nation zur Einheit, die über den christlichen Bezugsrahmen Legitimität erfährt. Im Deutschen Kaiserreich von 1871 kam der Nationalismus über unterschiedliche nationale Erscheinungsformen zur Geltung, wodurch die Nation sakralisiert werden sollte. Dazu gehörten nationale Mythen, Denkmäler und Feste.<sup>10</sup>

Im 19. Jahrhundert führten Nationen ihren historischen Ursprung auf nationale Mythen zurück. Sie dienten der Stärkung des inneren Zusammenhalts der Nation und konstruierten eine von den Individuen gemeinsam geteilte, kulturelle Vergangenheit.<sup>11</sup> „Das Nationaldenkmal ist ein Versuch, der nationalen Identität in einem anschaulichen, bleibenden Symbol gewiss zu werden.“<sup>12</sup> Es steht der nationalen Gemeinschaft als Identifikationsmedium zur Verfügung, um kollektive Identität dauerhaft zu festigen. Zugleich liefert sich das national gedachte Denkmal der öffentlichen Deutung aus und unterliegt den Interpretationen der Adressaten.<sup>13</sup> Hierbei spielten die Denkmalseinweihungen im deutschen Kaiserreich eine besondere Rolle. Als nationale Festveranstaltungen inszeniert, emotionalisierten sie die Festteilnehmer für ihre Nation. Auf nationalen Feiern flankierten die Teilnehmer daher ihren kollektiven Glauben an die Nation und erfuhren insoweit ein Gemeinschaftsgefühl. Über anschauliche Identifikationssymbole, eine gemeinsame nationale Vergangenheit und den auf nationalen Feiern beschworenen nationalen Wertvorstellungen gelangte das Gemeinschaftsgefühl in das nationale Bewusstsein.<sup>14</sup>

---

<sup>8</sup> Zit. v. Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation, Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/New York, <sup>2</sup>1996, S. 15.

<sup>9</sup> Etienne: (1995), S. 14-15; Becker: (2001), S. 390; Schulze, Hagen: Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 2004, S. 111.

<sup>10</sup> Walkenhorst (1996): S. 516 f..

<sup>11</sup> Etienne (1995): S. 23.

<sup>12</sup> Zit. v. Nipperdey (1976): S. 139.

<sup>13</sup> Alings, Reinhard: Monument und Nation, Das Bild vom Nationalstaat im Medium Denkmal – zum Verhältnis von Nation und Staat im deutschen Kaiserreich 1871-1918, in: Bernd Sösemann (Hg.) Beiträge zur Kommunikationsgeschichte Band 4, Berlin 1996, S. 34 ; Machthan, Lothar: Monumentaler Nationalismus, Drei neue Versuche, nationale Denkmalkunst zu erklären, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 45, 1997, S. 718.

<sup>14</sup> Etienne (1995): S. 25 f. ; Walkenhorst (1996): S. 514 f..

## *Konfessionelle Nationsbilder*

Im 1871 gegründeten Deutschen Reich existierten unterschiedliche konfessionell geprägte Nationsbilder, die durch das bürgerliche protestantische und das katholische Milieu repräsentiert wurden. Milieu umfasst eine über gemeinsame Einstellungen integrierte Sozialstruktur, die über eine eigene Deutungskultur verfügt.<sup>15</sup>

### *Das Verhältnis des Protestantismus zum deutschen Nationalstaat von 1871*

Nach den erfolgreichen Einigungskriegen gegen die katholischen Großmächte Österreich im Jahr 1866 und Frankreich in den Jahren 1870/71, deren Ausgang im Wesentlichen auf der Kampfkraft des preußischen Militärs beruhte, leitete das protestantische Milieu aus den militärischen Erfolg einen Bedeutungsverlust der katholischen Kirche ab. Der protestantische Gott habe nach weitverbreiteter Vorstellung den katholischen Gott auf Seiten der Österreicher und Franzosen besiegt und damit der evangelischen gegenüber der katholischen Kirche ein Übergewicht verliehen. Im Horizont des liberal-nationalen und konservativ-nationalen Protestantismus entsprach danach das Deutsche Reich 1871 einem evangelischen Kaisertum.<sup>16</sup>

Ungeachtet der nationalprotestantischen Vereinnahmung der Einigungskriege erlebte die evangelische Kirche eine spürbare Nationalisierung nach der Reichsgründung. Während der liberale Protestantismus im Deutschen Reich eine historische Kontinuität zu Luther konstruierte, orientierte sich der protestantische Konservatismus an der Existenz des Nationalstaates von 1871. Die konservative Amtskirche konnte insoweit für den Reichsprotestantismus eintreten. Ferner lehnten die Protestanten die transnationalen Vorstellungen des Katholizismus ab und identifizierten sich dadurch zusätzlich mit dem deutschen Kaiserreich.<sup>17</sup>

### *Das Verhältnis des Katholizismus zum deutschen Nationalstaat von 1871*

Während des Preußisch-österreichischen Krieges im Jahre 1866 unterstützte der Katholizismus eine großdeutsche Nationalstaatsgründung unter Einschluss Österreichs. Nach der Niederlage Österreichs gegen Preußen schwächte sich jedoch die katholische Opposition gegenüber einer kleindeutschen Nationalstaatswerdung ab.<sup>18</sup> Obwohl die hegemoniale Stellung Preußens im deutschen Nationalstaat eine selbstverständliche Anerkennung der Nation erschwerte, verhielt sich die katholische Bevölkerung daher in ihrer Mehrheit loyal gegenüber dem 1871 begründeten Deutschen Reich. Im Unterschied zu den Protestanten waren die Katholiken jedoch nicht die treibende Kraft des deutschen Nationalismus. Diese feierten weder nationale Feste, noch bauten sie Nationaldenkmäler. Aufgrund der konfessionellen Bindung an Rom räumten sie der Nation keinen Vorrang gegenüber der päpstlichen Autorität ein.<sup>19</sup>

Wirft man einen Blick auf die Milieustruktur der katholischen Bevölkerung, so befürworteten insbesondere gebildete Katholiken die 1871 erfolgte kleindeutsche Nationalstaatsgründung ohne Österreich. Dagegen folgte das vom Klerus beeinflusste, kleinbäuerliche und proletarische Kirchenvolk den Vorstellungen des

---

<sup>15</sup> Dörner (1995): S. 146 f.

<sup>16</sup> Nowak, Kurt: Geschichte des Christentums in Deutschland, Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 158 ; Becker (2001): S. 398 ; Langewiesche, Dieter: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 100.

<sup>17</sup> Nipperdey, Thomas: Religion im Umbruch, Deutschland 1870-1918, München 1988, S. 94 - 96.

<sup>18</sup> Ebd. S. 47

<sup>19</sup> Ebd. S. 49.

römischen Katholizismus und stand damit in einer konfliktreichen Beziehung zum Nationalstaat.<sup>20</sup> Abgesehen davon erlebten viele Katholiken die borussische Reichsideologie als Hindernis zur nationalen Integration in das Deutsche Reich. Die Reichsidee wies dem Protestantismus den konfessionellen Führungsanspruch im Deutschen Reich zu. Der daraus resultierende Nationalprotestantismus verschloss der katholischen Bevölkerung eine ungezwungene Identifikation mit dem Nationalstaat. Die protestantische Deutungshoheit im Deutschen Reich drängte den Katholizismus immer stärker in eine Isolation, wodurch der konfessionelle Dualismus zementiert wurde.<sup>21</sup>

## **Der Hermannsmythos im Kulturkampf Bismarcks**

Der Hermannsmythos stellte die 1871 gewonnene nationale Einheit Deutschlands in eine sinnstiftende Kontinuität mit der germanischen Frühgeschichte. Hermann sollte insoweit kollektives Nationalbewusstsein in der deutschen Bevölkerung generieren. Außerdem wurden Hermann und Wilhelm I. als deutsche Nationalhelden symbolisch gleichgesetzt. Jedoch beeinflusste der bis 1875 an Schärfe zunehmenden Kulturkampf zwischen dem Deutschen Reich und dem Vatikan auch den Umgang mit dem Hermannsmythos.<sup>22</sup>

### *Der Hermannsmythos*

Der Hermannsmythos erzählt von dem erfolgreichen Befreiungskampf der Germanen gegen die römische Fremdherrschaft. Im Mittelpunkt des Hermannsmythos steht die militärische Auseinandersetzung zwischen Germanen und Römern in der sogenannten Varusschlacht im Jahre 9 n. Chr.. Danach versammelte der Cheruskerfürst Arminius zahlreiche germanischen Stämme unter seiner Führung und konnte drei vom römischen Feldherrn Quintilius Varus kommandierte Legionen, dazu sechs Auxiliarkohorten, drei Reiterregimenter zusammen mit dem gesamten Tross im Teutoburger Wald fast vollständig aufreiben. In dem mehrere Tage dauernden Kampf fanden schätzungsweise 30.000 Menschen den Tod. Die Nachricht von der vernichtenden Niederlage habe die Römer dazu veranlasst, weitere Pläne für eine dauerhafte Besetzung der rechtsrheinischen Gebiete aufzugeben.<sup>23</sup>

Historisch gesehen gehörte Arminius dem cheruskischen Stammesadel an. In Rom ausgebildet, kommandierte er später als römischer Offizier germanische Hilfstruppen in der römischen Armee. Zur Befreiung der germanischen Stämme zwischen Rhein und Elbe legte Arminius dem Statthalter Germaniens im Teutoburger Wald einen Hinterhalt.<sup>24</sup> Sein militärischer Erfolg konnte wegen der sich bereits unter Kaiser Augustus abzeichnenden, veränderten Germanienpolitik Roms zur historischen Entscheidungsschlacht zwischen Germanen und Römern verklärt werden.<sup>25</sup>

---

<sup>20</sup> Gründer, Horst: Nation und Katholizismus, in: Albrecht Langner (Hg.) Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn 1985, S. 65 ; Morsey, Rudolf: Die Deutschen Katholiken und der Nationalstaat, in: Historisches Jahrbuch 90 (1970), S. 33 ; Becker (2001): S. 401 f..

<sup>21</sup> Gründer (1985): S. 65 f.

<sup>22</sup> Dörner (1997): S. 402 ; Tacke (1995): S. 38.

<sup>23</sup> Bemmann, Klaus: Arminius und die Deutschen, Essen 2002, S. 69 ; Eichmann, Bernd: Denkmale deutscher Vergangenheit, Bad Honnef 1994, S. 14.

<sup>24</sup> Das vermutlich weit ausgedehnte Gelände der Ort der Schlacht ist bis heute nicht eindeutig zu identifizieren; viel spricht allerdings dafür, dass es sich um ein Gelände bei Kalkriese im Osnabrücker Hügelland handelt, das in einem groß angelegten Grabungsprojekt untersucht wird.

<sup>25</sup> Barmeyer, Heide: Das Hermannsdenkmal als deutsches Nationaldenkmal zwischen Befreiungskrieg und Reichsgründung, in: Stefanie Lux-Althoff (Hrsg.) 125 Jahre Hermannsdenkmal, Symposium zum 125jährigen Jubiläum des Hermannsdenkmales am 18. August 2000 in Detmold, Institut für Lippische Landeskunde, 2001, S. 98; Bemmann (2002): S. 72.

Dieses Ereignis in der germanischen Frühgeschichte suggerierte der Bevölkerung im Deutschen Reich eine gemeinsame nationale Vergangenheit, wodurch Nationalbewusstsein hervorgerufen und bestehendes intensiviert werden sollte. Demzufolge appellierte das Monument an die Einigkeit der Deutschen und mahnte sie zur permanenten Verteidigung ihrer Nation gegen äußere und innere Feinde.<sup>26</sup> In diesem Zusammenhang symbolisiert das Hermannsdenkmal den Gründungsmythos des Reiches. Arminius verkörpere insoweit den Befreier Deutschlands, welcher die deutsche Nationalität begründet habe. Der militärische Gründungsakt leitete scheinbar eine kontinuierliche Geschichte der Nation ein, die in das Deutsche Kaiserreich von 1871 mündete. Insoweit nutzte der preußische Staat das Ereignis als eigene Legitimationsgrundlage. In diesem Zusammenhang ließ sich der Krieg der Germanen gegen die Römer mit dem Krieg Preußens und seiner verbündeten deutschen Staaten gegen Frankreich 1870 verknüpfen. Dies stellte kollektive Identität her, indem man sich von den Gegnern nach Außen hin abgrenzen konnte. Auch erleichterte der für breitere Bevölkerungsschichten leicht zugängliche, kriegerische Mythos aus der germanischen Frühgeschichte die Identifikation mit dem Hermannsdenkmal. Der im Denkmal ausgedrückte Hermannsmythos verstärkte insofern einen im Liberalismus wurzelnden, demokratischen Nationalgedanken, der sowohl breitere soziale Schichten, als auch junge und ältere Generationen ansprechen konnte.<sup>27</sup>

### *Der Kulturkampf unter Bismarck*

Im Jahre 1870 verkündete Papst Pius IX. das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit, um die nationalen Kirchen fest an Rom zu binden. Mit seinem Unfehlbarkeitsdogma stieß der Vatikan bei Protestanten und Liberalen im Deutschen Reich auf Ablehnung. Sie befürchteten das Aufkommen einer katholischen Weltkirche, was aus ihrer Sicht verhindert werden musste. Infolgedessen wuchsen die Spannungen zwischen nationalem Protestantismus und transnationalem Katholizismus. In den Jahren 1871 bis 1878 in Deutschland wurde der Konflikt unter der Bezeichnung Kulturkampf zwischen dem Deutschen Reich und der katholischen Kirche ausgetragen.<sup>28</sup>

Kulturkampf steht in der modernen Forschung für „den Kampf um die Deutungsmacht im Hinblick auf die Nation und nationale Identität.“<sup>29</sup> In diesem Zusammenhang identifizierte sich der nationalliberale Protestantismus mit dem säkularisierten Nationalstaat und stellte sich gegen den ultramontanen Katholizismus.<sup>30</sup>

Im November 1870 wurde auch die Katholische Partei gegründet, das „Zentrum“, und erhielt 1871 bei den ersten Reichstagswahlen 18,6 % der abgegebenen Stimmen. Das Zentrum rekrutierte seine Wähler aus allen sozialen Schichten, wobei sich sein Wählerpotenzial im Westen und Süden des Landes konzentrierte. Reichskanzler Otto von Bismarck verfolgte das Ziel, den politischen Einfluss der Zentrumsparterie im Deutschen Reich zurückzudrängen. Infolgedessen befand sich das Deutsche Reich im Konflikt mit dem Zentrum und der katholischen Kirche. Die deutsche Reichsregierung versuchte unter Leitung von Bismarck, den papsttreuen Katholizismus in Deutschland zu nationalisieren und verabschiedete zur Eindämmung des papsttreuen Ultramontanismus entsprechende Gesetze. Am 10. Dezember 1872 verbot der reichsweite Kanzelparagraph die Predigt zu politischen Zwecken. Mit dem Schulaufsichtgesetz vom 11. März 1872 entzog der Staat den katholischen Lehrkräften die Schulaufsicht. Weiter wurden in den Maigesetzen 1873 die

---

<sup>26</sup> Nipperdey (1975): S. 159 f.

<sup>27</sup> Unverfehrt, Gerd: Arminius als nationale Leitfigur. Anmerkungen zu Entstehung und Wandel eines Reichssymbols, in: Ekkard Mai und Stephan Waetzhold (Hrsg.), Kunstverwaltung, Bau und Denkmalpolitik im Kaiserreich, Berlin 1981, S. 322 f.; Dörner (1997): S. 397.

<sup>28</sup> Nowak (1995): S. 154; Bemmann (2002): S. 234 f.

<sup>29</sup> Zit. v. Becker (2001): S. 390.

<sup>30</sup> Nowak (1995): S. 154; Dörner (1995): S. 147.

Anstellung und Ausbildung von Geistlichen unter staatliche Aufsicht gestellt sowie der Kirchenaustritt erleichtert. Mit der Zivilstandsgesetzgebung, die obligatorisch die standesamtliche Eheschließung vorsah, erfuhr der Kulturkampf 1875 schließlich seinen Höhepunkt.<sup>31</sup>

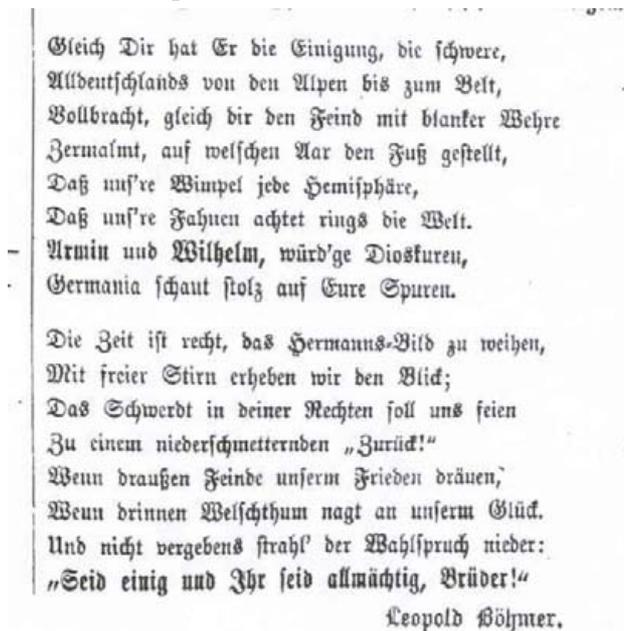
Während des Kulturkampfes in den Jahren 1873-1878 standen sich das protestantische und katholische Nationsbild gegenüber und belastete daher die Verwendung des Hermannsmythos zur einheitsstiftenden, nationalen Sinngebung. Insbesondere in der protestantischen Öffentlichkeit speiste der Hermannsmythos antirömische Ressentiments nach der Reichsgründung.<sup>32</sup>

## Konfessionelle Instrumentalisierung des Hermannsdenkmals

Vor dem Hintergrund des konfessionellen Gegensatzes instrumentalisierte die Begleitpublizistik das Hermannsdenkmal als Symbol gegen das päpstliche Rom. Darüber hinaus fand die Enthüllungsfeier des Hermannsdenkmals auch im Rahmen der protestantischen und katholischen Lagerpresse Resonanz.<sup>33</sup>

### *Das Hermannsdenkmal in der Begleitpublizistik*

Das Fürstlich Lippische Regierungs- und Anzeigeblatt verdeutlichte in seiner Ausgabe vom 17. August 1875 seine antikatholische Haltung über ein von Leopold Böhmer verfasstes Gedicht: „Das Hermanns-Denkmal im Teutoburger Walde“. Darin verlieh der Autor dem Hermannsdenkmal eine romfeindliche Sinngebung,



„Das Hermanns-Denkmal im Teutoburger Walde“. Gedicht Leopold Böhmers im Fürstlich-Lippischen Anzeigeblatt vom 17. August 1875 (Auszug).

die seit der germanischen Frühgeschichte das Verhältnis zu Rom bestimme. Bereits in der ersten Strophe zeichnet er ein negatives Bild von Rom. Danach gewinne der germanische Triumph über die römischen Legionen des Varus während der Einweihungsfeierlichkeiten auch entscheidende Bedeutung für den Kulturkampf in den 1870er Jahren. Rom bedrohe demzufolge immer noch die durch Arminius erkämpfte Freiheit der deutschen Nation. Die römischen Kohorten lassen sich hier auf die papsttreuen Katholiken übertragen, welche für den römischen Katholizismus während der Kulturkampfzeit in Deutschland eintraten. Böhmer ruft die deutschen Protestanten zum Kampf gegen Roms Kohorten auf, indem er zuspitzend deren Tod fordert. Der Leser kann mit dieser Aussage sowohl die Varusschlacht, als den Kulturkampf assoziieren. Insbesondere die sechste Strophe unterstreicht die Konfliktlinie zwischen dem deutschen Nationalstaat und Rom. Den inneren Feind erblickt Böhmer im politischen Katholizismus, wodurch

fremdländischer Einfluss aus Rom nach Deutschland transportiert wird. Folglich stehen sich der deutsche Nationalstaat und Rom weiterhin unversöhnlich gegenüber.<sup>34</sup>

<sup>31</sup> Nowak (1995): S. 155; Heinen, Ernst: Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland, II. Band, Dokumente des politischen Katholizismus von 1867 bis 1914, Paderborn 1979, S. 22; Schulze (2004): S. 259; Morsey (1970): S. 34.

<sup>32</sup> Schieder, Theodor: Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln 1961, S. 81 ; Dörner (1997): S. 398 ; Barmeyer (2001): S. 98.

<sup>33</sup> Dörner (1997): S. 405 f..

Des Weiteren endet auch der Festbericht zur Übergabe des Hermannsdenkmals mit deutlicher Kritik am Einfluss des römischen Katholizismus im Deutschen Reich. Den Katholiken unterstellt der Lippische Regierungsanzeiger eine hinterhältige Beziehung zur Nation, gegen die sich alle deutschen Protestanten verteidigen sollten: „Hier finden wir uns zusammen im Schatten uralter Eichen und Buchen und schütteln unsere Hände zu einem einigen Bund von Brüdern unter der Leitung unseres Heldenkaisers und seiner Mitarbeiter gegen Roms Vipern.“<sup>35</sup> Somit vertritt das Fürstliche Lippische Regierungs- und Anzeigebblatt eine nationalliberale Position vor dem Hintergrund des Kulturkampfes und zementiert eine romfeindliche Stoßrichtung.

Auch der Nationalliberale Heinrich Thorbecke agitiert in seiner 1875 veröffentlichten Festschrift zum Hermannsdenkmal gegen Rom. Der Autor leitet aus dem Verteidigungskampf der Germanen gegen die Römer in der Antike eine kontinuierliche Bedrohung Roms für die Deutschen ab. Demzufolge symbolisiere das Denkmal den historisch angelegten Kampf der Deutschen gegen das päpstliche Rom. In der Antike habe Hermann die Expansion der Römer nach Germanien abgewehrt. Das heidnische Rom sei danach am germanischen Widerstandswillen gescheitert. In den Einigungskriegen gegen Österreich und Frankreich erkennt Thorbecke die kulturelle Überlegenheit des Germanentums über den Romanismus. Den römischen Katholizismus wirft er Machtversessenheit vor, indem der Vatikan seine dogmatischen Lehren in den 1871 gegründeten deutschen Nationalstaat einfließen lassen wolle. Damit verweigere sich Rom jedoch den Gedanken der Aufklärung. Aus dem Sieg der Germanen über das antike Rom schöpft Thorbecke die Zuversicht für den Protestantismus, den konfessionellen Konflikt mit dem päpstlichen Rom siegreich zu bestehen. Hierfür appelliert er an die Geschlossenheit der Protestanten gegen die inneren Reichfeinde.<sup>36</sup> Nach Ansicht von Thorbecke demonstriert der römische Katholizismus im Kulturkampf einen rückwärtsgewandten Glauben, der gegen die gesellschaftlichen Strukturen der Moderne zielt. Indem sich der Vatikan der Aufklärung verschließe, stelle er eine unmittelbare Gefahr für die Existenz des deutschen Nationalstaates dar. Zum Schutz der geistigen Freiheit fordert Thorbecke die Deutschen zum entschiedenen Widerstand gegen die dogmatischen Lehren des Vatikans auf.

Der aus Lippe stammende protestantische Pastor Gustav Schmidt stellte in einer von ihm veröffentlichten Schrift eine sozialdarwinistische Interpretation der Hermannsfeier vor. Aus dem germanischen Befreiungskampf folgert der Autor einen germanischen Rassekampf gegen die Franzosen und den mit ihm geistesverwandten Ultramontanismus. Dieser ende erst, wenn eine der beiden Seiten die andere unterworfen habe.<sup>37</sup> Er verknüpft so den innerdeutschen Konfessionsstreit mit einer sozialdarwinistischen Deutung, die das germanische protestantische Christentum dem ultramontanen Romanismus gegenüberstellt. Katholizismus erscheint danach als Verrat an der deutschen Rasse. In aggressiver Form bedient der Autor hier völkische Ressentiments gegenüber Franzosen und Katholiken. Diese Deutung zur Hermannsfeier blieb jedoch eine vereinzelte Meinung.

---

<sup>34</sup> Böhmer, Leopold: Das Hermanns-Denkmal im Teutoburger Walde, in: Fürstlich Lippisches Regierungs- und Anzeigebblatt Nr. 190, Dienstag, 17. August 1875.

<sup>35</sup> Zitiert aus: Uebergabe des Hermanns-Denkmales an das Deutsche Volk, in: Fürstlich Lippisches Regierungs- und Anzeigebblatt Nr. 190, Dienstag, 17. August 1875.

<sup>36</sup> Thorbecke, H: Zur Geschichte des Hermannsdenkmals. Festschrift für den Tag der Uebergabe des Denkmals an das deutsche Volk, Detmold 1875, S. 76 f..

<sup>37</sup> Schmidt, Gustav: Vom Teutoburger Walde, Kriegs- und Friedensbetrachtungen. Herausgegeben zur Feier der Einweihung des Hermannsdenkmals, Lemgo 1875, S. 9-11.

Der Bildhauer Ernst von Bandel widmete sein Denkmal dem deutschen Volk. In einem Brief an den Detmolder Bürgermeister Theodor Heldman nimmt Bandel zur Funktion der Einweihungsfeier Stellung: „Ich schlage vor: in guter Jahreszeit – nicht an einem Tage irgendeines Sieges über Fremde, werde eine ganze oder halbe Woche festgesetzt als Zeit, in der das vollendete Denkmal dem Deutschen Volke übergeben werde, es möge es dann selbst übernehmen und die Übernahme durch selbst gewählte Handlungen beurkunden.“<sup>38</sup> Nach diesen Aussagen soll das Hermannsdenkmal allen Deutschen, unabhängig von ihrer konfessionellen Zugehörigkeit, überlassen werden.

Zwischen dem 14. und 16. August des Jahres 1875 nahmen schätzungsweise 20.000 bis 30.000 Menschen an der Einweihungsfeier des Denkmals auf der Grotenburg bei Detmold teil. Neben der lippischen Bevölkerung erschienen als Träger der Nationalbewegung zahlreiche Sängervereine, Turn- und Kriegervereine sowie Studentenverbindungen. Turner aus Dresden und Straßburg wie auch Studenten aus Bonn und Leipzig dehnten den nationalen Wirkungsradius aus und erhoben die Feierlichkeiten zu einem nationalen Volksfest. Insoweit trug die Einweihungsfeier erheblich zur Nationalisierung der Festteilnehmer bei. Die Festveranstaltungen begannen am 14. August mit der Einweihung des Kriegerdenkmals auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz für die im Krieg von 1870/71 gefallenen Angehörigen des „lippischen“ Infanterie-Regiments No. 55. Daran beteiligte sich eine Reihe von Kriegervereinen zusammen mit Veteranen und hohen Militärangehörigen. Den darauffolgenden Tag traf auch Kaiser Wilhelm I. mit seinem Gefolge in der Residenzstadt Detmold ein.<sup>39</sup>

Mit dem Kaiser erreichte das Fest am 16. August seinen Höhepunkt. Im Rahmen des ausgefüllten Festprogramms nahm Wilhelm I. zunächst die Parade des Infanterie-Regiments Nr. 55 (6. Westfälisches) auf dem Detmolder Schlossplatz ab. Danach stellte sich der Festzug mit den nationalen Massenorganisationen auf und bewegte sich zum Hermannsdenkmal.<sup>40</sup> Manche Autoren in der Literatur argumentieren, dass Kaiser Wilhelm I. den Kulturkampf in die Festveranstaltung hingetragen hatte. Danach seien die Katholiken von den Einweihungsfeierlichkeiten ausgeschlossen gewesen. Bereits der Choral habe das protestantische Kampflied „Ein feste Burg ist unser Gott“ gesungen und damit antikatholische Gefühle bei vielen Festteilnehmern hervorgerufen. Diese Stimmung sei darüber hinaus durch die geistliche Ansprache des lippischen Generalsuperintendenten Adolf Koppen intensiviert worden. Darin unterstellte er den Katholiken die Absicht, den deutschen Nationalstaat von innen her zu zerrütten.<sup>41</sup> In seinem Vortrag verurteilte der Reformierte Koppen die Einstellung der Katholiken zum national erkämpften Reich und bezeichnete sie als „innere Reichsfeinde“. Allein der protestantische Glaube bewahre nach seiner Ansicht das Deutsche Reich vor seinem inneren Zerfall. Den katholischen Glauben bewertete er als Unglauben, wodurch der innere Zusammenhalt der Nation bedroht werde.<sup>42</sup> Die Ansprache des Generalsuperintendenten zu Beginn der Feierlichkeiten am 16. August bestätigte insoweit ihre antirömische Ausrichtung.

Gegen diese Einschätzung verweist eine andere Position in der Forschung auf die fehlende Kulturkampfrhetorik während der Enthüllungsfest und bezieht sich auf die Festrede des lippischen Justizrates Otto Preuß. Danach seien konfessionelle Auseinandersetzungen auf dem Festtag bewusst vermieden worden.<sup>43</sup> In

---

<sup>38</sup> Zit. n. Peter Veddeler (1975): S. 170.

<sup>39</sup> Dörner (1995): S. 181; Mosse (1976): S. 78; Schmidt, Hans: Das Hermannsdenkmal im Spiegel der Welt, Detmold 1975, S. 25; Veddeler (1975): S. 171.

<sup>40</sup> Bemmann (2002): S. 232 ; Die Einweihungsfeier des Hermannsdenkmals am 16. August 1875, Holzstich aus der Zeitschrift Gartenlaube, 1875, siehe Anhang, S. 19.

<sup>41</sup> Tacke (1995): S. 217; Stambolis (1999): S. 59; Nipperdey (1976): S. 162.

<sup>42</sup> Uebergabe des Hermanns-Denkmales an das Deutsche Volk, in: Fürstlich Lippisches Regierungs- und Anzeigebblatt Nr. 190, Dienstag, 17. August 1875

<sup>43</sup> Dörner (1997): S. 413.

seiner abschließenden Rede zur feierlichen Übergabe des Hermannsdenkmals an das deutsche Volk am 16. August 1875 beschwor Preuß die nationale Einheit des Reiches. Indem er seine Ansprache mit den Worten „Deutsche Brüder“ einleitete, wandte er sich an alle Festteilnehmer. Zu Beginn hob er den Hermannsmythos als Gründungsmythos der deutschen Nation hervor und propagierte das nationale Wir-Gefühl aller Deutschen unter der Führung ihres Kaisers Wilhelms I. Weiter parallelisierte er den Befreiungskampf der Germanen gegen die römische Fremdherrschaft und die Befreiungskriege gegen die napoleonische Fremdherrschaft 1813-1815. Hierdurch flankierte der Redner die nationaldemokratische Ausrichtung des Denkmals. Dann erinnerte er an die Einigkeit der Deutschen, wodurch die Reichsgründung 1871 erst Wirklichkeit wurde. Er spannte dabei den Bogen von Arminius zu Wilhelm I., die er gemeinsam als Nationalhelden glorifizierte. Aufgrund seiner Leistungen zur Herstellung des deutschen Nationalstaates hob Preuß den deutschen Kaiser Wilhelm I. auf die symbolische Bedeutungsebene des Cheruskerfürsten Arminius. Hierdurch erweiterte er zugleich die Funktion des Denkmals, indem er die Festteilnehmer zur Verehrung der Monarchie aufrief.<sup>44</sup>

Angesichts der Festrede von Preuß lässt sich sagen, dass innenpolitische Angriffe auf den römischen Katholizismus nicht die gesamte Enthüllungsfeier bestimmten. Dennoch blieb der offizielle Festakt, wie die Ansprache des Generalsuperintendent Koppens zeigte, nicht frei von antikatholischen Stimmen, so dass auch hier der Kulturkampf spürbar war.

#### *Die Einweihungsfeier aus Sicht der protestantischen Presse*

Die protestantischen Tageszeitungen vertraten keine übereinstimmende Deutung zur Enthüllungsfeier und reagierten sehr unterschiedlich auf das Ereignis. Dies kommt in den Berichten der nationalliberalen National-Zeitung im Vergleich zur konservativen Kreuz-Zeitung zum Ausdruck.<sup>45</sup>

#### *Die National-Zeitung*

Im vorliegenden Artikel zum Cheruskerfürsten begründete die National Zeitung die deutsche Nationalität über das historische Verdienst Hermanns, welcher die Grundlage für die nationale Einheit des Landes geschaffen habe. Erst dem Cheruskerfürsten Arminius sei es gelungen, unter den Germanen ein einheitsstiftendes Gemeinschaftsgefühl und damit Nationalbewusstsein hervorbringen zu können. Hierdurch seien die miteinander verfeindeten germanischen Volksstämme nationalisiert worden. Die militärischen Aspekte spielen hier nur eine untergeordnete Rolle. Obwohl nach der siegreichen Hermannsschlacht der römische Feldherr Germanicus wenige Jahre später militärische Erfolge gegen die Germanen erzielen konnte, bewahrten diese ihr nationales Zusammengehörigkeitsgefühl: „Und wie in der Schlacht gegen Varus erscheint Hermann in den späteren Feldzügen gegen Germanicus stets als der Einiger der Germanen, immer darauf bedacht, die lose nur auf den Tag der höchsten Gefahr beschlossene Verbindung der verschiedenen Stämme zu einer festen und dauernden zu machen, welche nicht durch eine verlorene Schlacht gesprengt werden kann.“<sup>46</sup>

Die Interessen Roms und damit des Katholizismus würden die Existenz des deutschen Nationalstaats gefährden, so dass die Konfrontation mit Rom ihre Fortsetzung im Kulturkampf finde. Daher müsse die

---

<sup>44</sup> Rede des Justizrath Otto Preuß zur Uebergabe des Hermanns-Denkmales an das Deutsche Volk, in: Fürstlich Lippisches Regierungs- und Anzeigblatt Nr. 190, Dienstag, 17. August 1875.

<sup>45</sup> Dörner (1997): S. 407 f.; Stöber, Rudolf: Deutsche Pressegeschichte, Einführung, Systematik, Glossar, Konstanz 2000, S. 207.

<sup>46</sup> Zitiert aus: Hermann der Cherusker, in: National-Zeitung Nr. 377, Berlin, 15. August 1875.

nationale Unabhängigkeit auch in der Gegenwart gegen Rom verteidigt werden. Darin erfülle sich das historisch angelegte Schicksal der Deutschen. Folglich stehe auch die Einweihungsfeier im Zeichen der Auseinandersetzung mit dem römischen Katholizismus. So heißt es in der National-Zeitung weiter. „Das alte Rom, wir wissen es wohl, liegt in Schutt und Trümmern. Aus den Ruinen der palatinischen Burgen wird kein Drusus oder Germanicus wieder auferstehen, um unsere Fluren mit Feuer und Schwert zu verwüsten. Aber der Geist des andern Roms, das sich so gern im Gegensatz zu dem der Cäsaren, das christliche und heilige Rom nennt, steht noch immer wider unser Reich.“<sup>47</sup> Demzufolge symbolisiert das Hermannsdenkmal aus Sicht der National-Zeitung eine nationalprotestantische Gemeinschaft unter Ausschluss der Katholiken.

#### *Die Neue Preußische Zeitung („Kreuz-Zeitung“)*

Die Neue Preußische Zeitung blendete den Kulturkampf in ihrer sehr umfangreichen Berichterstattung zur Einweihungsfeier aus. Es sollte hier der Eindruck einer nationalen Denkmalsfeier erweckt werden, in der eine konfessionelle Ausgrenzung der Katholiken nicht stattgefunden habe. Dazu zeichnete die Kreuz-Zeitung ein harmonisches Bild von einem gelungenen vaterländischen Fest. Demnach seien auch katholische Geistliche an der Enthüllungsfeier beteiligt gewesen. „Sämtliche Behörden, die evangelische und katholische Geistlichkeit war anwesend.“<sup>48</sup>

Gegen diese Annahme sprechen folgende Gesichtspunkte. In der Forschung wird auf das Anliegen der protestantischen Seite verwiesen, eine nationalprotestantische Gemeinschaft zu formen, in der die katholische Kirche dem protestantischen Staat untergeordnet werden sollte.<sup>49</sup> In diesem Zusammenhang hielt die Kulturkampfstimmung in den protestantischen Staaten Preußen und Lippe die katholischen Geistlichen überwiegend davon ab, die Enthüllungsfeier aufzusuchen.

Abgesehen davon kritisierte die Neue Preußische Zeitung in den 1870er Jahren die Kulturkampfpolitik Bismarcks und distanzierte sich von dessen antikatholischer Innenpolitik.<sup>50</sup> Hieraus lässt sich schließen, dass die Kreuz-Zeitung eine kaisertreue, nationale Willensgemeinschaft unter Einbeziehung der Katholiken propagierte. Dafür stellte die Zeitung hier gezielt falsche Tatsachenbehauptungen auf, um bei ihren Lesern die Vorstellung von einer nach Innen geeinten Nation hervorzurufen. Der konservative Protestantismus sah sich selbst durch den Kulturkampf bedroht und versuchte die Leser, gegen diesen zu mobilisieren.

#### *Die Einweihungsfeier aus Sicht der katholischen Presse*

Die Tageszeitungen Germania und Kölnische Volkzeitung erzielten ihre größte Aufmerksamkeit in der katholischen Bevölkerung und standen gemeinsam in Opposition zu Bismarcks Kulturkampfpolitik.<sup>51</sup>

#### *Die Germania*

Die Berliner Germania druckte am 15. August 1875 die Zuschrift eines süddeutschen Protestanten ab, in der er folgende Kritik zur Hermannsfeier formulierte: „Wenn es ein Fest gibt, bei welchem in der germanischen

---

<sup>47</sup> Zitiert aus: Hermann der Cherusker, in: National-Zeitung Nr. 377, Berlin, 15. August 1875.

<sup>48</sup> Zitiert aus: Die Denkmalsfeier auf der Grotenburg, in: Neue Preußische Zeitung Nr. 191, Berlin, 18. August 1875.

<sup>49</sup> Tacke (1995): S. 227.

<sup>50</sup> Stöber (2000): S. 217.

<sup>51</sup> Ebd.: S. 218.

Volksfamilie kein Hauch von Trennung und Zwietracht herrschen sollte, so ist es das Hermannsdenkmal [...]. Wenn der Kulturkampf irgendwo bei Seite gelassen werden musste, so war es hier, sonst wird aus dem Nationalfest ein Cliquenfest, und aus der Einladung an alle eine Attrappe für vertrauensvoll herbeikommende Katholiken, welche deutsche Brüder zu finden hofften und dafür geifernde Parteimänner finden!<sup>52</sup> Der Autor befürwortet die Einigkeit zwischen Protestanten und Katholiken in Deutschland. Die Intention des Denkmals bestehe darin, Katholiken und Protestanten gleichermaßen zu nationalisieren, was die Hermannsfeier jedoch nicht leiste. Dagegen befürchtet er die nationalprotestantische Vereinnahmung der Festveranstaltung und folglich den Missbrauch der Hermannsfeier für den Kulturkampf. Daher kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass die Feierlichkeiten die Katholiken aus der Nation exkludierten.

Die Germania teilte diese Befürchtungen nicht und erblickte im Hermannfest eine überwiegend gelungene Nationalfeier. Danach sei das Fest von kulturkämpferischen Entgleisungen verschont geblieben. Die Tageszeitung übte jedoch Kritik an den verbalen Angriffen der Nationalliberalen auf den römischen Katholizismus und hielt der nationalliberalen Presse daher einen missbräuchlichen Umgang mit der Hermannsfeier vor: „Was nun die Versuche betrifft, die Hermannsfeier für den Kulturkampf zu verwerten, so kann alles Dementieren und Beschönigen dieselben nicht aus der Welt schaffen. Die Feier selbst scheint, so weit wir die einzelnen Hergänge nach den bis jetzt vorliegenden Berichten zu beurteilen vermögen, von derartigen Taktlosigkeiten frei geblieben zu sein.“<sup>53</sup> Unter dem Eindruck des Kulturkampfes verfolgte die Germania eine Integrationsstrategie, womit sie die katholische Bevölkerung zur Integrationsbereitschaft in den Nationalstaat aufforderte. Zugleich wollte sie auch die Zweifel der Reichsregierung am Nationalbewusstsein der Katholiken ausräumen.

#### *Die Kölnische Volkszeitung*

Obwohl die Kölnische Volkszeitung die nationalliberalen Kulturkampfaussagen auf der Hermannsfeier ablehnte, bejahte auch sie das Hermannsdenkmal. Einerseits hielt das katholische Blatt den Nationalliberalen vor, den Hermannsmythos als Waffe im Kulturkampf gegen den Katholizismus zu missbrauchen. Andererseits lieferte die Zeitung auch eine nationalkatholische Deutungsperspektive zum Hermannsdenkmal. Hierfür vereinnahmte die Kölnische Volkszeitung Aussagen des römischen Geschichtsschreibers Tacitus, welcher die Hauptquelle des Mythos darstellt: „Gewiß ist nichts dagegen einzuwenden, wenn der Deutsche jenen Gedenktag feiert und durch äußeres Zeichen verherrlicht. Aber die heutigen Wortführer können kein Fest begehen, ohne in Kulturkampf zu machen. Versemacher und Zeitungsschreiber haben denn auch schon lange vorher die wahre, die kulturkämpferische Bedeutung des Hermanns-Denkmal verkündigt. Man kann nur mit schmerzlichem Mitleid auf solches Treiben hinschauen. Wie es eine völlige Verdrehung der Geschichte verräth, so liegt ihm auch die Absicht zugrunde, immer wieder alte Wunden aufzureißen, immer wieder jene Zwietracht zu erneuern und zu schüren, von der schon Tacitus redet und die, wie sie dem Fürsten Hermann den Untergang gebracht, so bis heute in Schulen, in Büchern und Festreden als das Unglück unseres Vaterlandes beklagt wird.“<sup>54</sup>

Aus diesen Aussagen lässt sich auf eine Verteidigungsstrategie gegenüber den Angriffen von nationalliberaler Seite schließen. Die katholische Tageszeitung reagierte insoweit moderat auf die aggressive Kulturkampfsprache der nationalliberalen Presse. Im Unterschied zur Germania beobachtete die Kölnische Volkszeitung auch Kulturkampfaussagen auf den Einweihungsfeierlichkeiten und bedauerte die nationalliberale Berichterstattung. So würden die Nationalliberalen einer historischen Fehlinterpretation des Hermannsdenk-

---

<sup>52</sup> Zur Hermannsfeier, in: Germania, Berlin, 16. August 1875, vgl. Anhang, S. 28.

<sup>53</sup> Zitiert aus: Deutschland, in: Germania, Berlin, 18. August 1875, vgl. Anhang, S. 29.

<sup>54</sup> Zitiert aus: Wochen-Rundschau, in: Kölnische Volkszeitung, Köln, 18. August 1875, vgl. Anhang, S. 30.

mals unterliegen, wenn sie das Denkmal als Waffe im Kulturkampf einsetzen. Bereits Tacitus habe in den Stammesrivalitäten der Germanen die Ursache für deren fehlende Einigkeit gesehen. Hierauf sei auch die Ermordung des Cheruskerfürsten Hermann durch nahe Angehörige zurückzuführen. Das Schicksal Hermanns verpflichte Protestanten und Katholiken gemeinsam dazu, ihre Streitigkeiten beizulegen. In diesem Zusammenhang hänge auch die dauerhafte Existenz des Reiches von der Überwindung der konfessionellen Konfrontation zwischen Protestantismus und Katholizismus ab. Das Hermannsdenkmal mahne daher zur Versöhnung zwischen beiden Konfessionen. Ohne die Kulturkampfstimmung während der Hermannsfeier zu berücksichtigen, legte die Kölnische Volkszeitung eine historische Deutungsperspektive zum Hermannsmythos vor und versuchte somit, an der symbolisch konstruierten nationalen Einheit teilzuhaben.

### *Konfessionelle Deutungen*

Zur konfessionellen Deutung des Hermannsmythos durch die Lagerpresse können nun zwei Interpretationsansätze diskutiert werden. Eine Auffassung in der Forschungsliteratur argumentiert, dass die katholische Presse die Hermannsfeier ignorierte und damit nicht am Deutungsdiskurs teilnahm. Dies wird im Hinblick auf die preußisch, protestantische Deutungsmacht zum Hermannsdenkmal und dem Kulturkampf in den 1870er Jahren begründet.<sup>55</sup> Dagegen lieferten die Katholiken nach anderer Auffassung integrative Beiträge zur Hermannsfeier und identifizierten sich daher mit dem Hermannsdenkmal.<sup>56</sup>

Obwohl die protestantische Lagerpresse über die konfessionelle Deutungshoheit zum Hermannsdenkmal verfügte, leistete die katholische Lagerpresse auch unter dem Druck der nationalliberalen Kulturkampffäufierungen integrative Beiträge zur Hermannsfeier.<sup>57</sup> Während die nationalliberale Presse die Festveranstaltung gegen den römischen Katholizismus instrumentalisierte, verzichtete die katholische Presse ihrerseits auf kulturkämpferische Reaktionen. Die katholische Lagerpresse legte ihrem Milieu nationalkatholische Deutungen zum Hermannsdenkmal vor und bemühte sich zugleich, die antikatholischen Vorbehalte der Protestanten einzudämmen. Schon der deutungspolitische Diskurs in der *Germania* und der *Kölnischen Volkszeitung* zur Hermannsfeier betonte die grundsätzliche Akzeptanz der Katholiken im Deutschen Reich. Wenn die katholische Presse dem Hermannsmythos positiv begegnete, identifizierte sich insbesondere das katholische Bildungsbürgertum trotz des Kulturkampfes mit dem Hermannsdenkmal.

### **Schlussbetrachtung**

Angesichts der konfessionellen Deutungshoheit des Protestantismus nach der Reichsgründung von 1871 flankierte das Hermannsdenkmal die Nationalisierung der protestantischen Bevölkerung im deutschen Kaiserreich. Auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes symbolisierte Arminius auch den protestantischen Kampf gegen das neue Rom. Der römische Katholizismus gefährdete aus Sicht der Reichsregierung und der Nationalliberalen die innere Einheit des Deutschen Reiches. Daher versuchte der nationalliberale Protestantismus, die katholische Minderheit als Reichsfeinde auszugrenzen. Das im Jahre 1875 eingeweihte Hermannsdenkmal fungierte als Denkmal gegen Rom.

---

<sup>55</sup> Tacke (1995): S. 39 f.

<sup>56</sup> Dörner (1997): S. 413.

<sup>57</sup> Mellies, Dirk: Bau- und Forschungsgeschichte des Hermannsdenkmales – ein Resümee, in: Stefanie Lux-Althoff (Hrsg.) 125 Jahre Hermannsdenkmal, Symposium zum 125jährigen Jubiläum des Hermannsdenkmales am 18. August 2000 in Detmold, Institut für Lippische Landeskunde, 2001, S. 50.

Im Rahmen der feierlichen Veranstaltung am 16. August 1875 drang der Kulturkampf noch nicht in den Vordergrund, wie die Rede des Justizrates Preuß belegt. Dennoch instrumentalisierten die Nationalliberalen das Einweihungsfest für ihren Protest gegen den Ultramontanismus. Neben der Begleitpublizistik untermauerte die National-Zeitung ihre ablehnende Position gegenüber dem römischen Katholizismus. Der Cheruskerfürst Arminius habe demzufolge die Germanen unter seiner Führung vereinigt und hierdurch das Nationalbewusstsein der Deutschen hervorgerufen. Die Konfliktlinie zwischen Germanen und Römern finde ihre historische Fortsetzung im Rahmen des Kulturkampfes zwischen dem nationalen Protestantismus und transnationalen Katholizismus. Dennoch klammerte die konservative Kreuz-Zeitung in ihrer Berichtserstattung zur Hermannsfeier den Kulturkampf aus. Sie lehnte die Kulturkampfmaßnahmen der deutschen Reichsregierung unter Bismarck gegen die katholische Kirche ab.

Auch die katholische Presse kommentierte das Einweihungsfest zum Hermannsdenkmal. Sie wehrte sich gegen die Ausgrenzungsrhetorik der Nationalliberalen und legte eigene Deutungen zur Hermannsfeier vor. Grundsätzlich akzeptierte die katholische Presse das Hermannsdenkmal, beklagte jedoch dessen Missbrauch für den Kulturkampf. Aus den Aussagen in der katholischen Lagerpresse kann auf die Integrationsbereitschaft der gebildeten Katholiken in den Nationalstaat geschlossen werden. Im Gegensatz zur Germania erblickte jedoch die Kölnische Volkszeitung in der Einweihungsfeier eine nationalprotestantische Veranstaltung, die gegen den Katholizismus zielte. Insgesamt sahen sich beide Tageszeitungen den Angriffen von nationalliberaler Seite ausgeliefert und bedauerten die zunehmende konfessionelle Spaltung im Deutschen Reich, für die sie die Nationalliberalen verantwortlich machten. Insgesamt nationalisierte das Hermannsdenkmal sowohl die Protestanten, als auch die Katholiken.

# Heinrich Drake 1933 - 1947

von Andreas Ruppert

*Vortrag in Schloss Brake, 29. November 2006*

*„Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie – auch die der lippischen – ist eine überaus ebnenwerte ... dennoch ist sie keine einfache Heldengeschichte, in der es weder Schuld noch Versagen noch Schwachheit gegeben hätte. Steine mag werfen, wer ohne Schuld geblieben ist.“<sup>d</sup>*

So nähert sich Karl Rauchschalbe in seiner Geschichte der lippischen Sozialdemokratie der NS-Zeit an. Für Heinrich Drake könnte man es ähnlich formulieren. Aber eine Einschränkung muss sein: Geschichtsschreibung ist kein Steinewerfen, ebenso wie sie nicht die Aneinanderreihung von Anekdoten ist. Sie ist Beschreibung und kritische Analyse. Analyse, nicht Urteil. Der Historiker gibt kein Werturteil ab, er steht nicht unbefangen über den Dingen und verteilt keine Noten. Das gilt für alle Zeiten, das gilt auch für die NS-Zeit.

## Vorbemerkungen

Ich will mit zwei allgemeinen Anmerkungen beginnen. Mit Heinrich Drake beschäftige ich mich seit 18 Jahren. Begonnen hat das Interesse mit dem grundlegenden Buch über die NS-Machtergreifung in Lippe, das 1987 von Reinhard Wulfmeyer aus Lemgo veröffentlicht wurde.<sup>2</sup> Damals ist bei mir ein zwiespältiges Bild vom Landespräsidenten entstanden. Das war aber nur ein erster Stein im Mosaik. Wenn man in Lippe arbeitet, läuft einem Drake immer wieder über den Weg. Im Gemälde, als Büste, in den Akten, in den Straßennamen und, am wichtigsten, in den Erzählungen der Zeitzeugen. Und mit der Zeit versteht man erst die Lebensleistung dieses Mannes und versteht nicht nur den Respekt, sondern auch die Bewunderung, die ihm zuteil wurden und immer noch wird.

Respekt und Bewunderung sind darin begründet, dass sich Lippe in seiner Idealvorstellung von sich selbst in Drake gespiegelt sieht. Drake vertrat nicht nur klare Prinzipien, sondern löste sie auch praktisch ein, er lebte sie: ein hohes Arbeitsethos, die Bevorzugung kühler Analyse vor ideologischen Höhenflügen, und nicht zuletzt eine beeindruckende Bescheidenheit in materiellen Dingen. Das entsprach „lippischem Empfinden“, wie er selbst es gelegentlich genannt hat.<sup>3</sup> Nur vor diesem Hintergrund des Respekts erlaube ich mir, Drakes Haltung in der NS-Zeit zu beleuchten.

Die zweite Anmerkung gilt unserer Arbeit als Historiker. Wir verstehen es als unsere Aufgabe, vergangene Epochen zu erhellen, mit dem Seziermesser die in sich verwobenen Elemente des Geschehens zu trennen, Ursachen und Wirkungen in ihrem Wechselspiel zu analysieren und zuletzt ein verstehbares Bild des Geschehens zu zeichnen. Methodisch stoßen wir dabei immer an Grenzen. Wir können das aus sehr vielen kleinen Teilen zusammengesetzte Mosaik des Handelns Einzelner nie ganz erstellen, und wir werden immer vor der Frage stehen, wie wir die Teile des Mosaiks, die uns überhaupt zugänglich sind, gewichten. Darüber

---

<sup>1</sup> Karl Rauchschalbe: Geschichte der lippischen Sozialdemokratie. Bielefeld o. J. [1979], S. 285.

<sup>2</sup> Reinhard Wulfmeyer: Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat. Bielefeld 1987.

<sup>3</sup> Lippische Landeszeitung (im Folgenden: LZ) vom 14. März 1927.

hinaus bleiben uns ganze Bereiche verschlossen: Die Absichten, Gedanken, Träume der Handelnden, der Geist einer Zeit, die Mentalität. Wir sind deshalb ständig in der Gefahr, unsere Darstellung mit der Wirklichkeit gleichzusetzen und dabei Mythen aufzubauen. Ich glaube deshalb, dass es ein viel wichtigeres Element unserer Arbeit ist, Fragen zu stellen – statt vorschnell Antworten zu geben.

## Thesen

Über Drake zu urteilen ist also nicht mein Anliegen. Aber es gibt Irritationen über sein Verhalten in der NS-Zeit, die angesprochen werden sollten. Es gibt Überraschungen, einiges erscheint rätselhaft, nicht auflösbar. Ich bin zu einer Erklärung gekommen, die ich Ihnen nicht als hieb- und stichfest bewiesene Lösung anbiete, sondern nur als Möglichkeit. Dazu biete ich drei Thesen an:

Erstens: Es gibt keine Affinität Drakes zum Nationalsozialismus. Diese Ideologie war ihm wesensfremd. Es gibt keinerlei Hinweis, dass er je opportunistisch gedacht und gehandelt hätte. Hier ist eine klare Grenze zu ziehen. Andere Sozialdemokraten liefen zur NSDAP über, aus Gründen, die ich nicht beurteilen möchte. Drake dagegen ist als „Parteigenosse“ undenkbar.

Zweitens: Drake hat den Nationalsozialismus in seiner Ideologie und in seiner praktischen Politik nie wirklich verstanden.

Das hängt mit einer Einschätzung zusammen, die ich gleich als dritte These nachschieben will: Drake war großartig und einmalig, wenn es um lippische Belange ging, um die „lippische Herdstelle“, wie er es einmal nannte, an der mit Wasser gekocht wird und Ursachen und Wirkungen einschätzbar sind. Für vieles, was diesen Rahmen überschritt, fehlten ihm meiner Ansicht nach Interesse und Sinn und vielleicht auch, bei allem Respekt, die Fähigkeit zur weiterreichenden politischen und gesellschaftlichen Analyse.<sup>4</sup>

Man kann das positiv sehen. Den Nationalsozialismus nicht verstanden zu haben, ist kein negativer Vorwurf. In Auseinandersetzungen der NSDAP mit Menschen, die nicht linientreu handelten, findet man dies oft als letztes Werturteil. So warf etwa der Kreisleiter Lippe der NSDAP, Adolf Wedderwille – er war als Kreisleiter und als Vertreter des Chefs der Landesregierung bis 1945 der wirkliche Regent des Landes - dem Leiter des Detmolder Arbeitsamtes Georg Süß einst vor, dass er den Nationalsozialismus „in keiner Weise“ begriffen habe.<sup>5</sup> Für Süß war das im Nachhinein eine Ehrenrettung. Drake aber war sicher noch viel weiter vom nationalsozialistischen Geist entfernt als das NSDAP-Mitglied Süß.

Aber kann von einem Politiker von der Klugheit und der Erfahrung Drakes nicht erwartet werden, dass er die NSDAP durchschaute? Hat er nicht erkannt, wie diese Partei alle Normen außer Kraft setzte, die ihm selbst nicht nur als wichtig, sondern als unverletzlich galten? Hat er nicht erkannt, dass diese Partei auf dem Weg war, alles das umzusetzen, was sie angekündigt hatte, von der Abschaffung der Republik und der Demokratie über den Antisemitismus bis hin zum Krieg? Von einem Landarbeiter auf Hugenbergs Gut Rohbraken kann man solche Erkenntnisse vielleicht nicht verlangen, aber von einem langjährigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten?

---

<sup>4</sup> Prof. Lothar Albertin regte an, Drakes Nicht-Verstehen auch in einer Parallele zum Nicht-Verstehen von Theodor Heuss zu sehen. Beide haben ein moralisches Wertesystem besessen, in dem Untaten wie die der Nationalsozialisten einfach nicht denkbar gewesen seien.

<sup>5</sup> S. dazu Andreas Ruppert: "Der nationalsozialistische Geist läßt sich nicht in die Enge treiben, auch nicht vom Arbeitsamt." Zur Auseinandersetzung zwischen dem Kreisleiter der NSDAP in Lippe und dem Leiter des Arbeitsamtes Detmold in den Jahren 1939 bis 1943, in: Lippische Mitteilungen 62 (1993), S. 253-283.

## Machtübergabe

Am 7. Februar 1933 verabschiedete sich Drake von den leitenden Beamten der Landesregierung. Die Lippische Landeszeitung schrieb: *„Er sprach bei dieser Gelegenheit den Dank der bisherigen Regierung und auch der früheren Regierungen für die hingebende, treue Mitarbeit aus und bat die Herren, auch der neuen Landesregierung mit der gleichen Dienstfreudigkeit und Objektivität, getreu ihrem Beamteneide, zu dienen.“*<sup>6</sup>

Die Landtagswahl vom 15. Januar 1933 war verloren gegangen, obwohl Drake für die SPD ein gutes Ergebnis herausgeholt hatte. Man darf sicher sagen, dass Heinrich Drake Macht nicht gerne abgab. Aber er akzeptierte die demokratischen Spielregeln und erkannte den Sieg der NSDAP an. Am gleichen 7. Februar, an dem sich Drake von seinen Beamten verabschiedete, wurde vom Landtag das neue Landespräsidium gewählt. Es bestand aus den Nationalsozialisten Dr. Ernst Krappe und Adolf Wedderwille sowie dem parteilosen Landwirt Wilhelm Klöpffer. Sie waren Vertreter einer Partei, die jahrelang mit allen Mitteln gegen Drake gehetzt und seine Politik als „System Drake“ denunziert hatte. *„Niemals wieder Drake“* hatte der „Lippische Kurier“ geschrieben.

Drake hatte, wie er selbst im Landtag erwähnt, die neuen Männer in die Geschäfte eingeführt und sie mit der Sach- und Rechtslage seiner Amtsführung vertraut gemacht. Darüber hinaus bot er in Sachfragen auch weiterhin seine Mitarbeit an. Dass dieses Angebot angenommen wurde, hat Staatsminister Hans-Joachim Riecke, der im Mai 1933 das Landespräsidium abgelöst hatte, bestätigt. In seinen Erinnerungen schreibt er über Drake nicht nur, dass dieser *„ein honoriger, wenn auch oft recht sturer Mann“* gewesen sei, sondern auch: *„Ich habe verschiedentlich zur Klärung von Geschehnissen, die in seine Amtszeit fielen, Gespräche mit ihm geführt.“*<sup>7</sup>

Das sieht, auf die Person bezogen, nach Anpassung aus, wie eine Parallele zu den vielen Mitbürgern, die plötzlich ihre Nähe zum neuen Regime entdeckten und ihm zuarbeiten wollten. Das ging bis zu den beiden großen Parteieintrittswellen im März und Mai 1933 („Märzgefällene“, „Maikäfer“). Das trifft aber, wie erwähnt, auf Drake keinesfalls zu.

Auf die Sache bezogen liegt hier allerdings eine Bereitschaft zur Unterstützung vor, die dem Regime den Machtwechsel und das, was einige Monate lang „Gleichschaltung“ heißen sollte, objektiv erheblich erleichterte. Wie kann man im Nachhinein, als politisch Interessierter und als Historiker, fragen, warum es so wenig Widerstand gegen das NS-Regime gab, wenn man liest, wie der oberste Repräsentant eines Landes und dazu ein Sozialdemokrat, zu Zusammenarbeit und Unterstützung einer NS-Regierung aufrief? Zugespitzt: Die NSDAP hatte in Lippe wie im Reich gerade die Regierung übernommen. Reichsbanner und Eiserne Front standen bereit und wartete auf den Aufruf zum Widerstand. Unabhängig davon, wie wir die Möglichkeiten solchen Widerstandes einschätzen – meines Erachtens hätte das Reichsbanner keine Siegeschance gehabt – war es doch fatal, dass ein führender Sozialdemokrat so tat, als liege hier ein Machtwechsel vor wie andere demokratische Machtwechsel auch.

Wenn wir die These zugrunde legen, dass Drake den Nationalsozialismus nicht verstanden hat, können die Widersprüche aufgelöst werden. Dazu kommt eine Besonderheit in Drakes Charakter, die immer wieder einmal aufscheint: Seine nur sehr begrenzte Fähigkeit, sich in andere hinein zu versetzen und andere Normen zu akzeptieren. Er konnte sich offenbar nicht vorstellen, dass die führenden Nationalsozialisten ein diametral anderes Politikverständnis hatten als er selbst.

---

<sup>6</sup> LZ vom 8. Februar 1933.

<sup>7</sup> Landesarchivverwaltung/Staats- und Personenstandsarchiv Detmold (im Folgenden: StADT) D 72 Riecke.

Unter dieser Prämisse hat Drake natürlich wieder Recht mit seinem Angebot der Unterstützung. Er wollte den Übergang von einer Regierung zur anderen ähnlich geräuschlos gestalten, wie es ihm selbst im November 1918 gelungen war. Auch damals war der abgelöste Regierungschef, der fürstliche Staatsminister Freiherr von Biedenweg, bereit gewesen, mit seiner Erfahrung zu helfen und den Volks- und Soldatenrat zu unterstützen.

Eine funktionierende, dem Gesamtwohl – nicht einer Partei, d. h. weder der SPD noch der NSDAP – verpflichtete Beamtenschaft war der Garant für einen solchen Übergang. Dazu kommt noch, dass der im Februar 1933 gewählte neue Landespräsident Krappe eben noch im Landtag den Willen bekundet hatte, „*Sachwalter des ganzen Volkes*“ zu sein.

Darauf berief sich Drake. Um es in den Worten der Drake-Biographin Ursula Rombeck-Jaschinski zu sagen: „*Im Wesentlichen rechnete Drake mit einer kontinuierlichen Weiterführung der bisherigen Landespolitik, nachdem die Mitglieder der neuen Regierung sich intensiver mit den speziellen Problemen des Landes vertraut gemacht hatten.*“<sup>8</sup>

## Verfolgung

Die NS-Regierung hat Drake schon früh gezeigt, wie sie gegen Gegner vorzugehen gedachte. Eine Reihe von lippischen Sozialdemokraten wurde im Frühjahr 1933 in Schutzhaft genommen. Die sog. Reichstagsbrandverordnung hatte diese Maßnahme mit allgemein gehaltenen Tatbeständen legitimiert, die Hilfspolizei unter ihrem Führer - damals noch: Joseph - Stropf hatte sie durchgeführt. Zu den Verhafteten gehörten Felix Fechenbach, Wilhelm Mellies, Emil Feldmann und zuletzt auch Drake.

Zweimal war Drake in Haft: vom 10. bis 12. Mai, dann noch einmal vom 27. Juni bis zum 4. Juli 1933. Beim ersten Mal kam es zu merkwürdigen Auseinandersetzungen zwischen Drake und führenden Vertretern der NSDAP, d. h. dem schon genannten Adolf Wedderwille und dem Kommissar für die Gleichschaltung der Gewerkschaften, Heinz Rostek. Drake protestierte gegen seine Verhaftung als MdL und verunsicherte damit die beiden NS-Führer völlig - was sonst für keinen anderen Fall überliefert ist. Ebenso unvorstellbar wäre es bei anderen gewesen, dass beide NS-Führer auch bei Drakes Entlassung wieder auftauchten und zugaben, dass genau genommen gar kein Haftgrund vorgelegen habe. Die zweite Inhaftierung im Juni dauerte etwas länger und war offenbar auf eine Berliner Anweisung hin zustande gekommen. Staatsminister Riecke verwies zumindest darauf und setzte sich gleichzeitig erfolgreich für Drakes Entlassung ein.

Es liegt hier eine merkwürdige Mischung von Einschüchterung und gleichzeitiger Zurückhaltung vor. Vielleicht ist sie mit einer Erscheinung zu erklären, auf die Peter Steinbach vor zwei Jahren in Detmold hingewiesen hat. Sein Begriff ist inzwischen fast zu einem geflügelten Wort in unserer zeitgeschichtlichen Analyse geworden: die „soziale Nähe“. Man war sich in Lippe nicht ganz fern. Man kannte sich und verstand sich grundsätzlich. Man klärte Probleme direkt. So gesehen hat Drake ganz konform zu den lippischen Normen gehandelt, und die Vorstellung, es werde „schon nicht so schlimm“ werden, hatte noch eine spezifisch lippische Konnotation.

Tatsächlich ging es bei den Verhaftungen im Jahre 1933 eher um symbolische Warnungen. Ursula Rombeck-Jaschinski stellte in ihrer Studie fest: „*Drake gehörte im Dritten Reich nie zu den wirklich gefährdeten Personen.*“<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Ursula Rombeck-Jaschinski: Heinrich Drake und Lippe. Düsseldorf 1984, S. 170.

<sup>9</sup> Rombeck-Jaschinski, S. 171.

## Der Konflikt mit dem Schwarzen Korps<sup>10</sup>

Drake hat keine Auseinandersetzung mit der NSDAP gesucht, und niemand würde ihm das vorwerfen. Für viele Sozialdemokraten galt die Maxime, die Zeit unbeschadet zu überstehen, niemand glaubte an eine Dauer der NS-Regierung. Es gibt nur eine Situation, in der Drake sich mit einer NS-Organisation anlegte.

Die SS hielt sich eine Zeitschrift, die versuchte, gegenüber Blättern wie dem „Völkischen Beobachter“ oder gar dem „Stürmer“ ein hohes intellektuelles Niveau dieser selbsternannten Elite des Dritten Reiches vorzugaukeln. Es handelt sich um das „Schwarze Korps“. In der Ausgabe vom 20. Juni 1940 stand ein Hetzartikel mit dem Titel „Das war der Biesterfelder“. Dem lippischen Fürstenhaus wurde der Verkauf von Titeln und Orden kurz vor dem Ende seiner Herrschaft vorgeworfen; als Vermittler war dabei der Geheime Kabinettsrat Georg von Eppstein im Fokus, ein Jude, der von Leopold IV. in einem letzten Herrschaftsakt in den Freiherrenstand erhoben worden war. Im Zusammenhang der Auseinandersetzung um den Besitz des fürstlichen Vermögens, des Domaniums, wird auch ein „Flickschuster“ Drake erwähnt, der sich vom Fürstenhaus zum Schaden des Landes Lippe habe korrumpieren lassen. Das „Schwarze Korps“ glaubte also, hier in einem Rundumschlag den Adel, die Juden und das „System Drake“ treffen zu können.

Drake reagierte sehr scharf. Er antwortete der Redaktion und schickte Durchschläge seines Schreibens an den „Stellvertreter des Führers“ Rudolf Hess, an den Gauleiter Alfred Meyer und an die Lippische Landesregierung. Die Vorwürfe waren für ihn unerträglich, da sie seine Identität angriffen. Beim „Flickschuster“ lag eine Verwechslung vor, was aber Drakes Ärger nur vergrößerte: Der Handwerker in der Familie Drake war tatsächlich sein Vater, mit einem ehrbaren Beruf, der „*unter anständigen Deutschen*“, wie Drake der Redaktion schrieb, als Schuhmacher bezeichnet werde.

Der Vorwurf der Korruption aber war ebenso unerträglich für einen Mann, der unbestreitbar nur für das Wohl seines Landes gearbeitet und auch in der Auseinandersetzung um den Domanialbesitz das Beste für Lippe herausgeholt hatte – der Landesverband lebt heute noch davon. Drake warf der Redaktion in diesem Punkt „Gemeinheit“ und „Ehrabschneiderei“ vor und erklärt den Autor des Beitrags zum Feigling, der bezeichnenderweise vor 1933 geschwiegen habe.

Man hält noch im Nachhinein den Atem an: Mitten im Krieg die SS-Ideologen zu unanständigen Deutschen zu erklären und ihnen Ehrabschneiderei und Feigheit vorzuwerfen, hätte in anderen Fällen sehr unangenehme Konsequenzen nach sich gezogen. Ich glaube fast, dass sich Drake nicht darüber im Klaren war, auf welch dünnem Eis er sich bewegte.

Tatsächlich ist ihm nichts passiert. Wedderwille wandte sich auf Aufforderung des Gauleiters selbst ausführlich an die Redaktion. Der lippische Kreisleiter wollte auf der einen Seite das Fürstenhaus aus der Schusslinie nehmen und verwies deshalb auf drei Prinzen des Hauses, die der NSDAP angehörten – einer von ihnen mit goldenem Parteiabzeichen. Er stellte aber auch die Sachverhalte um das Domanialvermögen richtig und schrieb wörtlich: *„Es ist also genau das Gegenteil von dem richtig, was das Schwarze Korps behauptet. Dies mag bitter sein, aber man muss auch letzten Endes der Wahrheit die Ehre geben.“* Er schließt sein Schreiben mit den Sätzen: *„Es bleibt noch zu bemerken, dass ich mit diesen Richtigstellungen nur einige wesentliche Punkte berührt habe. Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass auch sonst noch Behauptungen aufgestellt sind, die der wirklichen Sachlage nicht gerecht werden.“*

Wedderwille stellte sich damit also vor Drake! Die Motive kann ich nur vermuten, auch hier hilft vielleicht die Vorstellung der „sozialen Nähe“ weiter. Auch wenn es nirgends gesagt wird: Ich bin überzeugt, dass der

---

<sup>10</sup> Der ganze Fall in StADT L 113 Nr. 988.

Maler und Glaser aus Lage gut nachvollziehen konnte, dass sich ein lippischer Handwerkersohn Beleidigungen des Vaters nicht gefallen lässt. Und Wedderwille scheint akzeptiert zu haben, dass Drake unbestechlich war. Bei aller Feindschaft zum „System Drake“ – man konnte ihm die Anerkennung für seine Leistung nicht verweigern. Es ging um lippische Tugenden, die selbst dem führenden Nazi des Landes nicht fremd waren.

### **Eine andere Begegnung mit dem Kreisleiter Wedderwille**

Ein Jahr zuvor, im Januar 1939, hatte es dagegen eine Begegnung zwischen Drake und Wedderwille gegeben, die sogar nach dem Krieg noch einmal leichte Wellen schlagen sollte. Ich habe den lippischen Kreisleiter an anderer Stelle charakterisiert. Er hatte unbestreitbare Fähigkeiten, blieb aber, auch wenn er in Lippe Drakes Rolle spielen wollte, immer ein mittlerer Parteifunktionär. An Drakes Persönlichkeit, seine politische Gestaltungskraft und seine Klugheit kam er nie heran. Als Wedderwille im Januar 1939 Drake zum Gespräch einbestellte, trafen also unterschiedliche Charaktere und unterschiedlich starke Persönlichkeiten aufeinander.

Über das Gespräch liegen zwei Texte vor.<sup>11</sup> Der eine ist Wedderwilles eigener Bericht an den Gauleiter, einen Tag nach der Begegnung geschrieben. Der andere ist Drakes eigene Darstellung aus dem Jahr 1948. Er hatte Wedderwilles Bericht in seiner eigenen Personalakte gefunden und sah Klärungsbedarf. Die Qualität der Quellen ist schwer einzuschätzen. Man kann nie sagen, ob ein Bericht ein Gespräch objektiv wiedergibt, aber ich sehe für Wedderwille auch keine Motive für eine Fälschung. Umgekehrt war Drake natürlich daran gelegen, sich selbst positiv darzustellen und jeden Verdacht einer Annäherung abzuweisen. Der sachliche Wert seiner Korrektur aus dem Jahre 1948 ist damit nicht höher zu bewerten als der ursprüngliche Text. Eine erneute Darstellung Wedderwilles gibt es nicht, er war schon 1947 verstorben.

Wedderwille hatte Drake am 3. Januar 1939 zwei Vorhaltungen gemacht: Dass er die Leistungen des Dritten Reiches nicht ausreichend würdige, und seine frühere Nähe zu Felix Fechenbach. Nach Wedderwilles Worten zeigte sich Drake daraufhin aber durchaus bereit, die Erfolge des Regimes anzuerkennen, gleichzeitig habe er sich von Fechenbach klar distanziert.

### **Drakes angebliche Anerkennung der Leistungen des Regimes**

Wenn man wie ich bzw. meine Generation jahrelang mit dem Hinweis auf Hitlers Leistungen verfolgt wurde: Autobahn, Arbeitslosigkeit, „es war nicht alles schlecht“, ist man mit einer Wertung schnell bei der Hand, wenn man hört, dass Drake die Leistungen des Regimes anerkannte.

Aber gleichzeitig war das auch wieder konsequent, wenn man einen normalen demokratischen Wechsel voraussetzt. Dann muss man dem politischen Gegner zumindest die Chance einräumen, zu zeigen, was er kann. Die Ergebnisse sah Drake vor der Haustür, von der Aufbruchsstimmung der Notstandsarbeiter bis zur wirklichen materiellen Besserstellung der Menschen, um die es ihm selbst immer gegangen war.

Aber er sah nicht den Preis, der dafür zu zahlen war. Natürlich kann man einwenden, dass wir alle nachher klüger sind – aber andere Sozialdemokraten, auch in Lippe, haben gesehen, dass die Erfolge der Rüstung zu verdanken waren und dass der Weg in den Krieg führte. Auch hier möchte ich wieder an meine These von

---

<sup>11</sup> Beide in Drakes noch bei der Bezirksregierung liegender Personalakte, abgedruckt bei Wehrmann, S. 227 ff.

der Begrenztheit im Blickwinkel Drakes erinnern, der größere politische Zusammenhänge außerhalb Lippes nicht sah und nicht verstehen wollte.

Später sollte auch die Beurteilung des Krieges in diese Kategorie gehören. Drake hat das Verbrecherische des Krieges an sich nicht erkannt, er hat seine Zielsetzungen nicht erkannt und auch erst spät verstanden, dass der Krieg verloren geht. Man muss es einfach so hinnehmen, ohne eine Wertung anzuschließen. Und man muss auch das Umfeld in die Betrachtung einbeziehen. In Drakes Umgebung wurde über den Krieg gejubelt. Der politisch liberale Berufsschulrat Fritz Geise aus Lage, der mit Drake eine Zeitlang im Landespräsidium zusammengearbeitet hatte, beschwört in seiner Kriegschronik auf hunderten von Seiten in drei Bänden die Berechtigung dieses Krieges und bis zuletzt die Notwendigkeit des deutschen Sieges.<sup>12</sup>

Wilhelm Mellies, der wahrscheinlich die beste Fähigkeit der lippischen Sozialdemokraten zu klarer Analyse hatte, schrieb am 1. Mai 1940 an Emil Feldmann: „*Du kennst meine Einstellung zu diesem Kriege. Ich möchte nicht nur sagen, dass wir alles daran setzen müssen, um diesen Krieg zu gewinnen, ich möchte auch mein Teil dazu tun.*“<sup>13</sup> Und noch am 6. Dezember 1944 schrieb Mellies aus dem Baltikum an Drake: „*Hoffen wir, dass wenigstens nächstes Jahr an diesem Feste die Waffen schweigen. Hier verspricht man uns beinahe offiziell die große Kriegswende im Monat Januar. Wollen hoffen dass das zutrifft. ...*“<sup>14</sup>

Und dass der Krieg verloren geht, ist einem Detmolder Amtsgerichtsrat laut Tagebuch gar erst klar geworden, als die amerikanischen Truppen auf der anderen Seite des Teutoburger Waldes standen. Was also sollte man Drake da vorwerfen?

## Fechenbach

Auch in seiner eigenen Revision des Berichts des lippischen Kreisleiters ist Drakes kühle Distanz zu Felix Fechenbach deutlich zu spüren. Wedderwille hatte geschrieben, Drake wolle nicht „*mit dem Juden Fechenbach in einem Atemzug genannt*“ werden. Drake korrigierte das 1948 zur Aussage, er sei „*weder Antisemit noch Philo-semit*“. Ein Bekenntnis zu dem ermordeten Parteifreund hätte anders geklungen.

Von den Bedingungen des Gesprächs abgesehen – Drake hatte selbst ein wichtiges Anliegen und ging sicher mit taktischen Vorgaben in dieses Gespräch – gibt die Distanzierung doch auch etwas von der Wirklichkeit des Verhältnisses zwischen dem seinerzeitigen Landespräsidenten und dem Redakteur des „Volksblattes“, der lippischen sozialdemokratischen Tageszeitung, wider. Große Sympathien hatte der Lipper für den Franken sicher nicht. Sie waren sich wesensfremd. Fechenbach war allerdings immer loyal und hatte sich für Drake im Wahlkampf zerrissen („Drake muss bleiben!“), aber er kam aus der sozialistischen, revolutionären und ideologischen Tradition der Partei. Für die NSDAP war Fechenbach in dreifacher Weise angreifbar: Als NS-Gegner, als Linker, als Jude.<sup>15</sup>

Drake dagegen war ein Sozialreformer, dem ideologische Momente fremd waren. Er war zum Leidwesen der NSDAP und ihrer lippischen Steigbügelhalter – die wir bei der Gelegenheit nicht vergessen wollen – nicht angreifbar. Dazu kam, dass Drake, der in früheren Jahren im Landtag deutliche Worte gegen Rechts

---

<sup>12</sup> Das Original der Kriegschronik von Fritz Geise liegt im Stadtarchiv Lage; Kopien sind unter der Signatur D 71 Nr. 851, 852 und 853 im StADT verfügbar. Eine geplante Edition ist bisher nicht zustande gekommen.

<sup>13</sup> Zitiert von Rauchschalbe, S. 290.

<sup>14</sup> Der Brief in StADT D 72 Drake Nr. 24.

<sup>15</sup> Zum gespannten Verhältnis zwischen Drake und Fechenbach s. Wolfgang Müller: „Nie ganz vergessen“. Die Erinnerung an Felix Fechenbach in Lippe. In: Sabine Klocke-Daffa (Bearb.): Felix Fechenbach 1894-1933. Journalist, Schriftsteller, Pazifist. Symposium zum 100. Geburtstag, 28. und 29. Januar 1994 in Detmold. Detmold 1994, S. 118-150.

gefunden hatte, die NSDAP-Führung im Wahlkampf von 1932/1933 nur verhalten angegriffen und ganz auf Sachargumente gesetzt hatte – auch hier ergab sich also kein Angriffspunkt.

Loyal war auch Drake. Er hat Fechenbach in der Haft besucht. Er hat Fechenbachs Familie – seine Frau Irma mit den drei Kindern – materiell unterstützt. Er reagierte allerdings kühl, als Irma ihn bat, sich für ausstehende Gehaltszahlungen durch das Volksblatt einzusetzen. Er verwies zu Recht auf die katastrophale materielle Lage der sozialdemokratischen Presse, aber der gleichzeitige Hinweis, Fechenbachs Schicksal sei „*eines von vielen*“, ging doch entscheidend an dessen spezifischen Bedingungen vorbei.

Drakes kühle Distanz zu Fechenbach schwingt auch in Nachkriegsäußerungen mit, etwa im Spruchkammerverfahren gegen den oben genannten ehemaligen Staatsminister Riecke im Jahre 1949. Drake gab darin seinem Nachfolger eine Mitschuld an Fechenbachs Tod am 7. August 1933. Riecke habe dafür sorgen müssen, dass Fechenbach lebend in Dachau ankomme. Dessen lange Schutzhaft im Detmolder Justizgebäude und die Überstellung nach Dachau selbst – ein Lager, das Fechenbach kaum überlebt hätte – wurden Riecke dagegen nicht vorgehalten.<sup>16</sup>

Auch hier kann die Formel als Erklärung dienen, dass Drake selbst der Antisemitismus zwar völlig fremd war, er aber gleichzeitig seine Funktion in der Geschichte überhaupt nicht verstanden hat. Vielleicht hätte er sich sonst anders geäußert.

## Parteiaustritt

Ich komme zum dunkelsten Punkt in Drakes Verhalten in jenen Jahren. Vom 23. Juni 1933 datiert ein an Emil Feldmann gerichtetes Schreiben. Darin heißt es: „*Angesichts der Stellungnahme der Reichsregierung und in Rücksicht auf meine langjährige Verbindung mit der Verwaltung des Staates vermag ich nunmehr meine Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei, solange die Klärung der Vorgänge nicht in eindeutiger Weise erfolgt ist, nicht mehr aufrecht zu erhalten: ich lege sie nieder.*“<sup>17</sup>

Was war geschehen? Nach der Ausschaltung der KPD war inzwischen die SPD in den Fokus der nationalsozialistischen Verfolgung geraten. Sozialdemokratische Politiker wurden nicht nur an ihrer Arbeit in den Parlamenten – vom Landtag in Detmold bis zum Reichstag in Berlin – gehindert, sondern an Leib und Leben bedroht. Einige führende Persönlichkeiten der SPD waren deshalb seit dem Mai 1933 ins Exil gegangen und hatten in Prag eine Auslandsleitung der Partei aufgebaut. Zu ihnen gehörte auch Otto Wels, der im Reichstag als Einziger mutig gegen das Ermächtigungsgesetz gesprochen hatte.

Wie real die Bedrohung war, haben später Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding erfahren müssen: Hilferding, einst Reichsfinanzminister, starb 1941 nach der Folter durch die Gestapo in Paris; Breitscheid, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der SPD, starb 1944 in Buchenwald.

Dass die Nazis den Emigranten den Vorwurf des Vaterlandsverrats hinterher riefen, kann nicht überraschen. Was aber hat Drake bewogen, sich diesem Urteil anzuschließen und in seiner Austrittserklärung von der „Schwere des Vorwurfs“ zu sprechen, der „Aufklärung“ verlange? Was hat ihn bewogen, seine Ge-

---

<sup>16</sup> Schreiben Drakes an den Ersten öffentlichen Kläger bei der Berufungskammer Darmstadt v. 26. Januar 1949, NWStADT D 1 Nr. 7816.

<sup>17</sup> Sowohl der Drake-Biographin Rombeck-Jaschinski als auch Volker Wehrmann hat das Austrittsschreiben aus dem Nachlass Emil Feldmanns vorgelegen. Sein heutiger Verbleib ist unbekannt.

nossen, die vor Haft und drohender Körperverletzung, ja drohender Ermordung emigrierten, in gleicher Weise abfällig zu beurteilen und die Wertung ihrer Verfolger zu übernehmen?

Nun ist es nicht so, dass man von einer übergroßen Nähe Drakes zu seiner Partei sprechen kann. Er stand auf Seiten der Schwachen und Benachteiligten und verstand sich als ihr Vertreter, aber er war durch seine Funktion als Landespräsident der engeren Parteibindung entwachsen und fühlte sich eher der persönlichen Rangfolge: Lipper, Landespräsident, Sozialdemokrat verpflichtet. Trotzdem ist sein Parteiaustritt eine Demonstration, die unverstänlich bleiben muss. Merkwürdigerweise ist darüber nie wieder gesprochen worden – zumindest ist dazu nie etwas quellenkundig geworden. Die unmittelbare Nachkriegszeit war keine Zeit der Diskussionen. Weder für die Bevölkerung, die hungerte und fror, noch für die Eliten, die ihre Mitmachen auf keinen Fall thematisiert wissen wollten. Auch nicht für die SPD, ich zitiere noch einmal Karl Rauchschalbe, diesmal als Zeitzeugen: „*Personaldebatten und kontroverse Diskussionen waren zu jener Zeit selten; man glaubte, auf jeden Fall Geschlossenheit demonstrieren zu müssen.*“<sup>48</sup>

Drake bezeichnete sich 1945 als (gemäßigten) Sozialisten und ließ sich, als sei nichts geschehen, wieder in die Parteiarbeit einspannen. Drake als Landespräsident, Feldmann als Landtagspräsident, Mellies in Bonn, später noch August Berlin – das waren politische Gewichte und Zugpferde, da durften keine kritischen Fragen gestellt werden. Ob Drake je wieder formell der Partei beigetreten ist, bleibt im Übrigen bis heute unbekannt.<sup>19</sup>

## Alltag

Jetzt möchte ich ein grundlegendes Problem der Gewichtung ansprechen, das wir als Historiker immer wieder haben. Von Drake habe ich Ihnen jetzt die wenigen Momente genannt, in denen die politische Sphäre berührt war. Sie machen insgesamt einen sehr geringen Prozentsatz seines aktiven Lebens in jenen zwölf Jahren aus – in der Darstellung des Historikers aber erscheinen sie als das Wesentliche. Die anderen Prozentteile waren Alltagsleben, das für Historiker eher weniger interessant ist und über das wir bei Drake auch eher wenig wissen. Da gibt es einige Briefe, einige Berichte, von Drake selbst im Rückblick geschrieben, einige Erinnerungen von Freunden und Bekannten.

Alltag hieß: Sorge um die Häuser in Detmold und Hiddesen, wo Drake seit 1935 lebte. Wie jeder andere Bürger war auch Drake in Unruhe, wenn es einen Luftalarm gab oder gar gegen Kriegsende Bomben fielen. Sein Haus in der Detmolder Wiesenstraße – das heute nicht mehr steht - war gefährdet, tatsächlich erhielt es in den letzten Kriegstagen noch einen Granatentreffer, der Dachstuhl brannte aus.

Drake verbrachte viel Zeit im Garten. In Briefen an die Tochter in Berlin berichtete er über seine Pflanzungen um das neue Haus in Hiddesen herum.<sup>20</sup> Welch hohen Stellenwert diese Arbeit für ihn hatte, ist auch in seinen ersten Manifesten nach der Befreiung noch zu sehen und zu spüren. Jedem älteren Lipper werden seine Aufrufe vertraut sein: „Pflanzt Kartoffeln! Baut Gemüse! Pfllegt die Obstbäume!“<sup>21</sup> Diese gärtnerische Sorgfalt war nicht nur der eingeschränkten Pensionszahlung geschuldet, sondern war Teil seiner lippischen Identität: Selbstversorgung, wenn es irgendwie ging. Dass diese Haltung im Krieg zunehmende Bedeutung gewann, kann man wiederum in Fritz Geises schon erwähnter Chronik nachlesen.

---

<sup>18</sup> Rauchschalbe, S. 297.

<sup>19</sup> Am 20. Dezember 1956 wurde Drake allerdings von der SPD (Bezirk Bielefeld, Unterbezirk Lippe, Ortsverein Detmold) für seine 50jährige Parteimitgliedschaft geehrt. Ehrenurkunde in Privatbesitz.

<sup>20</sup> Einige der Briefe abgedruckt bei Wehrmann, S. 229.

<sup>21</sup> Abbildung des zitierten Plakats in NRW Staatsarchiv (Hg.): „Bekakelt nicht die Lage ...“ Detmold in der Nachkriegszeit. Detmold 1992 (Ausstellungskataloge staatlicher Archive, Heft 25, bearb. von Wolfgang Bender), S. 24.

Dann las Drake viel. Er hatte schon immer unglaublich viel gelesen, auch wenn er die Zeit dafür eigentlich nicht hätte haben dürfen – nun hatte er sie. Dass Drake 1918 auf seine neue Rolle vorbereitet war, lag auch an seiner umfassenden autodidaktischen Bildung. Tatsächlich sind es gerade der Bildungseifer, der Fleiß und die Disziplin, die zum Lesen, Exzerpieren und Nachdenken gehören, die man an Sozialdemokraten wie Drake bewundern muss. Es ist ihnen nicht zugeflogen und nicht geschenkt worden, sie mussten für alle diese Güter hart arbeiten. Und die gleiche Bewunderung gilt dem nicht mehr jungen Drake der Jahre 1933 bis 1945, der unermüdlich geistig tätig war.

Dass er damals auch Englisch lernte – Latein übrigens auch -, gibt dem Ganzen eine besondere Note. In den Briefen an seine Tochter Lore finden sich die ersten englischen Wendungen,<sup>22</sup> aber besonders gelungen erscheint es, dass Drake später bei einigen seiner Landtagsreden, die in Anwesenheit britischer Offiziere gehalten wurden, Zitate englischer Dichter einflocht. Das Signal war: Wir sprechen auf Augenhöhe miteinander.

## Schanzen

Spät und unerwartet ist Drake noch einmal in Schutzhaft gekommen, zusammen mit anderen lippischen Sozialdemokraten. Das geschah im Rahmen einer allgemeinen Verhaftungswelle nach dem 20. Juli 1944. Die Haft dauerte vom 24. bis zum 30. August 1944. Nach der Entlassung wurde er zu einem vierwöchigen Arbeitseinsatz gezwungen. Er hat selbst 20 Jahre später darüber geschrieben.<sup>23</sup> Verstanden, dass es um die deutsche Sache schlecht stehe, hat Drake bezeichnenderweise erst durch diese eigene sinnliche Erfahrung, dass er als über Sechzigjähriger zum Schanzen am Westfalenwall geholt wurde, nahe Venlo an der deutsch-niederländischen Grenze. Die Wälle und Gräben gehörten zur Illusion der politischen Führung, hier durch die Mobilisierung der Bevölkerung – gewissermaßen ein Volkssturm vor dem Volkssturm – die alliierten Panzer noch vor der Reichsgrenze aufhalten zu können. Aus ganz Lippe wurden Männer nach Westen geschickt, allerdings meist Ältere oder Kranke, da die lippischen Firmen ihre gesunden und produktivsten Leute mit allen Mitteln zurückhielten.<sup>24</sup>

Drake war sich über die Sinnlosigkeit des Unternehmens im Klaren, spielte aber widerspruchslos seine Rolle. Wir wissen nicht, welche Gedanken ihn dabei bewegten. Der Staatsmacht gehorchen zu müssen und zu wollen, war sicher ein Motiv, seine Bereitschaft, gleich und nicht besser behandelt zu werden als die anderen Menschen des Lipperlandes, sicher ein weiteres.

Beeindruckend ist es, dass Drake im Feindesland, in Holland, eine Freundschaft geschlossen hat, die über das Kriegsende hinaus anhielt. Wer die Aversion der Niederländer gegen Deutsche in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Krieg selbst erlebt hat, wird diese Erscheinung hoch einschätzen. Offensichtlich ist Drake nicht als Herrenmensch aufgetreten und nicht einmal als Vertreter der Besatzungsmacht aufgefallen.

---

<sup>22</sup> Beispiele bei Wehrmann, S. 232 und 233.

<sup>23</sup> Abgedruckt bei Wehrmann, S. 236 ff.

<sup>24</sup> S. dazu Hansjörg Riechert und Andreas Ruppert: Herrschaft und Akzeptanz. Der Nationalsozialismus in Lippe während der Kriegsjahre. Analyse und Dokumentation. Opladen 1998, S. 224 ff.

## Verbrechen

Zuletzt will ich die Frage stellen, wie Drake zu den großen Verbrechen des Regimes stand: zum Terror der Konzentrationslager, zur Euthanasie, zum Antisemitismus und zum Krieg. Ich bin sicher, dass Drake hinreichend informiert war. Über die KZs konnte man in der Zeitung lesen, die Euthanasie wurde auch in Lippe diskutiert, der Antisemitismus war bekannt: vom Boykott im März 1933 über die Zerstörungen am 9. und 10. November 1938, von den Gesuchen lippischer Volksgenossen um freierwerdende „Judenwohnungen“ im Winter 1941/42 bis zu Fotos von Erschießungen von Juden, die im Zug herumgezeigt wurden. Zu Drakes Vorzügen gehörte es immer, bestens informiert zu sein – es wäre also merkwürdig, wenn er ausgerechnet hier nicht informiert gewesen wäre. Drake hat sich dazu nie geäußert. Ich kann die Frage also nur stellen, nicht beantworten.

## Fazit

Als Fazit bleibt: Drake ist in keiner Weise in der NS-Zeit belastet. Sein Stern strahlt in den 12 Jahren nicht mehr so hell wie vor und nach jener Zeit, aber die Kratzspuren am Denkmal sind nur gering. Wirklich problematisch bleibt sein Parteiaustritt. Aber da die SPD das selbst nicht thematisiert hat, müssen wir es jetzt auch nicht weiter tun.

## Nach der Befreiung

Am 15. April 1945 notierte Fritz Geise in sein Kriegstagebuch: Gestern trat Drake, der alte Landespräsident, für wenige Minuten in mein Haus, um mir zu sagen, daß Lippe u. Schaumburg Lippe zusammen einer britischen Militärverwaltung unterstellt werden sollten u. daß der englische Kommandant, ein Oberst, ihn zu sich befohlen u. ihn aufgefordert habe, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Er, Drake, habe zunächst abgelehnt, worauf er eine Bedenkzeit von 48 Stunden erhalten habe. Er will auf seiner eiligen Autofahrt die Situation mit einigen einsichtigen Landwirten besprechen. Es wird gut sein, wenn er sich von vorn herein ihrer Unterstützung u. willigen Mitarbeit auf dem Gebiet der Volksernährung sichert, u. es ist anzunehmen, daß sie nach dem katastrophalen Ausgang ihrer alten oppositionellen Politik gegenüber der Regierung Drake froh sein werden, wenn er das Opfer bringt, die traurige Hinterlassenschaft der Nazis anzutreten.“<sup>25</sup>

Ich glaube nicht, dass Drake Englisch gelernt hat, weil er wusste, dass er diese Sprache nach dem Krieg gut werde brauchen können. Trotzdem ist es so typisch für ihn, dass er bereitstand und wieder, wie 1918, Merkmale aufwies, mit der er den anderen voraus war. Er war der letzte demokratisch legitimierte Landespräsident. Er hatte sich nichts zuschulden kommen lassen, war in keine der vielen nationalsozialistischen Organisationen eingetreten. Er hatte nach wie vor den Überblick über das Land – und das Vertrauen seiner Landsleute.

Als er am 17. April 1945 beauftragt wurde, wieder das Amt des Landespräsidenten zu übernehmen, erkennen wir erneut den Faktor der „sozialen Nähe“: Drake fuhr übers Land und beriet sich mit den Leuten, deren Einschätzung ihm wichtig war. Parteipolitik spielte dabei keine Rolle. Und wie 1918 galt es nun, einen Neuanfang zu bewerkstelligen. Auf die Details seines Handelns, von den berühmten Plakatanschlägen bis zum Ringen in Landesrat und Landtag, will ich jetzt nicht eingehen. Es geht mir um die Haltung, um den

---

<sup>25</sup> Geise, Eintrag zum 15. April 1945.

Kurs, den der Steuermann mit starker Hand anpeilte. Die Ziele waren durch die Sachlage und durch die Forderungen der Militärbehörden vorgegeben:

- Aufräumen und Neuaufbau,
- Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen,
- Garantie von öffentlicher Sicherheit,
- Neuregelung des Unterrichts an den Schulen,
- Verhandlungen um die Aufgabe lippischer Selbständigkeit.

Eine entscheidende Frage war die Entnazifizierung. Sie wurde im neuen Landtag mit seinen 30 Mitgliedern – Drake selbst kam als Landespräsident dazu – diskutiert. Auf der 3. Sitzung vom 31. Mai 1946 hatte die CDU vor einer „*allzu radikalen und übereilten Entnazifizierung*“ gewarnt, unter der Wirtschaft und Verwaltung, vor allem aber die Schulen, „*Schaden leiden*“ müssten. In der folgenden Debatte gab es zwei klare Positionen. Auf der einen Seite stand die CDU, deren Position der Abgeordnete Wendt formulierte: „*Die Entnazifizierung ist unbedingt notwendig im Hinblick auf die Vergangenheit. Im Hinblick auf die Zukunft müssen wir alle Störungen für die Volksgemeinschaft nach Möglichkeit auszuschalten versuchen.*“

Die Gegenposition vertrat Wilhelm Mellies: „*Der Kreis der wirklich Schuldigen sei größer, als es auf den ersten Blick scheine. Damals seien sie zu Hitler gestoßen, weil sie wussten, er wolle die Demokratie und die Organisationen der Arbeiter zerschlagen. Man sehe heute nicht, dass sie die Konsequenzen zögen ...*“

Wie war nun Drakes Haltung? Drake wiegelte ab. Zum einen verwies er auf die Bestimmungen der Militärregierung, als persönliche Meinung fügte er aber an:

*„Ich habe immer den Standpunkt vertreten, dass die Leute, die irgendwie aktiv gewesen sind, selber das Empfinden haben müssten, aus der Front herauszugeben.“<sup>26</sup>*

Unschärfer kann man eine Position kaum formulieren und schwächer keine solche geforderte Maßnahme angehen. Der gleiche Drake, der 1923 dem Detmolder Rechtsanwalt Dr. Helmuth Petri die Aufnahme in den Landesdienst verweigerte, weil er an dessen Verfassungstreue zweifelte, beließ es jetzt, nach der Zerstörung Europas und des eigenen Landes, beim Wunsch nach einem freiwilligen Zurückstecken. Man hat den Eindruck, dass Drake diese Frage gar nicht interessierte, und ganz in alter Routine versuchte er, die Debatte zu beenden und die Frage an einen Ausschuss abzuschieben.

20 Jahre später blickte Drake im „Heimatland Lippe“ auf diesen Neuanfang zurück und benannte sein Leitmotiv:

*„Alles unter dem Leitwort und Ziel: eine lebendige Volksgemeinschaft mit gesunden Ausläufern in die Zukunft! Die unglücklichen Reste der Vergangenheit mussten so oder so in kurzer Zeit überwunden werden.“<sup>27</sup>*

Für den Wiederaufbau war das die richtige Einstellung und Weichenstellung. Die lippischen Opfer aber waren aus dem Bild ausgeblendet. Hier hat Drakes alter politischer Widersacher Max Staercke, Herausgeber und Chefredakteur der LZ, nicht-sozialistischer Politiker, Landtagsmitglied und Mitglied im Landespräsidium vor 1933, ein ganz anderes Zeichen gesetzt. Am 10. Oktober 1948 hatte er in Lemgo eine Gedenkfeier für die vertriebenen und ermordeten Juden Lippes durchgeführt. Von einer Teilnahme Drakes ist nichts bekannt.<sup>28</sup>

---

<sup>26</sup> Alle Zitate aus StADT L 80.04 Nr. 221 (Landtagsprotokolle).

<sup>27</sup> Heinrich Drake: 121 Military Government Detmold, in: Heimatland Lippe 58. Jg. (1965), H. 3, S. 87-98, hier S. 90.

<sup>28</sup> Dazu Jürgen Scheffler: Vergangenheitsbewältigung in der Provinz: Der Holocaust und die Erinnerungskultur in Lippe nach 1945. In: Sabine Klocke-Daffa (Hg.): Tabu. Verdrängte Probleme und erlittene Wirklichkeit. Themen aus der lippischen Sozialgeschichte. Lemgo 2006, S. 399-445.

Am 21. Januar 1947 fand die letzte Sitzung des Lippischen Landtags statt. Drake gab einen Überblick über die Geschichte des selbständigen Landes, danach läutete Emil Feldmann zum letzten Mal die Landtagsglocke. Es war eine Wende in der Geschichte des Landes, aber auch eine im Wirken Heinrich Drakes. Lippischer Landtag und Lippische Regierung waren seine entscheidenden Handlungsorte gewesen. Damit war es nun zu Ende.

# Lortzingstraße 6 – ein Detmolder Grundstück

von Andreas Ruppert

## Detmold um 1900

Auch Grundstücke haben ihre Geschichte, auch in ihnen spiegelt sich manchmal eine ganze historische Epoche. Dies gilt auch für ein Grundstück, das noch zu Anfang des 20. Jahrhunderts vor der Detmolder Altstadt auf freiem Feld lag, heute aber so bebaut ist, dass es nicht mehr als eigenständige Immobilie auffällt: die Lortzingstraße Nr. 6.

In den drei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg wurde auch Detmold, wenn auch verspätet, zur *booming town*. 1880 war der Eisenbahnanschluss hergestellt, 1895 wurde die aus Herford kommende Linie bis Altenbeken verlängert. Die Bevölkerungszahl stieg von 4100 im Jahre 1870 auf 12000 im Jahre 1910, Betriebe siedelten sich an, im Norden „hinter dem Bahndamm“ entstanden Fabriken und Arbeitersiedlungen, die später den Beinamen „Wolga“ erhielten. Vor dem Bahnhof entstand westlich der Altstadt mit den Achsen Paulinenstraße – Hermannstraße – Emilienstraße das Projekt einer neuen Stadt. Eckart Bergmann hat darüber ausführlich geschrieben.<sup>1</sup> Die Paulinenstraße stellte die Grenze zur Altstadt dar, ihre historistische Bebauung spiegelt bis heute das Neue auch in der Architektur. Die Emilienstraße erschloss ein neues Baugelände, an ihrem Ende wurde die dritte, in ihren Ausmaßen die beiden anderen weit übertreffende Kaserne des Standorts Detmold des preußischen Infanterie-Regiments Nr. 55 erbaut – auf Kosten der Stadt von einem eigens dafür eingestellten Architekten.<sup>2</sup> Die mittlere Straße, die Hermannstraße, führte zum zentralen Platz der frühen Anlage, dem in der ehemaligen Stadthude angelegten und nach dem ersten Kaiser des deutsch-preußischen Reiches benannten Kaiser-Wilhelm-Platz. Demonstrativ stehen hier die Symbole der Herrschaft: Regierungsgebäude, Landtag, Justiz, Reichspost und reformierte Kirche.

Die anwachsenden Bevölkerungszahlen zwangen die beiden protestantischen Konfessionen Detmolds zu Neubauten. Die Entwicklung dahin und die Aufteilung der dafür bereitgestellten Gelder hat Alexander Uhlig dargelegt.<sup>3</sup> Die Lutheraner erbauten in der Schülerstraße an der Stelle ihrer alten achteckigen Kirche die neugotische Martin-Luther-Kirche, die Reformierte Landgemeinde errichtete am Kaiser-Wilhelm-Platz die schon erwähnte neugotische Christuskirche. Auch die Kirchenneubauten waren Zeichen des Aufbruchs in die Moderne und zugleich Machtsymbole.

Auch die jüdische Gemeinde Detmolds war angewachsen, zu ihr gehörten nach der Volkszählung von 1890 227 Männer und Frauen.<sup>4</sup> Die lippischen Juden verstanden sich als Bürger dieses Landes, sie waren Lipper, und als Reichsbürger, sie waren Deutsche, die sich nur durch die Konfession von den anderen Bürgern unterschieden. Leopold Zunz, ein Vorkämpfer dieser Entwicklung, war 1794 in Detmold geboren.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Eckart Bergmann: Die Stadtgestaltung und Stadtplanung Detmolds um 1900, in: Stadt Detmold (Hg.): Detmold um 1900. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Bearb. von Hermann Niebuhr u. Andreas Ruppert. Bielefeld 2004, S. 15-78.

<sup>2</sup> Lothar Wormuth: Paul Schuster (1866-1932) – Architekt und Stadtbaumeister in Detmold. In: Eckart Bergmann u. a. (Hg.): Baumeister und Architekten in Lippe. Bielefeld 1997, S. 233-242.

<sup>3</sup> Alexander Uhlig: Zwei neugotische Kirchen für Detmold, in: Detmold um 1900, S. 89-133.

<sup>4</sup> Die Ergebnisse der Volkszählung von 1890 sind veröffentlicht im Amtsblatt für das Fürstentum Lippe 1892. Detmold [1892], Beilage zu Nr. 7 vom 23. Januar 1892.

<sup>5</sup> Peter Wagner: Wir werden frei sein. Leopold Zunz 1794-1886. Detmold 1994 (Panu Derech, 11).

Die antisemitische Hydra schlief allerdings auch in Lippe nicht. Im Jahre 1877 wurde auf Antrag der „Deutschen anthropologischen Gesellschaft“ eine statistische Erhebung an den lippischen Schulen durchgeführt; in den Fragebögen sollten jüdische Kinder gesondert aufgeführt werden.<sup>6</sup> Führend in der antijüdischen Agitation war das in Detmold erscheinende Lippische Volksblatt. Auch das Hermannsdenkmal wurde von den Antisemiten früh besetzt: Im September 1891 trafen sich dort Abgeordnete antisemitischer Vereine, anschließend gründete sich auch in Detmold ein antisemitischer Verein.<sup>7</sup> Auch gab es Auftritte antisemitischer Agitatoren, u. a. mit der Aufforderung zum Boykott jüdischer Geschäfte. Nach einer solchen am 23. Januar 1892 in der Gaststätte Odeon an der Hornschen Straße gehaltenen Rede wurde die lokale Ortsgruppe des Deutsch-Socialen Reformvereins gegründet. Der Verein verlangte bei der Aufnahme den „Ariernachweis“.<sup>8</sup> Ebenfalls antisemitisch war eine Berufsorganisation der Angestellten ausgerichtet, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband. Seine Detmolder Ortsgruppe wurde schon 1893 gegründet. Am 22. Mai 1893 schließlich trafen sich die deutschen Antisemiten zu einem Pfingsttreffen am Hermannsdenkmal, das Programm ist erhalten.<sup>9</sup>

Bemerkenswert ist auch ein Detail des überkommenen christlichen Antisemitismus: Die reformierte Kirchengemeinde hatte es im Vorfeld ihres Kirchenneubaus abgelehnt, sich dafür ein Grundstück vom jüdischen Bankhaus Salomon u. Oppenheim schenken zu lassen.<sup>10</sup> Hier zeigt sich der fließende Übergang von einem christlich geprägten zum rassistisch motivierten Antisemitismus, der auch an der Tragfähigkeit des häufig verwendeten Begriffs „Antijudaismus“ für die christliche Variante der Judenfeindschaft zweifeln lässt.

Der Lehrer und Kantor Abraham Plaut, Vater des später berühmten Sängers und Vortragskünstlers Joseph Plaut,<sup>11</sup> hatte 1892 in der Lippischen Landeszeitung mutig und deutlich zum Widerstand gegen diese Entwicklung aufgerufen, ohne dass ein Erfolg erkennbar wäre.<sup>12</sup>

### Die Synagoge in der Lortzingstraße

Allen antisemitischen Untertönen zum Trotz hatte jüdisches Leben in Lippe und Detmold eine Zukunft. Auch der Detmolder Gemeinde reichte die kleine Synagoge in einem Hinterhaus der Exterstraße nicht mehr aus, sie wollte parallel zu den Neubauten der protestantischen Konfessionen ebenfalls ein neues Gebäude errichten. Peter Wagner hat über Finanzierung, Planung und Realisierung des Baus gehandelt.<sup>13</sup>



*Die Synagoge im Bau, 1905.  
Quelle: NWStADT D 75 Nr. 3471*

<sup>6</sup> Landesarchiverwaltung/Staats- und Personenstandsarchiv Detmold (im Folgenden: NWStADT) L 80 III Nr. 34.

<sup>7</sup> Lippische Landeszeitung (im Folgenden: LZ) vom 22. September 1891.

<sup>8</sup> LZ vom 25. Januar 1892; Mitgliederverzeichnis in Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold Nr. 764.

<sup>9</sup> Berichte zum Treffen in den lippischen Tageszeitungen, Programm in NWStADT D 70 Nr. 154.

<sup>10</sup> LZ vom 2. Februar 1895.

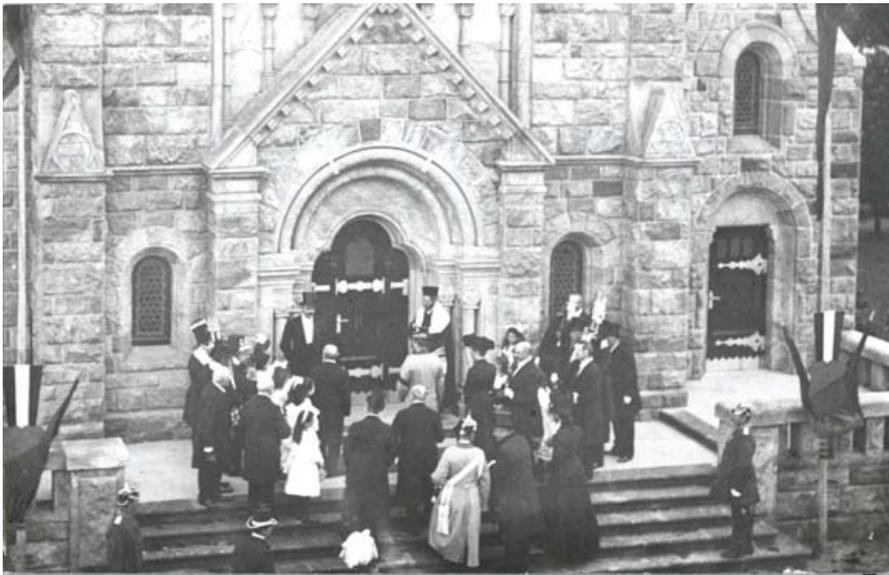
<sup>11</sup> Zu Josef Plaut s. Eugen Heinen u. a.: „Chottechott, was isser damit!“. Zum Leben und Wirken des jüdischen Vortragskünstlers Joseph Plaut aus Lippe-Detmold (1879-1966). Detmold 2004.

<sup>12</sup> LZ vom 27. Januar 1892. Alle Angaben zum Antisemitismus in Detmold vor 1914 stammen aus der ausgezeichneten und umfassenden Arbeit von Dinah van Faassen über die Geschichte der Juden in Detmold, s. Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 7454. Leider ist das Manuskript bisher nicht für eine Edition abschließend bearbeitet worden.

<sup>13</sup> Peter Wagner: Die Jüdische Gemeinde baut sich eine Synagoge, in: Detmold um 1900, S. 135-156.

Am 9. Februar 1905 verkaufte die Gemeinde die alte Synagoge in der Exterstraße dem Gastwirt Wilhelm Schwindt für 19.000 Mark.<sup>14</sup> Am 8. Mai 1905 bestätigte die Fürstliche Rentkammer den Verkauf eines Bauplatzes in der Lortzingstraße an die Synagogen-Gemeinde und erklärte, "daß wir gegen die sofortige Bebauung nichts zu erinnern haben." Der Kaufpreis betrug 10.250 Mark.<sup>15</sup> Die Parzelle wurde dafür auf die Stadt übertragen, die dann die Jüdische Gemeinde benachrichtigte. Den Bescheid des Magistrats überbrachte am 27. Mai als Inkassobeamter der Schutzmann Stroop, der Vater des später berüchtigten Josef (seit 1941: Jürgen) Stroop.

Die neue Synagoge wurde am 17. Mai 1907, dem Freitag vor Pfingsten, unter großer Anteilnahme der Vertreter der Detmolder und lippischen politischen und gesellschaftlichen Elite eingeweiht. Auf einem am Pfingstsonntag folgenden Festbankett beschworen alle Redner das gute Einvernehmen der Konfessionen in Detmold, so auch der Vorsteher der jüdischen Gemeinde, der Kaufmann Alex Meyer:



*Einweihung der Synagoge am 17. Mai 1907. Rechts am Eingang Alexander Plant, links Alex Meyer. Auf dem Weg zum Eingang Fürstin Bertha und Fürst Leopold IV.  
Quelle: NWStADT D 75 Nr. 2060*

"Wie wir alle Glieder unseres gemeinsamen schönen deutschen Vaterlandes sind, wie wir alle in unserem persönlichen und geschäftlichen Leben aufeinander angewiesen sind, miteinander leben müssen, also ist auch das Verhältnis der verschiedenen Konfessionen zueinander in unserer geliebten Residenzstadt Detmold allezeit ein gutes und herzliches gewesen. Die einzelnen Bekenntnisse haben in guten und bösen Tagen treu zueinander gehalten, haben sich in Zeiten der Not einander zu fördern und helfen verstanden, haben gern und freudig für einander Opfer gebracht.

Wir empfinden das besonders dankbar und wissen dieses gute Verhältnis zu würdigen. Und wenn ich heute etwas hoffe, ein Wunsch meine Seele bewegt, so ist es der, daß dieses gute und freundliche Verhältnis allezeit so bleiben möchte, daß niemals der Tag kommen möge, wo Mißgunst und Neid und Abneigung etwas anderes schaffen, und an die Stelle des Friedens den Unfrieden setzen..."<sup>16</sup>

Dies war eine Momentaufnahme, die die Zukunftsmöglichkeiten wiedergibt. Von hier aus hätte ein friedliches Zusammenleben seinen Weg nehmen können. Es gab keine Zwangsläufigkeit beim Sieg der völkisch-antisemitischen Kräfte, es gab keinen unausweichlichen Weg zum Mord an einem Teil der deutschen Bevölkerung.

Die Niederlage im Weltkrieg, die ein großer Teil der deutschen Bevölkerung nicht verstand und nicht wahrhaben wollte, führte zu einer großen Veränderung und zu einer radikalen Verringerung der Chancen, die genannte Möglichkeit zu verwirklichen. Die Kräfte, die für den Krieg verantwortlich waren, sich aber der Verantwortung für die Niederlage rechtzeitig entzogen hatten, boten scheinbare Erklärungen an, auf die

<sup>14</sup> NWStADT L 79 Nr.3922.

<sup>15</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 5037 u. Nr. 5038.

<sup>16</sup> LZ vom 21. Mai 1907.

viele Menschen hereinfielen: Sozialdemokraten und Juden seien Schuld an der Niederlage, weil sie dem „im Felde unbesiegten“ Heer in den Rücken gefallen seien. Mit dieser ideologischen Hypothek musste die demokratische Republik ihren Weg beginnen, im Reich wie in Lippe. Lippe und Detmold gingen in der Weimarer Zeit keinen Sonderweg, sondern zeigten die gleiche problematische Entwicklung wie die übrigen Reichsteile: Ein Nachlassen der Kräfte, die für Republik und Demokratie eintraten, und ein Anwachsen der völkisch-radikalen Kräfte, die die Republik zerstören wollten.<sup>17</sup> Die traditionellen antisemitischen Ressentiments wurden dadurch gefährlich aufgeladen und wurden jetzt zu wichtigen Merkmalen politischer Parteien und Verbände, die auch in Detmold aktiv waren: Deutschnationale Volkspartei (DNVP, mit dem General-superintendenten Weßel als Landtagsmitglied), Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Stahlhelm und Jungdeutscher Orden (als Wehrverbände mit großer Anhängerschaft). Zu ihnen gehörte auch der elitäre Zirkel des Deutschbundes mit dem „Germanenforscher“ und ehemaligen Pfarrer Wilhelm Teudt als Leiter der lokalen Sektion. Teudt wurde später von Hitler zum Professor ernannt und ist bis heute Detmolder Ehrenbürger.

Die völkischen Radikalen waren immer auch Antisemiten. Ihren ersten großen Auftritt hatten sie, als sie die Anstellung des Predigers Moritz Rülff an der Detmolder Knabenbürgerschule, der damaligen Volksschule, zum Anlass für eine Protestaktion nahmen.<sup>18</sup> Rülff war 1914 von der jüdischen Gemeinde als Lehrer und für



*Detmold von Norden, ca. 1917.  
Rechts vom Landestheater, zwischen Bahndamm und Schloss, die Synagoge.  
NWSTADTD 75 Nr. 2160*

den Synagogendienst nach Detmold berufen worden. Er hatte an den Detmolder Schulen sowie an den anderen lippischen Schulen jüdischen Religionsunterricht zu geben. Im Februar 1919 bat der lippische Synagogenverband das Landespräsidium, jüdische Lehrer für die normale Volksschule in den Staatsdienst zu übernehmen. In Lippe erfüllte allerdings nur Rülff die dafür notwendigen Voraussetzungen. Für den 1. Mai 1919 hatte das Landespräsidium mit Heinrich Drake an der Spitze die Einstellung an der Knabenbürgerschule zugesagt. Am gleichen Tag fand in Detmold eine Unterschriftensammlung für eine Petition an den Landtag statt, die mit einer Sammlung antisemi-

tischer Argumente aus allen Richtungen diese Entscheidung rückgängig machen wollte. Die Eingabe war von 629 Bürgern unterzeichnet worden, von denen viele zur Detmolder bürgerlichen Elite gehörten. In den folgenden Monaten protestierten auch der Lippische Lehrerverein und die Landeskirche gegen Rülffs Einstellung.

<sup>17</sup> Der lippische sozialdemokratische Landespräsident Heinrich Drake steht für die Verteidigung der Republik, der Detmolder Rechtsanwalt Dr. Helmuth Petri für ihre Zerstörung, s. Andreas Ruppert: Heinrich Drake in der lippischen Politik. November 1918 bis Januar 1933, in: Stadt Detmold (Hg.): Krieg – Revolution – Republik. Detmold 1914 bis 1933. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Bearb. v. Hermann Niebuhr u. Andreas Ruppert. Bielefeld 2007, S. 459-485, und ders.: Um jeden Preis gegen die Republik: lippische DNVP und NSDAP von den Kommunalwahlen im Januar 1932 bis zur Landtagswahl im Januar 1933, daselbst S. 487-508.

<sup>18</sup> Zum Geschehen um Moritz s. die großartige Würdigung dieses Mannes durch Wolfgang Müller: Moritz Rülff - ein jüdischer Lehrer in schwerer Zeit, in: Lippische Mitteilungen 57 (1988), S. 365-432.

Dass die Lippische Tageszeitung in ihren Leserbriefspalten mithetzte, versteht sich von selbst. In der Landtagsdebatte vom 14. Juli 1919 verteidigten die Sprecher der DNVP die Petition, darunter auch General-superintendent Weßel. Auch hier zeigt sich doch, wie unsinnig die Differenzierung von „Antijudaismus“ und „Antisemitismus“ ist. Sie ist eine Erfindung, um führende Männer der Kirchen von ihrer Verantwortung für die Folgen ihres Redens und Handelns zu entlasten. Dagegen verteidigte vor allem Max Staercke, der Herausgeber und Chefredakteur der führenden Tageszeitung des Landes, der liberalen Lippischen Landeszeitung, die Einstellung Rülfs und wies darauf hin, dass es sich nicht um eine evangelische, sondern um eine staatliche Schule handele. Bemerkenswert ist auch eine weitere Auseinandersetzung, die im Winter 1919/1920 im Lippischen Landtag geführt wurde. Die Deutschnationalen Hauptmann a. D. Wilhelm Tracht und Walter Baumgarten fielen durch antisemitische Ausfälle im Landtag und in politischen Versammlungen auf. In den anhaltenden Auseinandersetzungen stellten sich die DNVP-Abgeordneten offen auf Trachts und Baumgartens Seite, während die Liberalen um Adolf Neumann-Hofer wiederum klare Position gegen den Antisemitismus bezogen.

Im November 1919 tauchten nachts in Detmolds Straßen geklebte Hetzflugblätter auf, als deren Autor bald Friedrich Fischer erkannt wurde, der sich als „Dichter“ Fischer-Friesenhausen nannte.<sup>19</sup> Aber auch die neue Synagoge blieb nicht verschont. Schon im März 1920 und dann im Oktober 1923 wurden die Eingänge zur Detmolder Synagoge durch Steine versperrt und mit Hetzzetteln mit Hakenkreuzen besudelt.<sup>20</sup> Hitler war damals bekanntlich noch nicht Reichskanzler und von einem „Befehl von oben“ kann noch nicht die Rede sein. Der Antisemitismus hat seine Wurzeln an der Basis, nicht an der Spitze.

Zum Glück gab es in Detmold aber in jenen Jahren auch Männer, die dem antisemitischen Treiben energisch und unbeirrt entgegentraten: Heinrich Drake, Adolf Neumann-Hofer,<sup>21</sup> Max Staercke, und mit den beiden Letztgenannten die Lippische Landeszeitung. Auch hier lässt sich sagen, dass die Sache nicht entschieden war und sich die Waage noch nicht zur antisemitischen Rechten geneigt hatte.

## Nationalsozialismus in Detmold

Das war erst der Fall, als es der NSDAP gelungen war, alle divergierenden Strömungen der völkischen und antisemitischen Rechten einzubinden und auf das politische Ziel der Machteroberung, von Berlin bis Detmold, zu konzentrieren. Die Kräfte der Radikalen bündelten sich in der NSDAP. Diese Partei gewann die Kommunalwahlen in Detmold im Januar 1932 sowie die Wahl zum Lippischen Landtag im Januar 1933 und regierte bis 1945 das Land.

In den antisemitischen Aktionen, die der Machteroberung durch die NSDAP folgten, wurden immer Personen und Sachen angegriffen: Geschäfte wie in Detmold, Friedhöfe wie in Lage. Die Detmolder Synagoge scheint aber anfangs von solchen Angriffen verschont geblieben zu sein. Dennoch war sie den völkischen Aktivisten immer ein Dorn im Auge. 1938 spitzte sich die Lage zu: die Detmolder Juden wurden immer weiter in die Defensive gedrängt worden und waren auch zahlenmäßig nicht mehr in der Lage, ihr Ge-

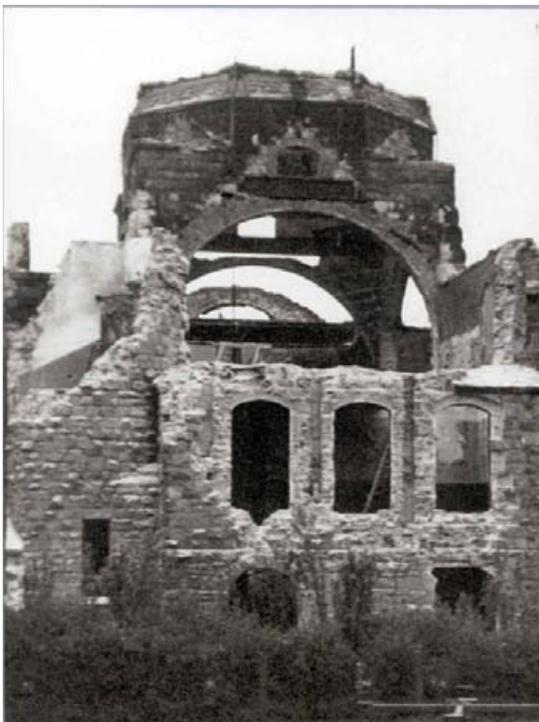
---

<sup>19</sup> Fischer, der durch eine ganze Reihe antisemitischer Publikationen aufgefallen war und aus seiner Einstellung niemals ein Hehl gemacht hatte, wurde noch 1986 in der Lippischen Landeszeitung für seine „klare Sprache und zarte Lyrik“ gelobt (LZ vom 15. November 1986). Max Staercke hätte das nie zugelassen.

<sup>20</sup> Zu 1920: Die Zerstörungen erfolgten in den Nächten vom 19. auf den 20. und vom 20. auf den 21. März 1920, s. Schreiben der Jüdischen Gemeinde an Landespolizeidirektor Heise vom 22. März 1920, in: NWStADT L 79 Nr. 3923, freundlicher Hinweis von Jürgen Hartmann; zu 1923. s. LZ vom 4. Oktober 1923.

<sup>21</sup> Zu Neumann-Hofer s. den noch nicht veröffentlichten Beitrag von Jürgen Hartmann: „Diesem Gesindel ganz gehörig entgegen-treten“. Der Linkliberale Adolf Neumann-Hofer und der Antisemitismus in Lippe, in: Festschrift für Lothar Albertin [erscheint 2007].

meindeleben aufrecht zu erhalten. Andererseits sahen Viele, die in der NS-Bewegung zu kurz gekommen waren, nun die Chance, sich antisemitisch profilieren zu können. Zu ihnen gehörte etwa der selbsternannte völkische Dichter Karl Nüse, der in einem mehrseitigen Hetzbrief vom September 1938 vom Bürgermeister, dem SS-Obersturmführer Hans Keller, den Abriss der Synagoge forderte.<sup>22</sup> Auch hier liegt wieder ein Beispiel dafür vor, dass die Antisemiten an der Basis nicht auf Anstöße aus Berlin oder München warten mussten, sondern bereit standen. Der stellvertretende Bürgermeister, der SD-Agent Wilhelm Schürmann, griff Nüses Initiative auf und richtete am 2. November 1938, eine Woche vor der Brand- und Terroraktion vom 9. November, eine Anfrage an das bei der Gauleitung in Münster angesiedelte Reichspropagandaamt Westfalen-Nord, ob es schon Richtlinien gebe, wie mit überflüssigen Synagogen umzugehen sei. Er spricht darin von der „Beseitigung“ des Gebäudes. Auf der Rückseite findet sich dann ein Vermerk Schürmanns vom 10. November 1938: „Der vorseitige Antrag an das Reichspropagandaamt wegen Entfernung der Synagoge in Detmold ist als erledigt zu betrachten, da die Synagoge in der vergangenen Nacht durch die empörten Volksgenossen in Detmold über die feige Mordtat des Juden Grünspan in Paris angezündet worden ist. Das stehen gebliebene Mauerwerk wird in allernächster Zeit abgebrochen werden, sodass damit unser Antrag vom 2.8.1938 seine Erledigung gefunden hat.“<sup>23</sup>



*Ruine der vom  
9. auf den 10. November 1938 zerstörten Synagoge.  
NWStADT D 75 Nr. 5267*

Tatsächlich ist die Synagoge in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in Brand gesetzt worden. Die näheren Umstände sind später in mehreren Gerichtsverfahren beleuchtet worden, Jürgen Hartmann hat sie für seine ausführliche Darstellung verwendet.<sup>24</sup> Zurück war eine Ruine geblieben, die nicht mehr verwendet werden konnte. Es blieb nur der Abriss, wie er schon vorgedacht war.

Schon im November des Jahres hatte der Detmolder Bauunternehmer Wilhelm Carell die drei Giebel und den Kuppelmauerkranz sowie einige abhängende verkehrsfährdende Teile entfernt. In einem Schreiben vom 21. Februar 1939, in dem noch Kosten für Schäden an Nachbargrundstücken geltend gemacht werden, wies er darauf hin, dass die Synagogengemeinde selbst die Kosten dafür in Höhe von 660 RM getragen hatte.<sup>25</sup> Trotz der Bewerbungen mehrerer Detmolder und auswärtiger Unternehmer um den Auftrag zum Abriss blieben die Mauern aber noch stehen. Noch gehörte das Grundstück der jüdischen Gemeinde, so dass niemand außer ihr darüber verfügen konnte. Am 13. Februar schloss der Detmolder Kaufmann Max Schuler im Auftrag der Gemeinde mit dem Detmolder Fahrradhändler Fritz Herbrechtsmeier einen

Kaufvertrag über das Grundstück ab. Der Abschluss erfolgte vor dem Notar Karl Tracht, und wurde von der Landesregierung genehmigt. Allerdings war das Vorkaufsrecht der Stadt nicht beachtet worden, da die Stadt offenbar auch kein weiteres Interesse am Grundstück hatte.

<sup>22</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441. In der Akte finden sich auch einige von Nüses antisemitischen lyrischen Ergüssen.

<sup>23</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

<sup>24</sup> S. Jürgen Hartmann: „Die durchgeführte Aktion hat hier wahre Befriedigung hervorgerufen“ – Der November-Pogrom in Detmold 1938, in Stadt Detmold (Hg.): Nationalsozialismus in Detmold. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Bearb. v. Hermann Niebuhr u. Andreas Ruppert. Bielefeld 1998, S. 645-659.

<sup>25</sup> Auflistung der Arbeiten und Kostenvoranschlag vom 28. November 1938, Schreiben vom 21. Februar 1939, Kostenvoranschlag für die Schäden an Nachbargrundstücken vom 21. März 1939, alle in Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

Interesse hatte aber eine andere Einrichtung: die lippische NSDAP, die aber ihrem Selbstverständnis nach schlecht selbst in Verhandlungen mit der jüdischen Gemeinde treten konnte. Der lippische Kreisleiter Adolf Wedderwille bedrängte nun den schon genannten stellv. Bürgermeister Schürmann, so dass die Stadt am 7. März 1939 doch noch von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machte und der jüdischen Gemeinde fristgemäß eine entsprechende Erklärung übersandte. In einem internen Vermerk vom 1. März 1939 war festgehalten worden, dass der Kauf unter der Bedingung getätigt werde, dass Kreisleitung oder Landesregierung dann in den Kaufvertrag eintreten.<sup>26</sup>

Jetzt hätte einem Abbruch der Ruine rechtlich nichts mehr im Wege gestanden. Ratsherr Ludwig Betz, Direktor der Aufbauschule und Leiter der Ortsgruppen Detmold-Ost und Detmold-Nord der NSDAP, forderte ihn in einer Besprechung mit dem Bürgermeister am 9. März 1939 auch ein: „Ratsherr Betz fordert die Beseitigung der Gebäuderümpel bis zum Eintritt des Fremdenverkehrs, um eventuellen unliebsamen Erörterungen durch in Detmold weilende Ausländer zu vermeiden.“<sup>27</sup>

Am 5. Oktober 1939, fast ein Jahr nach der Brandstiftung, richtete Regierungsdirektor Dr. Heinrich Oppermann, Leiter der Abteilung I der Lippischen Landesregierung,<sup>28</sup> eine Aufforderung an den Landrat des Kreises Detmold, Karl Schweiger, für den baldigen Abriss der Synagogen in Horn, Schwalenberg und Detmold zu sorgen. Schweiger leitete das Schreiben mit dem überraschenden Aufdruck „Geheim!“ an die Bürgermeister weiter.<sup>29</sup> Aus einer kurz zuvor erfolgten Mitteilung an den Landrat geht allerdings hervor, dass die Verzögerungen dadurch entstanden, dass der Ausbau von Luftschutzkellern vorgezogen wurde.<sup>30</sup>

Am 17. April 1939 wurde der Detmolder Maurermeister und Hoch- und Tiefbauunternehmer Hermann Oberjasper, der das beste Angebot eingereicht hatte, mit dem Abriss und der Abfuhr des Schutts beauftragt. Bezahlt wurde er mit einer Summe von 4230 RM und dem Material, das er behalten durfte und das den Ausgleich für die geringe Bezahlung darstellte. Dazu gehörten zwölf Eisenträger mit einem Gewicht von ca. 17 t,<sup>31</sup> dazu gehörten auch die das Portal schmückenden Säulen.<sup>32</sup> Das Steinmaterial sollte zum Teil für den Straßenbau in der Stadt verwendet werden.

Nach dem Krieg findet sich in einem Schreiben des Stadtbauamtes an den Vertreter der neu gegründeten Jüdischen Kultusgemeinde, den Heidenoldendorfer Wilhelm Ehrmann, eine bemerkenswerte Verdrehung der historischen Tatsachen: „Die Beseitigung der Trümmer nach dem Brand der Synagoge war eine baupolizeiliche Notwendigkeit, die der Stadt oblag, weil die Eigentümer nicht dazu herangezogen werden konnten. Die Kostenbegleichung erfolgte durch Naturalleistungen an den Unternehmer aus dem Abbruchmaterial.“<sup>33</sup> Fast wundert es einen, dass die Kultusgemeinde nicht aufgefordert wurde, die Kosten zu übernehmen. Tatsächlich hat die NSDAP auch die Abbruchkosten übernommen, nicht aber die Kosten für die Beseitigung der Schäden an den Nachbargrundstücken, dies blieben dann doch Sache der Stadt.<sup>34</sup>

---

<sup>26</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

<sup>27</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

<sup>28</sup> Zu Oppermann s. Thomas Enzensberger: Der NS-Rechtswahrbund in Lippe, in: Stadt Detmold (Hg.): Nationalsozialismus, S. 291-319.

<sup>29</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

<sup>30</sup> Bürgermeister an Landrat vom 25. September 1919, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

<sup>31</sup> Schätzung des Stadtbauamtes vom 21. März 1939, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

<sup>32</sup> Aktennotiz über ein Gespräch mit Oberjasper im Stadtbauamt vom 22. April 1939, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440.

<sup>33</sup> Schreiben vom 7. Februar 1948, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440.

<sup>34</sup> Gauschatzmeister an Bürgermeister vom 20. November 1940, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

Unruhig wurde die Stadt, weil sich der Weiterverkauf an die NSDAP verzögerte und sowohl der Kaufpreis entrichtet wie auch Oberjasper bezahlt werden mussten. Nach einigen Verzögerungen und mehrfachem Drängen der Stadt einigten sich die Stadt und der Gauschatzmeister der NSDAP, August Mietz, am 12. Dezember 1939 vor dem Amtsgericht auf den Weiterverkauf an die NSDAP. Der Kaufpreis betrug lt. Meldung an das Finanzamt Detmold 3.500 RM.<sup>35</sup> Am 9. Februar 1940 wurde die NSDAP als Eigentümerin ins Grundbuchamt eingetragen, ohne dass die Stadt selbst vorher eingetragen war.<sup>36</sup> Eine Zustimmung der Jüdischen Gemeinde war für keinen der Rechtsakte incl. Abrissvertrag und entsprechende Entschädigung eingeholt worden. Das Geld für den Kauf hoffte die NSDAP durch die Einnahmen bei einem Volksfest auf dem Kronenplatz erhalten zu können.<sup>37</sup>

Was wollte die NSDAP mit dem Grundstück? Als sich der ursprüngliche Käufer Herbrechtsmeier beschwerdeführend an die Gauleitung gewandt hatte, nahm Kreisleiter Wedderwille am 3. Mai 1939 dazu Stellung und betonte, „dass der Erwerb des Grundstücks unbedingt notwendig sei, um für das vorgesehene Parteihaus einen Ausgang nach hinten zu haben. Der Plan für dieses Parteihaus liegt seit langem fest; ebenso war die Einbeziehung des Platzes der früheren Synagoge von mir seit langem geplant.“<sup>38</sup> Bisher war die Kreisleitung der NSDAP Lippe unzureichend im Gebäude der Landesregierung untergebracht. Das neue „Parteihaus“ sollte nun alle NS-Organisationen aufnehmen, die der Kreisleitung unterstellt waren. Offenbar war auch der Gaukulturwart und Architekt Hermann Bartels in die Pläne involviert, der die NS-Großbauten am Hiddeser Berg planen sollte.<sup>39</sup> Dass Wedderwille auf seine frühe Planung hinweist, wirft ein merkwürdiges Licht auf seine eigene Aktivität in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 – ein weiteres Beispiel dafür, wie sich der Antisemitismus oft mit materiellen Eigeninteressen verbinden konnte.

Tatsächlich ist mit dem Bau des „Parteihauses“ nie begonnen worden. Das Grundstück blieb unberührt liegen und verwilderte, wie eine Klage des Anliegers Carl Freitag, Besitzers einer Kaffee-Großrösterei, „im Auftrage von 6 weiteren Anliegern der Lortzingstr.“ am 31. Juli 1941 an den Bürgermeister schrieb, der das Schreiben am 8. August an die Kreisleitung weiterreichte.<sup>40</sup> Da Oberjasper offensichtlich seine Möglichkeiten überschätzt hatte und trotz der Zuteilung von Arbeitskräften durch das Arbeitsamt und die Stadt unter Personalmangel und Mangel an Transportkapazität litt, sah der Standort der Wehrmacht hier eine Möglichkeit, sich zu beteiligen und die Chance, gleichzeitig seine Zustimmung zur Politik der NSDAP auch vor Ort zu beweisen. Die Wehrmacht half mit Personal eines Baubataillons und Gerät aus.<sup>41</sup> Vom 24. Mai 1940 findet sich dann der Vollzugsvermerk in den Akten: der Abriss ist durchgeführt, die „Restsumme kann ausgezahlt werden“.<sup>42</sup>

---

<sup>35</sup> Mitteilung des Bürgermeisters an das Finanzamt vom 8. Oktober 1940, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

<sup>36</sup> Schreiben des Amtsgerichts Detmold an den Bürgermeister vom 20. Februar 1940, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

<sup>37</sup> NWStADT L 113 Nr. 1032.

<sup>38</sup> Schreiben an die Kanzlei des Gauleiters, NWStADT L 113 Nr. 734.

<sup>39</sup> Schreiben Wedderwilles an die Kanzlei des Gauleiters vom 10. Juni 1939, in NWStADT L 113 Nr. 995: „Der Synagogenplatz ist für die Errichtung des Kreishauses unbedingt notwendig. Ich bitte gegebenenfalls auch den Pg. Bartels, der über die Pläne eingehend unterrichtet ist, zu hören.“ Bartels war auch der verantwortliche Architekt für den mit Häftlingen eines eigens dafür angelegten Konzentrationslagers geplanten Umbau der bei Paderborn gelegenen Wewelsburg zu einer Zentrale der SS; zu Bartels s. Markus Moors: Wewelsburg 1933 bis 1945. Kult- und Terrorstätte der SS. Zur Neukonzeption der Ausstellung der Gedenkstätte. Ein Beitrag zur historischen Bildungsarbeit. Warburg 2005 (unveröff. Manuskript im Stadtarchiv Detmold). Zu den Plänen am Hiddeser Berg s. Theodor Helmert-Corvey: Architektur und Städtebau im Dienste des Nationalsozialismus. Die geplanten Staats- und Parteibauten auf dem Hiddeser Berg bei Detmold, in: Lippische Mitteilungen 53 (1984), S. 113-133.

<sup>40</sup> NWStADT L 113 Nr. 995.

<sup>41</sup> Vermerk vom 19. April 1940, Schreiben des Bürgermeisters an Major Schlag vom 27. April 1940, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

<sup>42</sup> Vermerk des Stadtbauamtes, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

## Rückerstattung

Nach dem Verbot der NSDAP war der Oberfinanzpräsident für Westfalen für die Abwicklung des Vermögens der NSDAP und gegebenenfalls die Rückerstattung zuständig. Das Grundstück hätte der Jüdischen Gemeinde bzw. als ihrem Rechtsvertreter der Jewish Trust Corporation/Zweigbüro Hannover (Jetco) zurückgegeben werden müssen. Gleichmaßen bestand der Anspruch auf Rückgabe der in der Nachkriegszeit kostbaren Eisenträger, die noch bei der Fa. Oberjasper lagerten.

Die neu gegründete Kultusgemeinde<sup>43</sup> konnte also Ansprüche gegenüber folgenden Stellen anmelden:

- der Stadt auf Entschädigung wegen des Abrisses;
- dem Oberfinanzpräsidenten auf Rückerstattung;
- dem Bauunternehmer auf Rückgabe oder Ersatz der Materialien in Geldwert.<sup>44</sup>

Oberjasper war allerdings nicht zur Rückgabe bereit.<sup>45</sup> Die Stadt selbst wies, um weiteren eigenen Verpflichtungen zu entgehen, darauf hin, dass Oberjasper „wusste, dass es sich bei den von ihm erworbenen Baustoffen um Vermögensgegenstände handelt, die der Jüdischen Gemeinde ungerechtfertigt entzogen waren“.<sup>46</sup> In einem Gutachten gab die Stadt allerdings selbst zu, dass sie über die Eisenträger als jüdischem Eigentum gar nicht verfügen durfte, wies aber darauf hin, dass die Jüdische Gemeinde ihr gegenüber noch keine Ansprüche geltend gemacht habe.<sup>47</sup> Vorsorglich erkundigte sich die Stadt aber schon einmal bei ihrer Versicherung, bekam aber mitgeteilt, dass kein Haftpflichtfall vorliege.<sup>48</sup> Es lässt sich auf jeden Fall festhalten, dass bei der Rückgabe des unrechtmäßig weitergegebenen jüdischen Eigentums wesentlich mehr juristische Bedenken vorgetragen wurden als bei der Weitergabe selbst. Leidtragende war in beiden Situationen die Jüdische Gemeinde, der entgegenzukommen man offensichtlich keinerlei Veranlassung sah.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Tobias Blaustein, war aber nicht bereit, auf seine Ansprüche zu verzichten. In einem Gespräch im Grundstücksamt beharrte er am 26. Januar 1951 darauf, dass die Stadt eigentlich verpflichtet sei, der Gemeinde eine neue Synagoge zu bauen. Ausflüchte der Stadt ließ er nicht gelten, sondern verwies darauf, dass sie dann die Schuldigen an der Zerstörung ausfindig machen und sich an ihnen schadlos halten müsse.<sup>49</sup>

Gleichzeitig bemüht sich die Gemeinde um die Rückgabe des Grundstücks. Da der neuen und mittellosen jüdischen Gemeinde in Detmold mit einem leeren Grundstück nicht gedient war, schlug Blaustein der Stadt vor, das Grundstück gegen ein anderes, bebautes und für die Zwecke der Gemeinde geeignetes einzutauschen. In Frage kamen hierfür Grundstück und Haus Allee 13. Dies führte zu einer Vorlage des Grundstücksamtes für den Hauptausschuss vom 7. Januar 1952.<sup>50</sup> Dieser stimmte am 10. Januar 1952 zu, wollte aber den Abschluss eines Erbbauvertrags einem Verkauf vorziehen.<sup>51</sup> Am 30. Juli 1953 stimmte der Rat der Vereinbarung des Grundstückstauschs zu, zumal die Jetco darin auch auf alle Ansprüche gegenüber der

---

<sup>43</sup> S. dazu Wolfgang Müller: Die Jüdische Gemeinde Detmold in der Nachkriegszeit, in: Stadt Detmold (Hg.): Detmold in der Nachkriegszeit. Dokumentation eines stadtdenkmaltypischen Projekts. Bearb. von Wolfgang Müller, Hermann Niebuhr u. Erhard Wiersing. Bielefeld 1994, S. 161-192.

<sup>44</sup> Schreiben Wilhelm Ehrmanns an Oberjasper vom 22. Januar 1948; der Wert der Eisenträger betrug nach einer Schätzung der Eisenhandlung Raabe in Lage zwischen 2570 und 3783 DM, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440.

<sup>45</sup> Schreiben an die jüdische Gemeinde vom 26. Januar 1948, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440.

<sup>46</sup> Schreiben vom Grundstücksamt an Rechtsanwalt Dr. Sievert vom 23. Mai 1950, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440

<sup>47</sup> Vermerk vom 23. Mai 1950, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440.

<sup>48</sup> Schreiben des Haftpflichtschadensausgleichs Hannoverscher Städte und Kommunalverbände vom 1. Juni 1950, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440.

<sup>49</sup> Vermerk des Grundstücksamtes vom 27. Januar 1951, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6441.

<sup>50</sup> Vorlage des Grundstücksamtes vom 7. Januar 1952, Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440.

<sup>51</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440.

Stadt und auch gegenüber der Fa. Oberjasper verzichtete.<sup>52</sup> Am 3. Oktober 1953 wurde zwischen der Jetco (Zweigbüro Hannover) und der Stadt ein entsprechender Vertrag abgeschlossen. Die Jetco erhielt darin das Erbbaurecht über 99 Jahre für das Grundstück Allee 13, die Stadt das Eigentumsrecht an der Lortzingstraße 6.<sup>53</sup>

Hier war inzwischen die bundesdeutsche Nachkriegsnormalität eingeleitet. Ein Arzt beschwerte sich bei der Stadt, dass Kinder Fußball spielten, die Bälle in die benachbarten Gärten – darunter in seinen auf dem Grundstück Lortzingstraße 5 – schossen und beim Wiederholen „auch die Gärten ruinieren“. Die Stadt versprach, dem mit einem Schild mit der Aufschrift „Das Betreten des Platzes ist streng untersagt“ zu begegnen.<sup>54</sup>

Im April 1958 wurde das Grundstück Lortzingstraße 6 an die Deutsche Bank vermietet,<sup>55</sup> längerfristig dachte die Stadt aber an eine Veräußerung. Interessenten dafür waren zwei Lichtspielbetreiber (Heinz Reichert aus Detmold, Fritz Rothschild aus Düsseldorf) sowie die Bundesfinanzverwaltung, die dort ein Zollamt errichten wollte. Auch ein Mitinhaber der Fa. Freitag zeigte Interesse, dort ein Gebäude für Ausstellungsräume zu errichten.<sup>56</sup> Die Stadt hatte allerdings Bedenken, die Struktur des Wohngebiets zu stören. Sie wusste allerdings auch selbst nicht, was sie mit dem Grundstück anfangen könne. In der Diskussion um den Standort für ein neues Jugendheim brachte die sozialdemokratische Ratscherrin Lizzy Schmidt in der Ratssitzung vom 8. Dezember 1955 auch die Lortzingstraße 6 ins Gespräch: „Sollte ein geeignetes Gelände nicht vorhanden sein, so möge geprüft werden, ob das frühere Synagogengelände an der Lortzingstraße für dieses Projekt verwendet werden kann. Im Hinblick auf dessen Vergangenheit sei das Grundstück für einen sozialen Zweck besonders geeignet.“<sup>57</sup>

Warum ein Grundstück mit dieser Vergangenheit für „einen sozialen Zweck besonders geeignet“ sein sollte, verlangt zum Verstehen einige Phantasie. Der weniger Phantasie verlangende Gedanke, hier eine Gedenkstätte für die beraubten, vertriebenen und ermordeten ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürger der Stadt einzurichten, kam in den damaligen Diskussionen allerdings nicht vor. Wie weit entfernt man von einem solchen Gedanken war, kommt vielleicht im Bericht des Detmolder Oberamtsrichters i. R. Dr. Bernhard Ebert zum Ausdruck, den er dem Landeskirchenamt von der Einweihung der Synagoge in der Allee 13 am 11. September 1955 abliefern ließ: „Der Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde, Blaustein, gab zunächst einen Überblick über die Geschichte der Synagogengemeinde und musste dabei auch die Zerstörung der bisherigen Synagoge im Jahre 1938 erwähnen. Er hielt dabei in bemerkenswerter Weise mit Äußerungen des Unmuts zurück, wie auch die übrigen Redner in dieser Beziehung sich durchaus maßvoll verhielten.“<sup>58</sup> Maßlosem Leiden durfte auf keinen Fall ein maßloser Aufschrei folgen, und die Detmolder Elite wollte auf keinen Fall an irgendeine Mitschuld erinnert werden. Man fühlt sich an jenen süddeutschen Kaufmann erinnert, der dem Auschwitz-Überlebenden Jean Améry einst versicherte, „das deutsche Volk trage dem jüdischen nichts nach“.<sup>59</sup>

Zuletzt siegte das kommerzielle Verwertungsinteresse der Stadt, die das Grundstück verkaufen wollte. Interessiert waren auch eine Evangelische Gemeinschaft und, als potestente Bewerberin, die Versicherungs-

---

<sup>52</sup> S. das entsprechende Sitzungsprotokoll in Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 1817.

<sup>53</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440.

<sup>54</sup> Schreiben Dr. Hagemann vom 31. Mai 1955, Antwort der Stadt vom 24. Juni 1955, beide Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6440.

<sup>55</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6202.

<sup>56</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 5896, Bauausschusssitzung vom 24.4.1956.

<sup>57</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 1819.

<sup>58</sup> Schreiben vom 12. September 1955, Archiv der Lippischen Landeskirche, Akte 201-21 Bd. 1. Ebert hatte den Landessuperintendenten bei der Einweihung vertreten.

<sup>59</sup> Jean Améry: Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten. München 1966, S. 108.

gesellschaft Evangelische Familienfürsorge. Jetzt intervenierte noch einmal die Jüdische Kultusgemeinde, obwohl sie nach der Übertragung des Grundstücks Allee 13 keine Rechtsansprüche mehr geltend machen konnte. In Schreiben vom 13. Oktober 1957 und vom 19. Februar 1958 informierte der Vorsitzende Tobias Blaustein Stadtdirektor König über das Interesse der Gemeinde und ihren Wunsch, dort ein Altersheim zu errichten. Das Grundstück Allee 13 sei dafür zu klein. Der Antrag der Jüdischen Kultusgemeinde wurde im Schreiben des städtischen Grundstücksamtes vom 7. Juli 1958 mit der Begründung abgelehnt, dass die Stadt nur noch wenig Grundeigentum habe und den Bauplatz so günstig wie möglich verkaufen wolle. Man wolle aber bei der Beschaffung eines anderen Grundstücks helfen. In einem Schreiben an den Bürgermeister bestätigte Blaustein, dass die Kultusgemeinde formal zwar keine Rechte mehr an dem Grundstück habe, den Platz aber auch nicht kommerzieller Nutzung überlassen wissen wolle.<sup>60</sup>

Auch der Versuch der Kultusgemeinde, über den Landesverband Lippe weiterzukommen, der in der Lortzingstraße 1 ein Grundstück ähnlicher Größenordnung besaß, wurde von diesem am 30. September 1958 zurückgewiesen. So waren denn die Weichen für einen Verkauf an die Evangelische Familienfürsorge gestellt, die geschickt gehandelt und sehr modern argumentiert hatte. Zum einen hatte die Gesellschaft die umliegenden Grundstücke gekauft, aber nur unter der Bedingung, dass sie auch das Grundstück Lortzingstraße 6 erhalten würde. Der Stadt drohte sie im Weigerungsfall mit der Verlegung ihres Firmensitzes nach Süddeutschland. Die Zusage der Stadt kam schnell, am 24. Juli 1958 telefonisch, einen Tag später schriftlich. Am 13. Oktober 1958 erwarb die Evangelische Familienfürsorge das Grundstück mit 641 qm für einen Betrag von 22.435 DM, der Kaufvertrag trägt das Datum 3. Oktober 1958.<sup>61</sup> Das Grundstück wurde bebaut, bis heute befinden sich dort Büroräume.

Im Rat der Stadt war zuvor noch über den relativ niedrigen Preis von 35 DM pro qm diskutiert worden. Auch Ratsherr Heinrich Drake, Vorsteher des Landesverbandes Lippe, wunderte sich über den Preis, bewertete ihn aber aus „Gründen der Industrieförderung gegebenenfalls für möglich“.<sup>62</sup>

## Gedenken

1963 gab es dann doch noch eine gedenkende Erinnerung am ehemaligen Synagogengrundstück.<sup>63</sup> Es waren zwei reformierte Pfarrer, Heinrich Bödeker aus Detmold und Peter Gleiss aus Remmighausen, die seit 1962 die Initiative ergriffen hatten und darin vom Landessuperintendenten D. Udo Smidt unterstützt wurden. In einem Schreiben an das Landeskirchenamt vom 3. Oktober 1962 konkretisierten sie ihre Idee einer Gedenktafel am Gebäude der Evangelischen Familienfürsorge. Sie schlugen den Text einer Inschrift vor und regten an, den Grafiker Kurt Wolff aus Kaiserswerth mit der Gestaltung zu beauftragen. Der Text, der dann auch verwendet wurde, lautete: „Haben wir nicht alle einen Vater? Hat uns nicht ein Gott geschaffen? Warum verachten wir denn einer den anderen und entheiligen den Bund, den Gott mit unseren Vätern gemacht hat? Maleachi 2, Vers 10. Zur Erinnerung an die zerstörte Synagoge 1938. 10. November 1963.“

Die Zeit war reif dafür geworden. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hatte – sicher im Zusammenhang der in der Öffentlichkeit auf große Resonanz stoßenden Vorbereitungen des ersten Auschwitzprozesses in Frankfurt, der im Dezember 1963 eröffnet wurde - in den Jahren 1962 und 1963 über das Verhältnis von Juden und Christen und die deutsche Schuld diskutiert. In einem „Aufruf an alle evangelischen Christen in Deutschland und den benachbarten Ländern!“ des Rates der EKD vom 4. Okto-

---

<sup>60</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6505.

<sup>61</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold A Nr. 6505.

<sup>62</sup> 16. Ratssitzung vom 11. September 1958, in: Stadtarchiv Detmold D 106 DT 1824.

<sup>63</sup> Alle im Folgenden zitierten Quellen aus: Archiv der Lippischen Landeskirche, Akte 201-21 Bd. 2.

ber 1963 heißt es: „Wir flehen zu Gott um Vergebung und suchen Versöhnung zwischen ihm und uns und – untereinander.“ Im gleichen Jahr wurde in der bayerischen Gedenkstätte Dachau eine Sühnekapelle, die Sühne-Christi-Kirche, eingeweiht, zu den Teilnehmern gehörte als Vertreter der lippischen Landeskirche Pfarrer Wilhelm Jürges aus Heiligenkirchen, Mitglied im Vorstand der Synode der EKD.



*Einweihung der Gedenktafel  
am Gebäude der Evangelischen Familienfürsorge, 1963.  
NWStADT D 75 Nr. 7561*

Das von Pfarrer Bödeken und Pfarrer Gleiss ausgewählte Bibelzitat hatte einst über dem Eingang der Detmolder Synagoge gestanden, so dass die Geschichte des Ortes wieder aufgegriffen war. Dass dies anerkannt und positiv gewertet wurde, zeigt ein Brief, den Ava Stern am 12. Oktober 1963 an die lippische Landeskirche gerichtet hatte: „Have we not all one Father?“ is such an appropriate phrase for the memorial you are building that I was inspired to write to you. I can only pray that all humanity will someday be as aware of this fact as your congregation is. May God bless you in your effort of repentance for the Nazi's brutality to my people, and may we never let any similar crisis happen again.”

Die Tafel wurde am 10. November 1963 unter Teilnahme des Landessuperintendenten Smidt, des katholischen Dechanten Augustinus Reineke, des Bürgermeisters Bruno Kirchhof und von Dr. Henrik George van Dam als Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland eingeweiht. Dass die Ehrung auch auf Widerstände stieß, zeigte im Dezember des Jahres der Leserbrief eines Bürgers aus Horn an die Lippische Landeszeitung. Deren Verlagsleiter Gasper hätte ihn gerne abgedruckt, bat aber zuvor den Landessuperintendenten Smidt um eine Einschätzung. Smidt lehnte eine Ver-

öffentlichung verärgert ab, nur aus seinem Antwortschreiben sind die Vorwürfe des Leserbriefschreibers erkennbar, der von „Rachegefühlen gegen das Deutsche Volk“ schrieb, von „Raub und Seelenmord“, „eifervoller Unversöhnlichkeit“ und „alttestamentarischer Rache“. Auch das war zeitbedingt, es spiegelt die Haltung der in der Bevölkerung großen Fraktion derer, die meinten, dass „endlich Schluss“ mit der Aufarbeitung der Vergangenheit sein müsse – bevor sie überhaupt begonnen hatte. Landessuperintendent Smidt beschloss sein Schreiben an den Verlagsleiter der LZ mit der Frage: „Ich habe mich leider vergeblich gefragt, was der Verfasser dieser Zeilen eigentlich mit seiner Reaktion sagen will?“<sup>64</sup> Noch im Nachhinein beschäftigt einen aber auch die Frage, warum die Landeszeitung die kruden Gedankengänge eines Gegners jeder Auseinandersetzung mit den deutschen Untaten als Beitrag zu einer demokratischen Diskussion verstand und abdrucken wollte.

Bei aller Anerkennung der damaligen Initiative und vor allem ihrer Intentionen ist die Zeitbedingtheit doch auch deutlich zu erkennen. Mit dem gewählten Text wurde eine Gemeinsamkeit konstruiert, die trotz aller Lippenbekenntnisse bei der Einweihung der Synagoge im Mai 1907 nicht bestand. Das ist im Lokalen eine Parallele zur großen Kontroverse um die Existenz eines „deutsch-jüdischen Gesprächs“, das angeblich vor der NS-Zeit stattgefunden habe, dessen Existenz aber von Gershom Scholem, jenem aus Berlin ausgewan-

<sup>64</sup> Schreiben vom 3. Dezember 1963, Archiv der Lippischen Landeskirche, 201-21. Bd. 2.

derten Freund Walter Benjamins und Gründungsrektor der Hebräischen Universität in Jerusalem, in einer Ende 1962/Anfang 1963 geführten Kontroverse unerbittlich bestritten wurde.<sup>65</sup> Die Tatsache, dass die deutsche Bevölkerung einen Teil ihrer Angehörigen preisgegeben hatte und an ihrer Vertreibung und Ermordung schuldig geworden war, kam in einem solchen Bild nicht vor, das in der Gemeinsamkeit auch eine angebliche Gemeinsamkeit der Opferrolle anklingen lässt. Es war der Vorabend der ersten großen Prozesse um den Mord an den deutschen und europäischen Juden, dem Bialystok-Prozess in Bielefeld<sup>66</sup> und dem Auschwitz-Prozess in Frankfurt. Sie sollten zeigen, dass die Versöhnung so einfach doch nicht zu haben war.



*Verwaltungsgebäude in der Lortzingstraße 6.  
Aufnahme Vera Heidrich, 2007*

Die Geschichte der Gedenktafel war nicht zu Ende. In den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte sich eine entscheidende Veränderung im Umgang der deutschen Bevölkerung mit den Untaten des Nationalsozialismus ergeben. Neue Gedenkstätten waren entstanden, neue Opfergruppen wurden „entdeckt“, die alten Opfergruppen wurden endlich ernst genommen. Anstelle des abstrakten Beklagens der Morde in den Vernichtungslagern „im Osten“ wurde nun Geschichte vor Ort untersucht, wobei Kommunalverwaltungen und lokale Archive plötzlich zur Unterstützung bereit waren, die vorher jahrelang jede Aufarbeitung blockiert hatten. An vielen

Orten wurde das Gespräch mit überlebenden Juden gesucht, eine Bewegung, die stark von den neu gegründeten lokalen und regionalen Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit geprägt waren. Auch für Lippe hatte sich eine solche Gesellschaft gegründet, auch in Lippe wurde nun durch engagierte Mitglieder - stellvertretend seien für Detmold die Lehrerin Gertrud Wagner und ihr Mann, der schon genannte Pfarrer Peter Wagner, sowie der Lehrer und Archivpädagoge Wolfgang Müller mit seiner Frau, der Lehrerin Micheline Prüter-Müller, genannt – die jüdische Geschichte der Stadt aufgearbeitet.

Zu den vorrangigen Zielen der lippischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gehörten Einladungen an ehemalige jüdische Bewohner, die von den Verwaltungen, in Detmold besonders von Bürgermeister Friedrich Brakemeier, unterstützt wurden. Die erste Detmolder „Besuchswoche“ fand im November 1988 statt. Dass dabei der Ort der ehemaligen Synagoge eine besondere Bedeutung hatte, versteht sich von selbst. Überraschenderweise zeigten sich die Besucher aber mit dem Gedenkstein keineswegs einverstanden.<sup>67</sup> Vor allem Uri Lev-Ron – ehemals Rudi Heilbrunn - beklagte die geringe Größe der Gedenktafel, noch mehr störte ihn aber die Verwendung des Maleachi-Zitats. Tatsächlich war dieses Zitat in vielen vor dem Ersten Weltkrieg gebauten deutschen Synagogen zu finden, aber es zielte auf die Beschwörung jüdischer Gemeinsamkeit in einer Zeit, in der die jüdische Religion sich in verschiedene Richtungen ausdifferenzierte und sich in Großstädten wie Berlin oder Frankfurt verfeindete Gemeinden gegenüber standen. Keinesfalls dürfe das Zitat für eine Beschwörung jüdisch-christlicher Gemeinsamkeiten verwendet werden.

<sup>65</sup> Gershom Scholem: Wider den Mythos vom deutsch-jüdischen „Gespräch“, in: ders., Judaica 2, Frankfurt 1982, S. 7-11, und ders.: Noch einmal: das deutsch-jüdische Gespräch, in: daselbst, S. 12-19.

<sup>66</sup> Die Unterlagen zum Bielefelder Prozess liegen im Staatsarchiv Detmold. Sie wurden von zwei Historikerinnen und einem Historiker der Universität Bielefeld ausgewertet, s.: Freia Anders, Hauke-Hendrik Kutscher u. Katrin Stoll (Hg.): Bialystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967. Bielefeld 2003.

<sup>67</sup> Die Diskussion um einen neuen Gedenkstein ist hier nach dem Bericht von Gertrud Wagner im Gespräch vom 13. Dezember 2006 wiedergegeben.

Seine Kritik formulierte Lev-Ron in einem Brief an den Bürgermeister und regte einen veränderten Gedenkstein mit neuem Text an: „An diesem Ort stand die 1907 erbaute Synagoge. Sie wurde im Novemberpogrom 1938 niedergebrannt. Jüdische Gemeinde Detmold 1666 bis 1942 – 1946 bis 1970.“ Der Bürgermeister und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit unterstützten die Anregung. Peter Wagner, als Pfarrer Nachfolger von Peter Gleiss in Remmighausen, verwies auf den Bildhauer Dorsten Diekmann, der eine bemerkenswerte Konzeption vorlegte. Er schlug vor, die alte Tafel als historisches Dokument, als Zeugnis einer bestimmten Mentalität in der deutschen Gesellschaft, beizubehalten und beide Texttafeln in einem Gedenkstein vor dem Gebäude zu verbinden, die Trennung aber gleichzeitig durch einen Spalt im Stein kenntlich zu machen. Die Spaltung wurde durch sechs Bohrungen erreicht, sie sollten die sechs Millionen Ermordeter symbolisieren.



*Gedenkstein mit Inschriften in der Lortzingstraße.  
Aufnahme Vera Heidrich, 2007*

Der Spalt stehe auch, wie Pfarrer i. R. Peter Wagner bei der Einweihung betonte, für die „zerbrochene Geschichte der Juden in Detmold und in ganz Deutschland“.<sup>68</sup> Das Geld dafür wurde im Wesentlichen von israelischen und deutschen Mitgliedern der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Lippe aufgebracht. Der neue Gedenkstein wurde am 10. April 1994 eingeweiht.<sup>69</sup> Eigens angereist war auch Dina Enbar, eine Enkelin von Moritz Rülff, mit Ehemann und Tochter. Sie sagte: „Ich bin hierher gekommen, um den Ort mit meinen eigenen Augen zu sehen und mit meinem ganzen Wesen zu fühlen, an dem meine

Großeltern gearbeitet und gelebt haben. Alle wichtigen Ereignisse wie Feiertage, Hochzeiten, Alyia La Thora fanden hier in der Synagoge statt. Die jüdische Gemeinde von Detmold war aktiv und lebendig, bis sie gezwungen wurde, ihre Tätigkeiten einzustellen.“<sup>70</sup>

Aber noch an einer anderen Stelle Detmolds findet sich eine Erinnerung an die Synagoge in der Lortzingstraße. Schon 1987 hatte der Rat beschlossen, auf dem kleinen freien Platz hinter der ersten Detmolder Synagoge, jenem oben erwähnten Hinterhaus in der Exterstraße 8a, eine Gedenkstätte einzurichten, sie wurde im November 1988 eingeweiht.

Der Bildhauer Winfried Hogrebe arrangierte vier meterhohe Säulen, die ein steinernes Quadrat begrenzen. In ihrem unteren Teil sind, auf Augenhöhe der Besucher, vier Säulen eingelassen, die vom Eingang der Synagoge in der Lortzingstraße stammen.<sup>71</sup> Die Säulen lagen noch auf dem Bauhof, auf den die Fa. Oberjasper seinerzeit die noch verwertbaren Teile des Abbruchs abgelegt hatte. Ein Steinmetz aus Remmighausen hatte darauf aufmerksam gemacht.

<sup>68</sup> Unsere Kirche 17/1994.

<sup>69</sup> LZ vom 11. April 1994.

<sup>70</sup> Text der Ansprache in NWStADT D 87 Nr. 80. Alija la Tora (Aufstieg zur Tora): Aufstieg zur Bima, um aus der Tora zu lesen.

<sup>71</sup> Zu den Entwürfen für eine Gedenkstätte s. NWStADT D 87 Nr. 40. Eine Ausstellung der erhaltenen Säulen im öffentlichen Raum zwischen Exterstraße und Langer Straße wurde vom Bauausschuss schon in seiner Sitzung vom 12. Dezember 1984 beschlossen.

Diese letzten steinernen Überreste erinnern schmerzlich an jenen glücklichen Moment vor hundert Jahren, als im Mai 1907 Alex Meyer gegenüber den anderen Konfessionen die Hoffnung äußern durfte, dass dieses gute und freundliche Verhältnis allezeit so bleiben möchte, dass niemals der Tag kommen möge, wo Missgunst und Neid und Abneigung etwas anderes schaffen, und an die Stelle des Friedens den Unfrieden setzen.



*Säule vom Eingang der ehemaligen Synagoge  
an der Gedenkstätte Exterstraße  
Aufnahme Vera Heidrich, 2007*

# Zwischen Genie und Wahn – Leben und Werk des Detmolder Tischlers Christian Ludwig Benecke (1819-1892)

von Thomas Dann<sup>1</sup>

Mit seinen Möbelkreationen feierte der Tischler Christian *Ludwig* Benecke glänzende Erfolge im Fürstentum Lippe. Bald zog er in die Welt hinaus, genoss das Leben und kehrte verarmt und psychisch krank in die Heimat zurück. Die folgende biografische Skizze gibt detaillierte Einblicke in das bemerkenswerte Leben und Werk eines lippischen Handwerkers.

## Benekes Leben

Am 9. Dezember 1819 wurde Christian *Ludwig* – genannt Louis - Benecke in Detmold geboren. Sein Vater Christian Benecke kam aus dem Waldecker Land und hatte sich erst wenige Jahren zuvor in der kleinen Residenzstadt als Tischler niedergelassen. Mit großer Wahrscheinlichkeit lernte der junge Louis das Handwerk in der Werkstatt seines Vaters. Wo er die Ausbildung zum Bildhauer absolvierte, ist nicht klar.

1836, im Alter von nur 16 (!) Jahren fertigte Benecke sein Gesellenstück: einen Schreibschrank (Abb. 1-3). Noch im selben Jahr durfte er das neu geschaffene Schreibmöbel verlosen, um den Arbeitslohnausfall und die Unkosten bei der Herstellung wieder hereinzubekommen: „Ich zeige meinen geehrten Gönnern hierdurch ergebenst an, dass mein Gesellenstück, bestehend aus einem Mahagoni=Secretair, am 12ten d. M. in der Wohnung des Herrn Gastwirth Gresen öffentlich ausgelost wird. Louis Benecke“<sup>2</sup>

Im Jahre 1840 bat Vater Christian Benecke Fürst Leopold II. um eine finanzielle Unterstützung für seinen Sohnes Louis, der seine zuvor begonnene und offensichtlich zwischenzeitlich unterbrochene Wanderschaft fortsetzen wollte: „Da mein Sohn sich vorgenommen hat, jetzt wieder auf Reisen zu gehen, um sich in seinen Geschäften noch weiter zu vervollkommen, so wollt ich Ew. Hochfürstliche Durchlaucht unterthänigst bitten, ob es wohl nicht möglich sei, dass mein Sohn, da er sich vieles vorgenommen, um einst in seiner Vaterstadt etwas außerordentliches leisten zu können, etwas Unterstützung bekäme; da ich doch viele Kinder habe, und durch viele Krankheiten in meiner Familie etwas zurückgekommen bin. Sollten Ew. Hochfürstliche Durchlaucht so gnädig sein, so würde mein Sohn sich sehr verpflichtet fühlen, und gewiß alles aufbieten, um einst als künftiger Arbeiter in seine Heimath zurückzukehren, zumahl da er jetzt schon ein außerordentliches Talent und Interesse für sein Geschäft zeigt, wovon Ew. Hochfürstliche Durchlaucht, sich gewiß schon überzeugt haben.“<sup>3</sup> Offensichtlich war das Wissen um L. Benekes bemerkenswertes handwerkliches Geschick bis zum Fürsten gedrungen, denn er gewährte dem jungen Tischler 50 Rt. Unterstützung. Die Wanderjahre führten ihn nach eigenen Angaben in große Städte Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz. Einige Zeit nach den Wanderjahren, genau gesagt 1844, gründete er eine Werkstatt in

---

<sup>1</sup> Dr. Thomas Dann, Schlesierhöhe 16, 32756 Detmold. Dank sagen möchte ich allen, die mich bei der Entstehung der vorliegenden Arbeit nach Kräften unterstützt haben. Hierzu gehören S.D. Dr. Armin Prinz zur Lippe und I.D. Dr. Traute Prinzessin zur Lippe. Sie gewährten mir großzügig Zugang zu den Räumen des Detmolder Schlosses und erlaubten mir die Untersuchung und fotografische Aufnahme des Thron-Sesselpaares im heutigen „Großen Königszimmer“. Dankbar bin ich Herrn Prof. Dr. St. Baumeier, der mich auf die beiden Darstellungen in der „Berliner Modezeitung“ hinwies. Weiterhin danke ich den Mitarbeitern des Landesarchives NRW Staats- und Personenstandsarchiv Detmold, die mir zum einen unermüdlich meine zahlreichen Wünsche nach Akteneinsicht erfüllten und zum anderen stets für meine Fachfragen ein offenes Ohr hatten. Zu Dank verpflichtet bin ich auch all denen, die hier ungenannt bleiben wollen.

<sup>2</sup> Fürstlich Lippisches Intelligenzblatt (FLI) Nr. 31, 5.11.1836, 370.

<sup>3</sup> StADt L 92 A Tit. 50 Nr. 62.

Detmold. Zu dieser Zeit befand sich seine Wohnung „im Hause der Madame Begemann an der Bruchstraße, eine Treppe hoch“.<sup>4</sup>

1848 erhielt L. Beneke das Bürgerrecht in Detmold.<sup>5</sup> Zu diesem Zeitpunkt war er noch nicht verheiratet. Noch im selben Jahr verließ er das Fürstentum Lippe, um nach Berlin überzusiedeln, wo er umgehend das Bürgerrecht erhielt. Die Gründe für diesen übereilt wirkenden Umzug sind nicht bekannt. Es drängt sich jedoch der Verdacht auf, alle handelte Beneke in einer persönlichen Notsituation. Die preußische Hauptstadt hatte jedoch grundsätzlich auf Handwerker aus der „Provinz“ eine große Anziehungskraft. Sie gehörte für wandernde Tischlergesellen zur einer Pflichtstation. Nach der dort bereits 1810 eingeführten Gewerbe-freiheit kam es proportional zur Bevölkerungsentwicklung zu einer kräftigen Zunahme an Tischlerbetrieben. Während 1840 1590 Tischler in Berlin tätig waren, kletterte ihre Zahl bis 1846 auf 2028 möbelherstellende Handwerker. Louis Beneke kam also gerade zu einem Zeitpunkt mit starkem Bevölkerungswachstum in die Stadt. Die in Berlin lebende und in Ausstattungsfragen anspruchsvolle Kundschaft bestimmte den anspruchsvollen Markt.

In der preußischen Hauptstadt lernte er wohl auch seine spätere Ehefrau Albertine geb. Linck kennen. Zwei Kinder gingen nachweisbar aus der Ehe hervor: die Tochter Marie, später verheiratete Körner und der Sohn Louis, der ebenfalls den Beruf des Bildhauers ergriff. Louis Beneke junior, der bereits 1885 starb, führte zusammen mit einem Kompagnon, dem Bildhauer P. Gillis, eine Firma, die im Berliner Handelsregister unter Gillis & Beneke firmierte.<sup>6</sup> 1855 hielt sich L. Beneke anlässlich der Taufe des ersten Sohnes seines Bruder, des Hoftischlers Carl Beneke, für kurze Zeit in Detmold auf.<sup>7</sup>

1856 verließ er nun auch das Königreich Preußen, um zusammen mit seiner Frau nach England zu gehen. „London lockte mit seinem offenen Markt und ungebrochener wirtschaftlicher Prosperität. Der Tüchtige erhielt dort jene Chancen, die ihm der starre Zunfrahmen der kontinentalen Stadtwirtschaft versagte.“<sup>8</sup> Hinzu kam, dass die englische Hauptstadt ein bedeutendes Zentrum der Möbelherstellung war. Wer es sich als Tischler leisten konnte, versuchte bereits während der Wanderjahre dorthin zu gelangen, um neue technische Entwicklungen und vor allem modische Strömungen aufzunehmen. Die einflussreichen Vorlage-werke von G. Hepplewhite, Th. Sheraton, G. Smith und Th. Hope hatten deutlichen Einfluss auf das kontinentale Möbelschaffen. Englische Möbeltypen und –formen wurden nicht zuletzt auch durch direkte Möbelimporte vor allem nach Norddeutschland populär.

Über L. Benekes Jahre auf der angelsächsischen Insel ist leider kaum etwas bekannt. Sein Neffe, Dr. August Beneke, schrieb im Rückblick auf diese Zeit: „Christian Ludwig, gen. Louis, scheint beizeiten vom Glück begünstigt gewesen zu sein: Er soll viel Geld verdient haben und soll in London vierspännig gefahren sein.“<sup>9</sup> Mehrere erhaltene schriftliche Dokumente belegen seinen sehr guten Kenntnisse der englische Sprache in Schriftform. L. Beneke hat jedoch niemals die englische Staatsbürgerschaft angenommen. Bereits in England zeichnete sich seine Geisteskrankheit ab und er ließ sich deswegen in einer „Anstalt“ behandeln. Später wurde er jedoch wieder entlassen „mit dem Atteste dass er so weit hergestellt sei um sich selbst durch Arbeit unterhalten zu können.“<sup>10</sup> Offenbar erkrankte er während der Reise zum Kontinent erneut, so dass ihn seine beiden Brüder Carl und Christian am Hamburger Hafen abholen mussten, um ihn in die „Landesirren-

---

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> Fritz Verdenhalven, Bürgerbuch der Stadt Detmold von 1635 bis 1885, Detmold 1977, 88: „Ludwig Beneke, Sohn eines hiesigen Bürgers, 25 (Jahre) alt, unverheiratet, Tischler, Bildhauer und Dekorateur (...).

<sup>6</sup> StADt, L107, Nr. 277, S. 89.

<sup>7</sup> Im Kirchenbuch findet sich der Eintrag für den zweiten Taufzeugen: „Louis Beneke in Berlin, Vaters Bruder“.

<sup>8</sup> Michael Sürmer, Handwerk und höfische Kultur. Europäische Möbelkunst im 18. Jahrhundert, München 1982, 125.

<sup>9</sup> August Beneke, Lebenserinnerungen, maschinenschriftliches Skript, o.J., 8.

<sup>10</sup> StADt, L107 Nr. 277, Bericht Dr. Meyer, 22.

anstalt“ des Fürstentums Lippe in Brake zu bringen. Zuvor galt es, eine „Autorisation Fürstlicher Regierung“ einzuholen.

L. Beneke wurde am 15. Juli 1872 im Alter von 54 Jahren im so genannten Braker „Lindenhaus“ aufgenommen. Die dort gestellte Diagnose lautete: „Wahnvorstellungen“ und „periodische Stimmungsschwankungen“. Der Bericht des Anstaltsleiters Dr. Meyer liest sich wie folgt: „(Der) Patient litt bei seinem Eintritt an psychischer Erregung von wechselnder Heftigkeit. (...). Nach einigen Wochen trat eine Remission aller Krankheitserscheinungen bis zu völliger Klarheit ein. (Der) Patient fing an sich nützlich zu beschäftigen, schnitzte Holzarbeiten, fügte sich willig in die Hausordnung, verkehrte mit Vorgesetzten der Anstalt und Leidensgenossen wie ein Geistesgesunder, zeigte sich ebenso bei Besuchen der Geschwister und correspondirte mit seinen Kindern wie ein Geistesgesunder.“<sup>11</sup>

An anderer Stelle wird die gestellte Diagnose präzisiert: „Er (L. Beneke) ist von Wahnvorstellungen, die sich größtentheils auf seine Vermögensverhältnisse beziehen in hohem Maße beherrscht.“<sup>12</sup> So versuchte er zum Beispiel 1874, zwei Jahre nach seiner Einlieferung in das „Lindenhaus“, mit einem süddeutschen Sägemüller zu korrespondieren, um insgesamt ca. 3000 m<sup>2</sup> Dielen anzukaufen.<sup>13</sup> Dieser Brief wurde, wie viele Ähnliche, von der Anstaltsleitung abgefangen und kam so in die Krankenakte. Ungezählte Schreiben Benekes waren an internationale Banken gerichtet, in denen er getätigte Einlagen erheblichen Umfangs zurückforderte.

Beide Brüder, Carl und Christian Beneke, weigerten sich, trotz wiederholter Aufforderung, für ihren Bruder Louis die Verpflegungskosten der Heil- und Pflegeanstalt in Brake zu zahlen. Da sie offenbar nicht zur Kostenübernahme gezwungen werden konnten, kam der „Landesarmenverband“ für den Aufenthalt des Kranken auf.<sup>14</sup> Dr. August Beneke beschreibt, dass er und seine Brüder den Onkel in den 1870er Jahren sehr oft zu Fuß besucht haben: „man trat in einen Garten und sah den Onkel Louis in einem Pavillon an der Hobelbank arbeiten.“<sup>15</sup>

L. Beneke schreibt über sein handwerkliches Schaffen im „Lindenhaus“ in einem Brief an seinen Bruder Carl: „Ich arbeite noch täglich 5 Stunden in der Tischlerei, welches mir zuweilen sehr sauer wird, jedoch im ganzen genommen sehr wohl darnach fühle, da ich noch immer eine große Vorliebe für die schöne Kunst habe.“<sup>16</sup> Er verstarb am 3. März 1892 im Alter von 72 Jahren in der Brake.

### **Benekes „Meubles=Fabrik“**

Louis Beneke schaltete 1844 mehrere Anzeigen im Fürstlich Lippischen Intelligenzblatt, in denen er sehr selbstbewusst auf seine offensichtlich in Detmold im Aufbau befindliche „Meubles=Fabrik“ hinweist: „Unterzeichneter erlaubt sich, ein hochzuverehrendes hiesiges und auswärtiges Publikum auf die großartige Einrichtung seiner Meubles=Fabrik aufmerksam zu machen, durch welche er vermittelt einiger, nach den neuesten Constructionen verbesserter Mechaniken, welche nicht allein ihm, sondern ein= und auswärtigen Tischlermeistern das Verfertigen der Meubles sehr erleichtern, in den Stand gesetzt wird, nicht allein in Geschmack und Preisen mit Braunschweig, Hamburg oder Berlin, sondern mit Wien und Paris zu concurriren.

---

<sup>11</sup> Ebd.

<sup>12</sup> Ebd., 87/88.

<sup>13</sup> Ebd., 10.

<sup>14</sup> Ebd., 167.

<sup>15</sup> Beneke o.J., 8.

<sup>16</sup> StADt L107 Nr. 277, 55.

Die Arbeiter werden bei weniger Anstrengung das Doppelte verdienen, und Unterzeichneter wird große Bestellungen prompt und schnell herstellen können.“<sup>17</sup>

In einer weiteren Anzeige des Jahrgangs geht Beneke detailliert auf die Möbeltypen ein, die er zukünftig herzustellen beabsichtigt: „Insbesondere erlaube ich mir, die niedlichsten Façons von Herren= und Damen=Secretairen und Schreibtischen, Trumeaux, Stell= und Mechanik=Spiegel zum rasieren, Spiegel= und Fanchon=Toiletten, Etageren, Servanten, Aufwärtern, Gueridon's, Corbeilles, Candelabern, Bücher= und Notenschränken, Buffet's, Tabletten, Flaschenkellern, Reispulten, Tabourets, Stühlen und Sopha's in mehr als hundert verschiedenen Façons, von Schach=, Lese=, Console=, Setz=, Näh=, Sopha=, und Krankentischen, Licht= und Ofenschirmen, Fußbänkchen, Uhrgehäusen, Schreibzeugen, Schatullen, Schmuck=, Handschuh=, Thee= und Boston=Kästchen und dergl. Gegenstände mehr, die sich besonders zu Hochzeit= und Geburtstagsgeschenken eignen, zu empfehlen.“

Die hier von Beneke vorgelegte Angebotspalette seiner Werkstatt wirkt auf den ersten Blick ungewöhnlich reich, entspricht aber bei genauerer Untersuchung durchaus dem Standard eines in einer Residenzstadt tätigen Tischlers mit bürgerlicher und adeliger Kundschaft. Die erwähnten „Herren= und Damensecretaire“ gehörten zu den „Spitzenmöbeln unter der furnierten Möbeln.“<sup>18</sup> Sie sind Ausdruck eines hohen gesellschaftlichen Status. Das Möbel ist in seinen Dimensionen übersichtlich und dient weniger der Bearbeitung von großen Aktenbergen, sondern vielmehr „der Pflege der häuslichen Briefkontakte und der gefälligen, geordneten Aufbewahrung der besonderen Schriftzeugnisse der engen familiären Welt.“<sup>19</sup>

Etageren und Servanten dienten der Präsentation von kostbaren Silber-, Porzellan- und Glasgefäßen. Bücher- und Notenschränke wurden vor allem von Bildungsbürgern zur Wohnungsausstattung erworben. Auch die Vielzahl von Tischen, wie Schach=, Lese=, Console=, Setz=, Näh=, Sopha=, und Krankentischen“ sprechen deutlich bürgerliche und adelige Kreise an. Ganz offensichtlich bemühte sich Beneke, die wohlhabenden städtischen Bürger und Adligen als potentielle Kunden zu gewinnen. In der selben Anzeige weist Beneke auf die „Anfertigung französischer elastischer Fauteuils, Causeusen, Divan's, Ruhe= und Krankenbetten, mit Gerippen von Stahl und Eisenschienen, die sich durch ihre vortheilhafte Biagsamkeit, Eleganz und Dauer vorzugsweise auszeichnen(...)“<sup>20</sup> Gerade die mit Eisen- oder Stahlelementen versehenen Sitz- und Liegemöbel waren um 1840 hochaktuell. Sie galten als sehr modern, vor allem auch in Kombination mit Sprungfeder in der Polsterung. Betten ganz aus Metall wurden seinerzeit bereits von manchen Medizinern als gesünder eingeschätzt als jene aus Holz und waren somit die Vorläufer unserer heutigen Krankenhausbetten.

Über die verwendeten Materialien und Techniken berichtete Beneke in seiner Anzeige Folgendes: „Unterzeichneter empfiehlt sich zur Verfertigung für alle Kunstarbeiten in Marqueterie von Metall, Perlmutter, Elfenbein und Schildkrot, in den neuesten und geschmackvollsten Dessins, so wie in allen Arten Meubles, mit und ohne Bildhauerarbeit, in allen ein= und ausländischen Hölzern, im einfachen und allerreichsten Style, von denen ich bei meinem Aufenthalte in den größten Städten Deutschland's, Frankreichs und der Schweiz eine große Auswahl sammelte, und täglich bei mir einzusehen sind.“ Die mit dem Aufkommen des Historismus um 1840 verbundene Wiederbelebung historischer Furniertechniken wie der Boulle-Marketerie mit Messing und Schildpatt sorgte für neue Materialien in der Tischlerwerkstatt. Beneke positioniert sich auch in diesem Feld als Vertreter aktueller Modeströmungen im Möbelbau.

---

<sup>17</sup> FLI Nr. 17, 27.4.1844, 198.

<sup>18</sup> Achim Stiegel, Berliner Schreibsekretäre der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – Ökonomie und Gestaltung, unpubl. Magisterarbeit der Freien Universität Berlin – Fachbereich Kunstgeschichte, Berlin 1994, S. 95.

<sup>19</sup> Stiegel 1994, S. 95.

<sup>20</sup> Ebd., Nr. 12, 23.3.1844, 137.

Benekes Angebot reichte über verschiedenartige Möbel weit hinaus: „Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum hiermit die ergebene Anzeige, daß bei mir, nebst einer Auswahl der ausgesuchtesten Goldleisten mit und ohne Verzierungen, auch noch eine Auswahl ganz neuer französischer Holz=Mouluures in Mahagoni, Palissandre, und in hiesigen inländischen Hölzern in allen möglichen Dessins, zu Bilder= und Spiegelrahmen, und zu Gesimsen sehr passend, zu haben sind. Zugleich sind eine Auswahl schöner Kupfer=, Stein = und Stahlstiche ohne und auch mit Gold= oder Holzrahmen fertig bei mir zu haben. Auch werden Bestellungen für Goldleisten und Mouluures in allen Längen und Breiten angenommen und prompt besorgt.“<sup>21</sup>

Weiterhin reicht sein Angebot bis in der Bereich der Bauschreinerei: „Schließlich bemerke ich noch, daß eine große Auswahl von eleganten und geschmackvollen Vorbauten, Ladenschränken, Thüren und Fenstern, Fußböden, Hausthüren und Oberlichten vorzüglich nach aus den Vorbauten Münchens entlehnten Zeichnungen bei mir zu haben sind.“ Dass die „Meubles=Fabrik 1844 noch in der Entstehung war, belegt die große Zahl von Mitarbeitern, die Beneke ebenfalls per Annonce suchte: „6 gute Meubles=Tischler, zwei Bildhauer, ein guter Holzdrechsler, und zwei Tapezierer, die hauptsächlich im Polstern der Meubles fertig sind, so wie ein Bursche von rechtlichen Eltern, der im freien Handzeichnen geübt ist, können sogleich bei mir auf ein Jahr Beschäftigung erhalten“.<sup>22</sup>

Wo diese sehr umfangreiche Werkstatt seinerzeit gelegen hat und ob sie überhaupt in dem angekündigten Umfang existierte, ist heute nicht mehr zu sagen. Bisher lässt sich für die Werkstatt nur ein Paar sehr aufwändiger, um 1845 entstandener Thronsessel für das lippische Fürstenpaar nachweisen (Abb. 4).

## L. Benekes Möbel

Bereits mit seinem Gesellenstück von 1836 sorgte L. Beneke vor Ort für Aufsehen. Denn der 16-Jährige legte für sich die Messlatte sehr hoch und wählte die klassische Probearbeit des Meisteranwärters: den Schreibschrank. Das kostbare und geschickt gearbeitete Möbel hat sich in nahezu unberührtem Zustand bis heute erhalten (Abb. 1). Flammendes Mahagoni überzieht den Korpus aus Eiche und Nadelholz. Ein architektonischer Aufbau, verschiedenartige Blenden, ein kostbar gestaltetes Eingerichte (Abb. 2) und aufwändige Schlüssellockeneinfassungen (Abb. 3) charakterisieren ein Schreibmöbel des späten Biedermeier. Der Aufbau oberhalb des Kranzgesimses mit drei aufgelegten Platten, wovon die beiden oberen geschwungen ausgeschnitten sind, zeigt frühen historistischen Einfluss. Barocke Dynamik im Schwung setzt einen Akzent gegen den kastenartigen Korpus.

Louis Beneke hat voller Stolz das Möbel an zwei Stellen signiert: zum einen punziert am linken bleiernen Kontergewicht der Schreibplatte mit dem Schriftzug "1836/ L. BENEKE/ IN DETMOLD" (Abb. 4) und zum anderen mit Bleistift auf einem Schubladenboden des Eingerichtes: "Disen Schreibsecretaire hat Louis Beneke gemacht zu seinem Gesellenstück" (Abb. 5).

Kurz vor 1845 entstanden für das lippische Fürstenpaar aus Anlass ihrer silbernen Hochzeit zwei prächtige Thronsessel (Abb. 6), die „Audienz- oder Königszimmer“ aufgestellt wurden.<sup>23</sup> Die beiden wuchtigen Sitzmöbel werden charakterisiert durch die allseitig geschwungenen Formen des Neurokokostiles. C-Schwünge, aber auch rocaillartige Elemente überwuchern vor allem die teilweise durchbrochen gearbeitete Rücken-

---

<sup>21</sup> Ebd., Nr. 28, 13.7.1844, 341.

<sup>22</sup> Ebd., Mai 1844, 243.

<sup>23</sup> Heinrich Kreisel/Georg Himmelheber, Die Kunst des deutschen Möbels, Bd. 3: Klassizismus/ Historismus/ Jugendstil, München 1983, Abb. 747; vgl. auch Dann 2006, S. 110.

lehnen. Eingelegte dunkelfarbige Gittermotive und hell glänzende Perlmutterdekorationen sorgen für Farbkontraste im dunklen Nussbaumholz. War an Benekes Gesellenstück der historistische Einfluss noch zaghaft, gleichsam im Schatten des spätklassizistischen Möbelkorpus gewesen, so zeigt er sich an dem Sesselpaar in voller Ausprägung. Ab 1835 war der rückwärtsgewandte Stil bereits recht verbreitet. Kataloge von Gewerbeausstellungen und Vorlagenwerke bestätigten, dass der Neurokokostil „einheimisch“ geworden war.

Einige Jahre später machten die Möbel erneut Furore: Die Berliner Modezeitung druckte eines der beiden Stücke ganzseitig ab (Abb. 7).<sup>24</sup> So avancierte der Detmolder Entwurf zur überregional verfügbaren Vorlage. Ein zweites erhaltenes Blatt aus der gleichen Zeitung zeigt ein „Tabourette (Styl Rocaille) mit hineingelegtem Polster“ und ein „Sopha (Styl Rocaille)“ mit der Bemerkung „Gez. von Louis Benecke“ (Abb. 8). Beide Möbel entsprechen ebenfalls dem Neurokokostil der Zeit um 1850 mit überbordenden floralen Dekorationen und Muschelformen.

Insgesamt fünf Entwürfe zu Möbelstücken und deren Details aus der „Lindenhaus“-Zeit haben sich erhalten. Ein Blatt ist in das Jahr 1880 datiert. Dargestellt sind ein Büffet (Abb. 9) und wahrscheinlich ein Garderobenschrank (Abb. 10). Deutlich erkennbar ist die Verwendung von historistischen Formen. Die Zeichnungen sind grob angelegt, die perspektivische Darstellung ist ungeschickt. Möglicherweise hat Louis Benecke nach diesen Entwürfen gearbeitet. Ausgeführte Möbel aus dieser späten Schaffensphase lassen sich nicht nachweisen.

## **Zusammenfassung und Würdigung**

Christian *Ludwig* –genannt Louis – Benecke war zweifelsfrei ein bemerkenswerter Mann. Sein bereits frühzeitig auch der Öffentlichkeit bewusst gewordenes, außerordentliches handwerkliches Geschick lässt sich leider heute nur noch an Hand weniger, dafür aber exquisiter Möbelstücke nachvollziehen. L. Benecke stellte offensichtlich an sein Schaffen einen hohen Anspruch. Dass sich einige seiner Möbelentwürfe zu überregional verfügbaren Vorlagen entwickelten, festigt seine Bedeutung auch für das Ausland.

Verbunden war das große Talent mit einer Unstetigkeit im Leben. Die Wohnorte Detmold – Berlin – London – Lemgo stehen schlaglichtartig für die Lebensstationen eines durch äußere und innere Umstände getriebenen Menschen. Eine sich mit den Jahren abzeichnende psychische Erkrankung führte ihn in den wirtschaftlichen Ruin und zwang ihn zudem zu einem langjährigen Anstalts-Aufenthalt. Aber selbst als Patient war er noch mit Leidenschaft handwerklich aktiv. Genie und Wahn liegen manchmal wirklich nicht weit auseinander.

---

<sup>24</sup> Dann 2006, S. 110, Abb. 5 (S. 111).

## Abbildungen



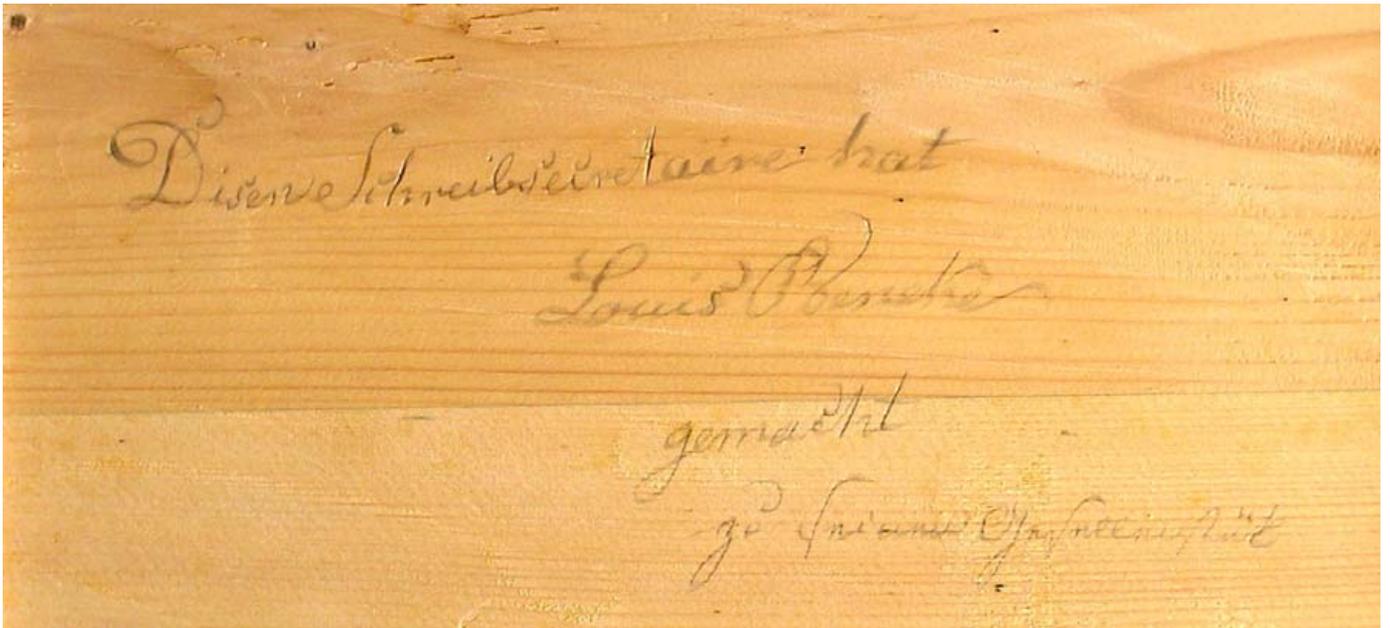
*Abb 1: Schreibrank, Louis Beneke, 1836  
Mahagoni, Esche, schwarz gebeizte Birne,  
Eiche und Nadelholz,  
Bronzebeschlage, Perlmutter.  
Privatbesitz (Foto: Autor)*



*Abb. 2: Schreibrank von Abb. 1  
mit offener Schreibklappe.  
(Foto: Autor)*



*Abb. 3: Schlussellocheinfassung des Mobels von Abb. 1.  
(Foto: Autor)*



*Abb. 4: Signatur an einem Kontergewicht der Schreibklappe.  
(Foto: Autor)*



*Abb. 5: Signatur unter einem Schubladenboden.  
(Foto: Autor)*



Abb. 6: Thronessel von einem Paar,  
Louis Beneke, 1844/45.  
Nussbaum, Buche, Perlmutter.  
Schloss Detmold. (Foto: Autor)

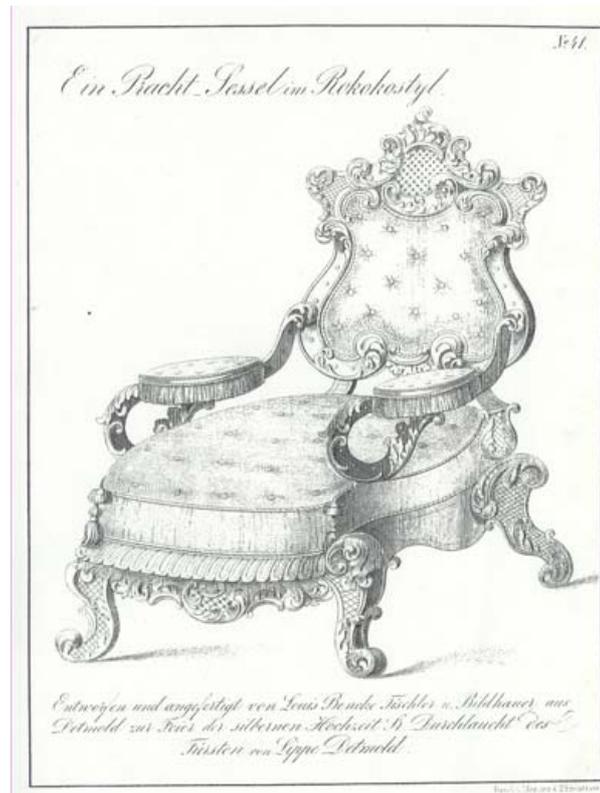


Abb. 7: „Ein Pracht-Sessel im Rokokostyl“,  
Louis Beneke.  
Quelle: Berliner Modezeitung, ca. 1850.

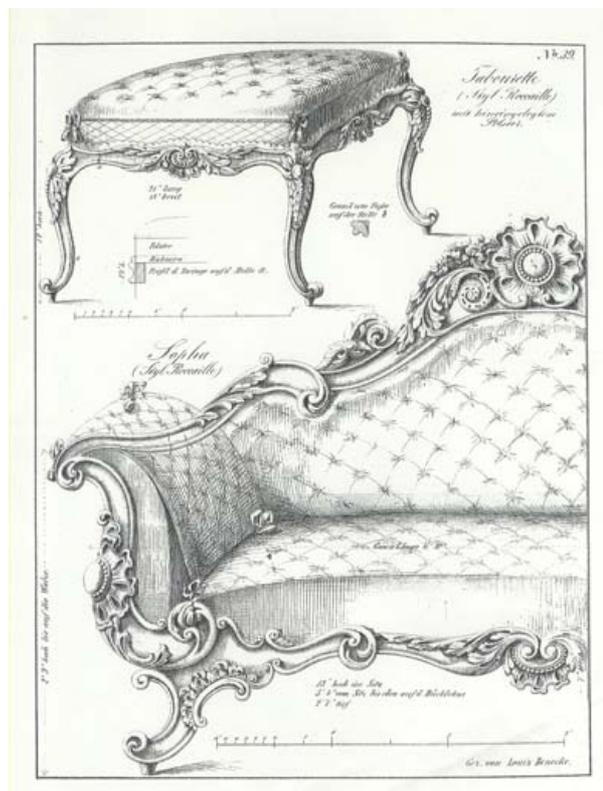


Abb. 8: „Tabourette (Styl Rocaille)“  
und „Sopha (Styl Rocaille)“, Louis Beneke,  
aus: Berliner Modezeitung, ca. 1850 (Foto: Autor)



*Abb. 9: Entwurf zu einem Büffet,  
Louis Beneke, nach 1872,  
Staats- und Personenstandsarchiv Detmold  
(Foto: Archiv)*



*Abb. 10: Entwurf zu einem Garderobenschrank (?),  
Louis Beneke, nach 1872,  
Staats- und Personenstandsarchiv Detmold  
(Foto: Archiv)*

## Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Rheine) und Andreas Ruppert (Paderborn).

V.i.S.d.P.: Jürgen Hartmann, Barbarastraße 36 c, D-48429 Rheine.

URL: [www.rosenland-lippe.de](http://www.rosenland-lippe.de)

Webmaster: Hartmut Dirks (Emden),

[hartmut-dirks@email.de](mailto:hartmut-dirks@email.de)

Anfragen, Beiträge etc. an:

[redaktion@rosenland-lippe.de](mailto:redaktion@rosenland-lippe.de)

Erscheinungsweise: 3 bis 4 Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint im Mai 2007.

Redaktionsschluss: 15. April 2007.